Dienstag, 19. August 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 191 - 34.W.- Preis 1.20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 6,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 250 TL

Heute in der WELT

Die großen Straßen

In einer sommerlichen Serie stellt die WELT die großen Prachtstraßen, Boulevards und Korsos der Metropolen vor. Heute: der Paseo de la Reforma in Mexico City. Die Reforma ist noch immer die faszinierendste Straße Lateinamerikas. Ein so vielseitiges Gesicht wie die Reforma zeigt kein anderer Boulevard dieses Subkontinentes. Seite 15

Kampf gegen den Terrorismus



Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber und US-Außenminister Alexander Haig warnt vor Gleichgültigkeit gegenüber dem Terrorismus. In einem Beitrag für die WELT schreibt er: „Das Versäumnis, dem Terrorismus in einem frühen Stadium entgegenzutreten, verdoppelt die Gefahren und läßt die Spannungen unter den Alliierten anwachsen." Seite 5

POLITIK

Explosion: Vier mutmaßliche Rechtsextremisten sind in der französischen Hafenstadt Toulon getötet worden, als eine mitgeführte Fünf-Kilo-Bombe vorzeitig in ihrem Auto explodierte. Die vier Bombenleger sollen ein Attentat auf ein vornehmlich von Nordafrikanern bewohntes Stadtviertel vorbereitet haben, ermittelte die Polizei.

Brandanschlag: Auf zwei Baufahrzeuge in Wuppertal ist ein Brandanschlag verübt worden. Die Polizei vermutet, daß die Täter aus dem Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) stammen. Bereits vergangenen Donnerstag war vermutlich aus dem RAF-Umfeld ein Bombenanschlag auf eine Wuppertaler Elektrofirma verübt worden.

Lohnanspruch: Arbeitnehmer im Baugewerbe, die Schlechtwettergeld beziehen, haben an Feiertagen während der Schlechtwetterperiode Anspruch auf vollen Lohn. Das entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel in einem Urteil zum - Lohnausfallprinzip. (Az.: 4 AZR 77/85 vom 14. 5. 86.)

Südafrika: Zum ersten Mal seit Verhängung des Ausnahmezustandes über Südafrika am 12. Juli hat die Regierung Informationen über die unter Ausnahmerecht festgenommenen Personen gegeben. Polizeiminister Louis le Grange legte in Kapstadt eine Namensliste von 8501 Personen vor, die sich in Polizeigewahrsam befinden.

Rauschgift: Jeder 14. Soldat der kanadischen Streitkräfte nimmt mindestens einmal monatlich verbotene Rauschmittel zu sich, ermittelte das Verteidigungsministerium in Toronto. Der Drogenkonsum habe bereits „schwere Auswirkungen" auf die militärische Ausbildung der 83 000 Mann starken Armee, heißt es in dem Untersuchungsbericht.

Abgesetzt: Bei der Ausreise auf dem Weg in die CSSR fehlten 22 von 29 polnischen Staatsbürgern einer Busreisegruppe. Die Polen waren in München geblieben. Erst letzte Woche hatten sich fünf Touristen aus der CSSR bei ihrer Reise durch die Bundesrepublik von ihrer Gruppe abgesetzt.

WIRTSCHAFT

Reiselust: Die Deutschen sind in diesem Jahr wieder reiselustiger als im Vorjahr, fand das Institut der Deutschen Wirtschaft heraus. Rund 39,5 Milliarden Mark lassen sie sich ihr Fernweh kosten. Dies sind zwei Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Etwa 70 Prozent aller Touristen geben ihre Mark im Ausland aus. Als besonders unternehmungslustig gelten die Rentner. (S. 9)

Börse: Die Woche startete am Aktienmarkt mit einer Aufwärtsbewegung. Der Rentenmarkt schloß behauptet. WELT-Aktienindex 279,62 (275,46). BHF-Rentenindex 107,481 (107,473). BHF-Performance-Index 106,745 (106,707). Dollar-Mittelkurs 2,0628 (2,0670) Mark. Dollarpreis je Feinunze 377,25 (385,10) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
270
260
250
5. 6. 7. 8. 11. 12. 13. 14. 15. 18.
August 86
DIE WELT

KULTUR

Fridericus Rex: In mehr als 800 Ausstellungsstücken wird im Berliner Schloß Charlottenburg das Leben Friedrichs des Großen nachgezeichnet. So begegnet der Besucher dem Judenfeind und Soldatenfreund ebenso wie dem Philosophen und siegreichen Schlachtenlenker. (S. 15)

Bilanz: Mit 141 Veranstaltungen auf dem Festspielkalender hat Salzburg die Funktion eines Bollwerks der europäischen Kultur übernommen. Die Darstellungen gehören zu den glanzvollsten, aber auch teuersten. Eine Spielbilanz zeigt, daß die Rechnung der Veranstalter aufgeht. (S. 15)

SPORT

Schach: Anatoli Karpow hat bei der WM in London gegen Weltmeister Garri Kasparow (beide UdSSR) seine erste Auszeit genommen. Die neunte Partie beginnt morgen. Karpow hatte die achte Partie verloren und liegt mit 3,5:4,5 Punkten zurück.

Leichtathletik: Uwe Becker (Wolfsburg), deutscher Meister über 1500 m, hat wegen Formschwäche auf einen Start bei der Stuttgarter EM verzichtet. Der Deutsche Leichtathletik-Verband nominierte insgesamt 86 Sportler, sein bislang größtes Team. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Unwetter: Schwere Gewitter und Hagelschlag haben in Südbaden Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Im Kloster St. Trudpert im Münstertal drang durch das zerstörte Dach Wasser ein und beschädigte die wertvollen Stuckdecken schwer. (S. 16)

Geburtstag: Die Synchronität und Perfektion waren und sind ihr Markenzeichen. Noch heute erfreuen die Kessler-Zwillinge (Foto) damit ihr Publikum. Morgen wird das Duo nun zusammen 100 Jahre alt. (S. 16)

Bahn will attraktiver werden. Autofahrer sollen umsteigen

Tarifstruktur wird jetzt übersichtlicher / Weniger Sonderangebote

Mk./AP. Frankfurt

Das Fahren mit der Bundesbahn auf längeren Strecken soll attraktiver werden. Mit der „Neuen Tarifstruktur 1986 für den Schienenpersonenverkehr", die jetzt vom Bahnvorstand beschlossen wurde und vom 1. Dezember an gelten soll, sagt die Bahn dem Auto den Kampf an. Vorteile gibt es vor allem für Einzelreisende, die mehr als 450 Kilometer fahren, und für Gruppen von zwei Personen an ab 200 Kilometer.

Mit diesem Konzept, das noch am 10. September vom Verwaltungsrat der Bahn gebilligt und nach einer parlamentarischen Beratung vom Bundesverkehrsminister genehmigt werden muß, zieht die Bahn die Konsequenzen aus den Erfahrungen mit den zahlreichen Sonderangeboten der vergangenen Jahre. Ein entscheidender Wettbewerbsnachteil der Bahn gegenüber dem Auto soll beseitigt werden: Ob im Auto eine oder fünf Personen sitzen, die Kosten sind gleich, anders als bei der Bahn.

Außerdem sollen die Züge gleichmäßiger ausgelastet werden. Dies führte zu einer Kostensenkung bei der Bahn, da bei Verkehrsunternehmen die Kapazitäten für die Spitzenzeiten bemessen, in der übrigen Zeit aber nur teilweise genutzt werden.

Überdies sollen die Tarife durch diesen ersten Schritt der dreistufigen Reform – die nächsten sind bis 1991 geplant – überschaubarer werden. Die gegenwärtig 26 Sonderangebote entfallen.

Im Kern wird der Fahrpreis weiter nach dem gefahrenen Kilometer berechnet, der in der zweiten Klasse künftig 19 statt bisher 20 Pfennig kosten soll (der Aufschlag für die erste Klasse beträgt weiter 50 Prozent). Darauf aufgebaut:

– Die „Begleiter-Ermäßigung". Wenn mehrere reisen, zahlt bei Hin- und Rückfahrkarten die zweite Person ab einer Entfernung von 200 Kilometer den halben Preis. Der oder die dritte, vierte und fünfte Mitreisende zahlen bereits ab 51 Kilometer nur noch 50 Prozent des vollen Fahrpreises. Kinder zahlen jeweils die Hälfte.

– Der „Spar-Tarif": Ab 450 Kilometer Entfernung gilt ein Festpreis von 180 Mark für den ersten und jeweils 90 Mark für den zweiten bis fünften Reisenden.

– Der „Super-Spar-Tarif": Ab 200 Kilometer wird der Grundpreis auf 16 Pfennig ermäßigt. Für Vielfahrer im Privatverkehr will die Bahn ein „Bahn-km-Sparbuch" einführen, das zwei Jahre gilt. Wer eine vorgegebene Zahl von Fahrten absolviert, bekommt einen Bonus.

Eine der wichtigsten flankierenden Maßnahmen ist die Schaffung eines neuen „Entfernungswerkes". Es legt die Preisgestaltung auf einzelnen Strecken fest. Zur Zeit entspricht der Tarifkilometer nicht unbedingt einer geographischen Entfernung von 1000 Meter entlang der Schiene, sondern oft wesentlich mehr. Das ärgert viele Pendler, bringt aber der Bundesbahn so viel Mehreinnahmen, daß nach der geplanten Vereinfachung des Entfernungswerkes „zunächst Ertragsminderung in Höhe von 2,9 Millionen Mark" eingeplant wird.

DER KOMMENTAR

Russenkoks

PETER GILLIES

Den „Klassenfeind" zu täuschen und einzulullen, gilt als hohe Kunst des Kommunismus. Manchmal indes ist jener hellwach, beispielsweise in Rotterdam, wo der Drogenfahndung ihr bisher größter Coup gelang: Heroin im Marktwert von fünfzig Millionen Mark, Herkunft Afghanistan, verschifft in Riga (UdSSR), geschmuggelt auf einem sowjetischen Frachter, sinnigerweise als „Rosinen" deklariert.

Freiheitliche Staaten sind von den Ostblockexporten einiges gewöhnt. Man „exportiert" Spione, Desinformation, Terror, Friedensbewegungen, Waffen (Entwicklungshelfer-Klage „Blaue Bohnen statt Bohnen") – kurzum alles, was Demokratien viel kostet, Ärger bringt, sie verwirrt und destabilisiert. Rauschgiftlieferungen sind aus dieser zynischen Sicht optimal, weil sie hohe Erlöse mit schwersten Schäden für die Empfänger verbinden (nachdem der Ölpreis so verfiel).

Sollen im Klassenkampf tatsächlich alle Methoden erlaubt sein? In Südamerika arbeiten kommunistische Terroristen bereits mit Rauschgifthändlern zusammen. Der „Rosinenbomber" aus der UdSSR – sie wird kaum behaupten. Privatunternehmer hätten das Heroin quer durch ihr Land geschmuggelt und auf ihren Dampfer verbracht – macht die Frage noch dringlicher. Gleichzeitig bemühen sich im Westen Entspannungspolitiker sorgsam, nur nicht den Eindruck etwaiger Destabilisierung sozialistischer Diktaturen aufkommen zu lassen. Es wurde ihnen schlecht gelohnt, und jetzt sollen sie noch an die Nadel gehängt werden.

Handel und Schmuggel mit Drogen gilt zu Recht als niederste und schmutzigste Form der Kriminalität. Man darf gespannt sein, wie sowjetische Behörden ihre geschmuggelte Riesenladung Heroin zu rechtfertigen gedenken. In aller Welt wird fieberhaft versucht, diesem menschenverachtenden Geschäft beizukommen und diesen Sumpf trockenzulegen. Man weigert sich, es zu glauben: Sollte der „Staatsterrorismus", der schon so viele Blutspuren zog, eine neue Dimension gewinnen?

Sowjets an Heroin-Schmuggel beteiligt

250 Kilo in Rotterdam entdeckt / Als Rosinen getarnt / Ursprungsland Afghanistan

HELMUT HETZEL, Rotterdam

Das von der Polizei beschlagnahmte Heroin im Rotterdamer Hafen – 250 Kilogramm mit einem Marktwert von rund 50 Millionen Mark – stammt aus dem von den sowjetischen Truppen besetzten Afghanistan. Das Rauschgift, so bestätigte gestern ein Sprecher der Rotterdamer Polizei gegenüber der WELT, sei auf dem sowjetischen Frachtschiff „Kapitän Tomson" von dem lettisch-russischen Hafen Riga nach Rotterdam transportiert worden. Der kürzlich von den Fahndern aufgespürte „Stoff" war als eine Ladung Rosinen getarnt und wurde bereits Anfang Juli beschlagnahmt. Dieser „Coup" der Polizei gilt als der bisher größte Rauschgiftfang in Westeuropa überhaupt.

Nach Angaben des Rotterdamer Polizeisprechers gibt es auch Anhaltspunkte dafür, daß das Rauschgift über den Landweg von Afghanistan in die Sowjetunion gelangte, bevor es dann in Riga verschifft wurde. „Unsere Ermittlungen in dieser Sache sind allerdings noch nicht ganz abgeschlossen", erklärte der Sprecher einschränkend. Normalerweise werden sämtliche Fahrzeuge, die aus Afghanistan kommen und die Grenze zur UdSSR passieren wollen, von den sowjetischen Grenzbeamten scharf kontrolliert.

Die Tatsache, daß diese ungeheure Menge Heroin über die Sowjetunion nach Rotterdam kam, hat bei den niederländischen Christdemokraten (CDA) kritische Fragen ausgelöst und könnte auch politische Turbulenzen zwischen Den Haag und Moskau nach sich ziehen. Der CDA-Abgeordnete Hans Gualtherie kündigte in einem Interview mit der niederländischen Tageszeitung „de Telegraaf" an, diese Angelegenheit in Kürze im Haager Parlament zur Sprache zu bringen. In der niederländischen Öffentlichkeit wird außerdem gefragt: „Welche Rolle spielt Moskau im internationalen Rauschgifthandel überhaupt? – Decken sich die Sowjets mit Hilfe des Heroinhandels neuerdings mit den im gesamten Ostblock, vor allem aber in der Sowjetunion durch die niedrigen Ölpreise chronisch knappen westlichen Devisen ein?"

Einer der Gründe, warum man auf den aus Afghanistan stammenden „Rosinencontainer" aufmerksam geworden ist, bestand nach Angaben der Rotterdamer Polizei darin, daß „wir in Rotterdam kaum Rosinen aus Afghanistan angeliefert bekommen. Sicher nicht zu dieser Jahreszeit." Außerdem seien die Frachtkosten von Afghanistan nach Rotterdam für einen solchen „Rosinencontainer" weit höher gewesen als der gesamte, aus den Begleitpapieren hervorgehende Warenwert.

Nicht ausgeschlossen aber wird auch, daß die niederländische „Narkotika-Brigade" den entscheidenden Tip, der auf die Spur der verdächtigen Heroin-Fracht führte, aus der Amsterdamer Drogenszene erhalten hat (die WELT v. 8. Juli). Das Heroin wurde inzwischen unter starken Sicherheitsvorkehrungen und der Polizei in einem Rotterdamer Verbrennung-Ofen restlos vernichtet.

FDP verbittet sich Diskussion von außen über Parteivorsitz

Liberale unterstreichen Eigenständigkeit in Wahlplattform

DIETHART GOOS, Bonn

Die FDP-Führung will sich eine Diskussion um ihren Vorsitzenden Martin Bangemann von außerhalb der Partei nicht aufzwingen lassen. Mit sichtlicher Verärgerung wurden gestern in einer Sitzung der Spitzengremien Zeitungsberichte analysiert, in denen von einem Machtkampf zwischen Bangemann und seinem Vorgänger als Wirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, die Rede war. Präsidium und Bundesvorstand verzichteten zu diesen Mutmaßungen auf öffentliche Erklärungen. Damit würde die Angelegenheit unnötig hochgespielt, hieß es.

Optimistisch wurde im FDP-Präsidium die Lage der Partei vor der bayerischen Landtagswahl und der Hamburger Bürgerschaftswahl bewertet. In beiden Bundesländern habe sich die Lage der Liberalen stabilisiert, so daß mit der Rückkehr der FDP in den Münchner Landtag und die Hamburger Bürgschaft zu rechnen sei. Bundesweit ergibt sich für die FDP, wie im Präsidium mitgeteilt wurde, gegenwärtig ein Stimmenanteil von sieben Prozent.

Ganztägig diskutierte die FDP-Spitze das Programm für die Bundestagswahl. Es wird am 12. September vom Bundeshauptausschuß in Augsburg endgültig beschlossen. In ihrer Wahlplattform bekennen sich die Freien Demokraten zur Koalition mit CDU und CSU. Zugleich wird die Eigenständigkeit der FDP im Bonner Regierungsbündnis unterstrichen.

Einen besonderen Stellenwert im Wahlprogramm erhält die von Hans-Dietrich Genscher repräsentierte Außen- und Sicherheitspolitik der FDP. Damit trägt die Parteiführung Erkenntnissen Rechnung, daß der langjährige FDP-Vorsitzende noch immer die beste Wahllokomotive für die Freien Demokraten ist.

Parteichef Bangemann repräsentiert in der Wahlplattform den breiten Komplex der Sicherung der sozialen Marktwirtschaft. Dabei spricht sich die FDP unter anderem für eine stärkere Förderung des Mittelstands, ein flexibles Prinzip der Wochen- und Lebensarbeitszeit und für eine gerechtere Steuerpolitik, die Leistung nicht bestraft, aus. Ihr Ja zur Nutzung der Kernenergie stützt die FDP-Wahlplattform auf Beschlüsse des Bundesparteitages von Ende Mai.

Bonn bewegt sich auf Sanktionen zu

Entscheidung fällt Anfang Oktober / FDP-Spitze lehnt Maßnahmen gegen Pretoria ab

rmc./DW. Bonn

Der wachsende Druck durch den US-Kongreß auf Präsident Reagan, Südafrika mit Sanktionen zu belegen, leitet offensichtlich auch in der Bundesregierung ein Umdenken ein.

Aus der Bonner Koalition war gestern zu hören, die EG habe sich zur Meinungsbildung eine Frist gesetzt, die Ende September auslaufe. Trotzdem scheint schon jetzt klar, daß die Bundesregierung Sanktionsmaßnahmen der zwölf EG-Staaten ihre Zustimmung nicht mehr verweigern dürfte.

An hochrangiger Stelle der Bundesregierung wurde gegenüber der WELT darauf verwiesen, daß die EG-Staaten schon beim jüngsten Europäischen Rat Ende Juni in Den Haag beschlossen hätten, in der Sanktionsfrage möglichst geschlossen zu handeln. Deshalb setzten die jüngsten Beschlüsse des US-Senats Tatsachen, an denen der amerikanische Präsident nicht vorbeikomme – und letztlich auch nicht die EG. Bonn werde die Entwicklung in Washington nicht übersehen können und daran mitwirken müssen, damit ein Anfang Oktober zu erwartender EG-Beschluß für eine europäische Sanktionspolitik gegenüber Südafrika die deutschen Ziele nicht außer acht lasse.

Die Bundesregierung sei wenig erfreut darüber gewesen, wie der britische Außenminister Howe, der als Repräsentant der EG nach Südafrika gereist war, dort behandelt worden sei. Darüber hinaus sei nach der Rede von Präsident Botha kaum mit einer Veränderung der südafrikanischen Menschenrechtspolitik zu rechnen.

Auch CDU-Generalsekretär Geißler deutete ein Umdenken in der Union an. „Ich hoffe nicht, daß die Frage der Sanktionen zum schwierigen Kompromiß in der Koalition wird." Demgegenüber sprach sich das FDP-Präsidium gegen Sanktionen aus. Die Meinungsbildung innerhalb der FDP ist in diesem Punkt allerdings offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Schäfer, sprach sogar von „wechselnden Mehrheiten" für eine Resolution, falls weiterhin Sanktionen blockiert werden sollten.

Die SPD will die Koalitionsparteien zwingen, schon Anfang September Farbe zu bekennen. SPD-Fraktionschef Vogel kündigte an, die Sozialdemokraten würden gleich nach der Sommerpause im Bundestag eine Abstimmung über Maßnahmen gegen Pretoria herbeiführen.

Großbritannien, das sich bisher strikt gegen Sanktionen ausgesprochen hatte, will auch angesichts des jüngsten Senatsbeschlusses bei seiner Haltung bleiben. „Die Nachricht aus Washington ist für unsere Haltung ohne Bedeutung", erklärte das Foreign Office der WELT.

Während die neuseeländische Regierung eine Reihe von Maßnahmen gegen Südafrika beschloß, hat Israel mit dem Apartheidsstaat neue Wirtschaftsabsprachen getroffen, die nach Mitteilung des Finanzministeriums in Jerusalem ein Volumen von hundert Millionen Dollar erreichen könnten.

Genscher: Gesetz nicht ändern

DW. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hält im Gegensatz zu Kanzler Kohl eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, den Asylanten-Strom einzudämmen, nicht für notwendig. Es komme darauf an, den Mißbrauch des Asylrechts auszuschließen, schreibt er in der „Bild"-Zeitung. Das Problem seien Asylbewerber ohne „wirklichen" Grund. Kohl will am 25. September mit den Regierungschefs der Länder darüber beraten, wie die Zahl der Asylbewerber begrenzt werden kann.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

USA bedrängen General Pinochet

DW. Washington

Die USA erwägen laut „New York Times" wirtschaftliche Sanktionen gegen Chile, nachdem Präsident Pinochet Forderungen nach Demokratisierung Chiles abgelehnt hat. Der Oberbefehlshaber des US-Komandos Süd, General Galvin, hatte Pinochet die Botschaft überreicht, in der die USA auf die „Notwendigkeit" eines Überganges zur Demokratie vor Ende des Jahrzehnts verwiesen. In seiner Antwort sagte Pinochet, er werde die Zukunft Chiles bestimmen, ohne „Ratschläge, von wem auch immer".

Vom Wachtturm ins „Mauerblümchen"

DIETER DOSE, Berlin

Zwei „DDR"-Grenzsoldaten sind am Sonntag abend über die Berliner Mauer geflohen. Die beiden Männer, die auf einem Beobachtungsturm Dienst taten, überwanden unbemerkt und unverletzt die Sperranlagen zwischen dem westlichen Bezirk Neukölln und Groß-Ziethen im Osten.

Der 24jährige Gefreite und ein 21jähriger Soldat gingen zunächst, es war kurz nach 19 Uhr, ins Lokal „Mauerblümchen". „Wir haben es geschafft", waren ihre ersten Worte. Dann schnallten sie ihre Koppel ab und verschenkten sie an die Gäste. Die spendierten dafür große Biere.

Wenige Minuten zuvor hatten beide noch knapp 200 Meter entfernt auf dem Wachturm Dienst geschoben. Zwischen ihrem Turm und dem nächsten (etwa 400 Meter entfernt) gebe es einen toten Winkel, den die Posten auf dem anderen Turm nicht einsehen können. Den hätten sie ausgenutzt, um unbemerkt zu fliehen.

Sie liefen runter vom Turm, der sich zwischen elektrischem Zaun und Mauer befindet. Der eine hob den anderen auf die Mauerkrone, eine Röhre; der zog den Kameraden dann hinterher. Ihre Maschinenpistolen hatten sie noch umhängen. Nach dem Sprung von der Mauer in das hohe westliche Gebüsch warfen sie die MP's zurück über die Mauer. Vom „Mauerblümchen" rief der Ältere erst einmal seine Freundin in Ost-Berlin an: „Ich bin jetzt im Westen." Er sei zwar verheiratet, „aber mit meiner Frau lief das nicht mehr". Den Lokalgästen erzählten sie, daß sie sich erst seit zwei Wochen kennen und zum ersten Mal zum gemeinsamen Dienst auf dem Turm vis-à-vis der Westberliner Ringslebenstraße eingeteilt worden seien. Schon während der ersten Wache hätten sie beschlossen, eine günstige Gelegenheit zur Flucht zu nutzen.

Die meisten Anwohner bemerkten die Flucht erst, als die Polizei mit mehreren Fahrzeugen erschien, um die „Grepos" abzuholen. Die „Mauerblümchen"-Wirtin hatte sie alarmiert. Von der Polizei wurden die Flüchtlinge den amerikanischen Behörden übergeben. Fast genau an derselben Stelle war am 8. September 1983 zwei „DDR"-Grenzern die Flucht gelungen. Auch ihr erster Weg führte ins „Mauerblümchen".

Nach der getürkten „Puppenflucht" sind die Behörden offensichtlich vorsichtiger geworden. So wurde von der Westberliner Polizei lediglich bestätigt, daß „zwei Männer in Uniform der Nationalen Volksarmee" sich im Lokal „Mauerblümchen" gemeldet haben und den Amerikanern übergeben worden sind.

Unterdessen wurde bekannt, daß ein Triebfahrzeugführer der „DDR"-Reichsbahn am Wochenende zu Fuß nach Niedersachsen geflüchtet ist. Er überwand die Grenzsperren und erreichte unverletzt den Landkreis Helmstedt. Als Fluchtgrund gab er Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der „DDR" an.

Rebellen im Südsudan planen neue militärische Offensive

Rotkreuz-Luftbrücke abgebrochen / Flugverkehr eingestellt

HUGH POPE, Wau

Fast jedem Menschen in der abgelegenen südsudanesischen Stadt Wau ist anzusehen, daß Hunger und Angst sein Leben bestimmen. Aber die Aussichten auf eine Verbesserung der Lage für die rund 170 000 Menschen, die mehr als 1000 Kilometer von der Hauptstadt Khartoum entfernt an den Ufern des Weißen Nils leben, haben sich während der vergangenen Tage verschlechtert. Der Flugbetrieb von und nach Wau wurde eingestellt, nachdem die Rebellen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) am Freitag gedroht hatten, jedes Flugzeug über dem Südsudan abzuschießen. Am Samstag war es dann tatsächlich zu einer Katastrophe gekommen: Eine Verkehrs-Maschine vom Typ Fokker wurde in der Nähe von Malakal (nordöstlich von Wau) abgeschossen. Wahrscheinlich kamen alle 60 Insassen dabei ums Leben.

Für Wau ist die Unterbrechung des Flugverkehrs verhängnisvoll: Es bedeutet, daß die erst vor wenigen Tagen eingerichtete Nahrungsmittel-Luftbrücke des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (ICRC) auf unbestimmte Zeit abgebrochen ist.

Rund 300 vom Hungertod bedrohte Mitglieder verschiedener Stämme mit weinenden Babies versammeln sich täglich in der katholischen Missionsstation des Bischofs. Sie hoffen darauf, daß die Priester sich erweichen lassen, einen ihrer letzten Säcke mit Nahrungsmitteln zu öffnen. Während die beschränkten Nahrungsmittelvorräte schwinden, verstärken Militär und Rebellen den Druck gegeneinander. Am Sonntag war wieder Gewehrfeuer in und um Wau zu hören.

Die SPLA hatte vor wenigen Tagen erstmals seit Beginn des Buschkrieges vor drei Jahren ein Randgebiet Waus angegriffen. Dabei wurden zehn Menschen getötet, mehr als 30 Hütten geplündert und verbrannt. Die SPLA, die für die Unabhängigkeit des Südens kämpft, hatte kürzlich eine Offensive gegen die Garnisonen in diesem Landesteil angekündigt. Jetzt werden neue militärische Aktionen erwartet. (rtr)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schäfers Spekulation

Von Diethart Goos

Die Erklärung ist eindeutig und läßt keinen Raum für Interpretationen. Geschlossen hat sich das FDP-Präsidium gestern gegen Wirtschaftssanktionen gegenüber der Republik Südafrika ausgesprochen. Damit wird der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, gründlich desavouiert.

Der Mainzer Liberale hatte am Wochenende just solche wirtschaftspolitischen Daumenschrauben gefordert, um die Regierung Botha in Fragen der Rassenintegration zum Einlenken zu zwingen. Solche Forderungen sind nicht neu und werden auch im Koalitionslager immer wieder mehr oder weniger deutlich vorgebracht. So wie gestern von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der meinte, Staaten wie Südafrika, Chile oder Süd-Korea, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten würden, dürften von westlichen Demokratien keine Unterstützung und Sympathie erfahren.

Was Schäfers Vorstoß allerdings brisant werden läßt, ist sein Hinweis, bei einer Abstimmung über Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika könnte es andere Mehrheiten im Bundestag geben. Gemeint sind wechselnde Mehrheiten, die das Koalitionsgebäude in letzter Konsequenz zum Einsturz bringen müßten. *Möglicherweise hat Schäfer just dieses im Sinn* – es gibt etliche FDP-Abgeordnete, die sich in der heutigen Konstellation nicht wohl zu fühlen scheinen. Möglicherweise haben ihn einige Kollegen inspiriert.

Das FDP-Präsidium allerdings – dem Helmut Schäfer nicht angehört – hat sich aus wohlerwogenen Gründen gegen Sanktionen ausgesprochen. Die Parteiführung weiß, in welchen Zugzwang man käme, würde man mit Südafrika beginnen. Was wäre dann mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der „DDR" gar, wo es zwar nicht um Apartheid, aber doch tagtäglich auch um eklatante Menschenrechtsveränderungen geht? Und wo prompt der Einwand kommt: Damit bewirkt man politisch nichts und schadet nur den Menschen – ? Der Einwand mag so stimmen oder nicht; die FDP jedenfalls versteht sich traditionell als eine Partei der freien Wirtschaft und nicht der Handelsbeschränkungen.

Gut im Rennen

Von Hans-Jürgen Mahnke

Japan vor den USA, die Bundesrepublik auf Platz vier hinter der Schweiz – auf den ersten Blick mutet das, was das Genfer Weltwirtschaftsforum jetzt als Rangfolge für die Konkurrenzkraft der westlichen Industriestaaten ermittelt hat, wie die Bundesliga-Tabelle am zweiten Spieltag an. Uerdingen liegt vor Bayern München. Gefragt nach dem Meisterschaftsfavoriten, gibt es fast nur eine Antwort: Bayern. Stimmungsmäßig rangieren die USA bei dem Genfer Institut weit vor den Japanern, die sogar noch hinter der Bundesrepublik liegen.

Solche Versuche, auch Volkswirtschaften in eine Rangfolge zu bringen, sind zwar alt. Trotzdem haben sie alle einen Haken, ist ihre Aussagefähigkeit begrenzt, muß genau darauf geachtet werden, wofür sie taugen. Das gebräuchlichste Konzept, um die wirtschaftliche Leistungskraft zu messen, ist der Vergleich der Sozialprodukte der einzelnen Länder. Es werden die Käufe von Waren und Dienstleistungen am Markt bewertet und davon die Kosten abgezogen. Beim Faktor Staat oder bei der Selbstversorgung der Bauern geht dieses schon so nicht, hier hat man sich auf Modifikationen verständigt.

Allein dieses erschwert schon den Vergleich, relativiert die Position beispielsweise der östlichen Staatshandelsländer. Ganz zu schweigen von dem Problem, mit welchem Wechselkurs umgerechnet wird. Ein Indikator für den Wohlstand ist dieser auch nicht. Dazu muß zumindest auf das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung abgestellt werden. Dann liegen immer noch einige kleinere Öllländer ganz vorn. Nur: Welchen Deutschen zieht es schon nach Kuwait?

Das Genfer Institut berücksichtigt gleich 234 statistische Kriterien und 106 Einschätzungen aufgrund von Umfragen. Nicht nur die Bewertung, auch die Gewichtung der einzelnen Faktoren muß subjektiv bleiben. Und kann sich rasch ändern. Vor wenigen Jahren war die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein beherrschendes Thema, heute spielt es kaum eine Rolle.

Sicher, die japanische Wirtschaft wird hoch eingeschätzt. Vor den USA? Am nächsten Samstag kann die Bundesliga-Tabelle schon wieder ganz anders aussehen. Trotzdem ist der Vergleich nicht ohne Reiz.

Zia vorerst ungefährdet

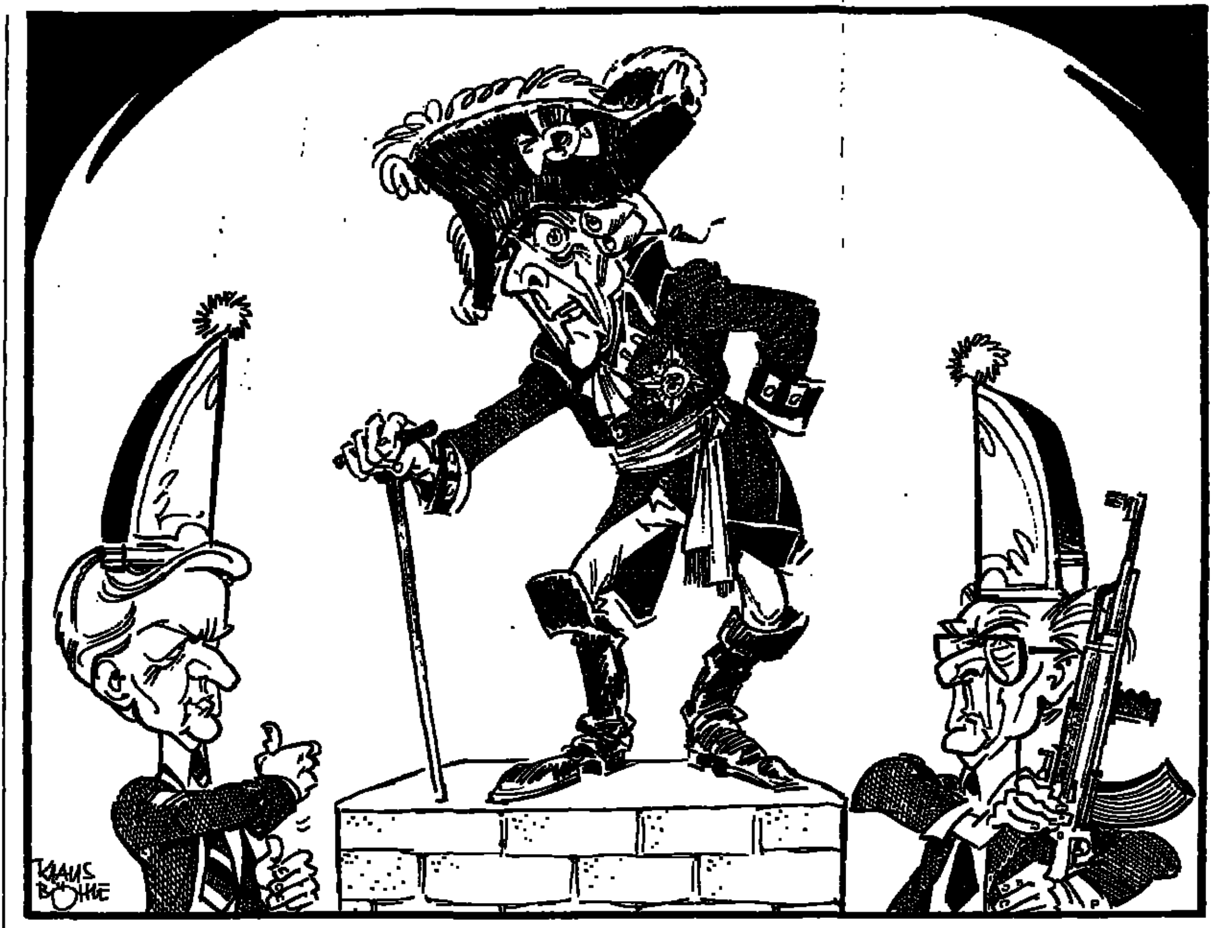
Von Peter Dienemann

Schüsse der Polizei auf regierungsfeindliche Demonstranten in Pakistans Hafenstadt Karachi, Unruhen in mehr als vierzig Städten der Provinz Sind, Tote unter dem Kugelhagel der Polizei und Hunderte von Verletzten. Seit der Verhaftung der Oppositionsführerin Benazir Bhutto am vergangenen Donnerstag turbulente Szenen in Pakistan, die den Beginn eines landesweiten Aufstandes gegen das Regime Ziaul Haq zu signalisieren scheinen.

Doch was einen Bürgerkrieg befürchten lassen könnte, ist eher ein Teil der politischen Kultur eines noch jungen islamischen Landes, das erst seit 1947 über sich selbst bestimmen darf – wenn nicht des gesamten ehemals britisch besetzten Subkontinents. Auch unter der Regierung jener Partei, der Pakistanischen Volkspartei, die jetzt für die Unruhen verantwortlich zeichnet, kam es zu Unruhen, die die jetzigen bei weitem an Ausmaß und Gewaltsamkeit übertrafen.

Die seit fünf Tagen andauernden Straßenschlachten beschränken sich vornehmlich auf jene Gebiete Pakistans, in denen die Volkspartei Benazir Bhuttos und die „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie" traditionell ihre Anhänger hat. Freilich – Ziaul Haq hätte auf die Verhaftung der Oppositionsführer verzichten und so die Konfrontation vermeiden können. Doch die gegenwärtige Situation und die scheinbar aus ihr erwachsende Bedrohung des Landes hat die Armee des General-Präsidenten, aus deren Reihen Offiziere mit der Politik Benazir Bhuttos liebäugelten, neu geeint. Sie steht geschlossen hinter ihrem Befehlshaber, der auf ihren Einsatz bisher verzichtet hat. Denn die Polizei hat die Situation bislang unter Kontrolle und bezeichnet sie als einen „Test".

Präsident Ziaul Haq scheint um sein Amt nicht zu fürchten. Muß er wohl auch nicht: Denn immer noch steht jene unpolitische Bevölkerungsmehrheit hinter ihm, der er neben einem islamischen Staat auch – bescheidenen – Wohlstand gebracht hat. Eine Regierungschefin Bhutto ist für das islamisch-fundamentalistische Pakistan und dessen Verbündete vorerst noch undenkbar.



„Rührt euch!" KLAUS BÖHLE

Fischer in der Grube

Von Dankwart Guratzsch

Eine fast frivole Szene vergangenen Freitag in der Dieburger Mark: Mitten im Wald wurde Richtfest gefeiert. Freibier für die Arbeiter an einem Bauwerk, das sich 80 Meter in die Tiefe bohrt. Wissenschaftler aus der ganzen Welt haben seit Jahren dagegen protestiert – zuletzt wurde es zum Politikum. Heute weiß niemand, ob der 40 Millionen Mark teure Bau jemals in Betrieb gehen kann: die Müllgrube Messel bei Darmstadt.

Das Projekt war und ist von allem Anfang an ein politischer Skandal. Die Planung fällt in jene „Betonphase" sozialliberaler Politik in Hessen, in der ohne Rücksicht auf Landschaft, kulturelle und emotionale Werte klotziger Verkehrs- und Wirtschaftsbau *kreuz und quer wie ein neues, frei*liegendes Knochengerüst durch die Wälder und Fluren Hessens vorgetrieben wurde. So nimmt es kaum noch wunder, daß den Planern als Standort für eine Mülldeponie für das Ballungszentrum Rhein-Main kein besserer Platz einfiel als ausgerechnet eine in der ganzen Welt berühmte, einmalige und nur zum kleinsten Teil bisher erforschte Fossilienfundstätte.

Heute ist der hessischen Landesregierung die Entscheidung über dieses Bauwerk praktisch von den Gerichten aus der Hand genommen. Es steht nicht nur als Symbol für das Fiasko sozialliberaler „Landeserschließung" (die mit dem Umsturz in die rot-grüne Ära endete), sondern ist inzwischen auch zum Prüfstein für die Realisierbarkeit der im linken Lager mit vielen Vorschußlorbeeren bedachten rot-grünen „Neuorientierung" der Politik geworden.

Die Grünen hatten sich des Themas Müllgrube Messel, gestützt auf zahlreiche Bürgerinitiativen, frühzeitig bemächtigt. Sie brachten als ein „Essential" in die Koalition mit den Sozialdemokraten die Forderung ein, die Grube müsse als Naturdenkmal erhalten werden. Inzwischen sind viele große Worte über die Rettung der Grube gefallen, Gelder wurden gesperrt, Gerichtsentscheidungen für und gegen Sofortvollzüge sowie Gutachten eingeholt – aber der Planfeststellungsbeschluß ist noch immer nicht aufgehoben. Denn der Bauherr der Deponie, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen, besitzt einen Rechtstitel auf die Nutzung der Grube, und die Landesregierung muß fürchten, in Gerichtsprozessen zu unterliegen. Mit ihrem Umweltminister Fischer schafft sie es nicht, die Schriftsätze fertigzustellen, mit denen sie die Richter beeindrucken will.

Für die grüne „Basis" in Hessen, vor der Minister Fischer immer wieder Rechenschaft ablegen muß, würde ein Scheitern der Blockade von Messel jedoch den ganzen Glauben an ein immer wieder proklamiertes „Umsteuern" der Politik ins Wanken bringen. Die Abfallpolitik war eine der tragenden Säulen dieses Glaubens. Fischer hatte noch vor Erlangung der Ministerwürden in Hessen versprochen, sie könne ein viel wichtigerer Hebel als die Kernenergie werden, um die Industrie „in den Griff" zu bekommen. Inzwischen zeichnet sich eher das Gegenteil ab: Der Müll bekommt die Grünen in den Griff und begräbt ihre Wunschträume.

So, wie die Grünen und ihnen nahestehende Bürgerinitiativen den Müllstau in Hessen durch gerichtliche und politische Blockade aller geplanten neuen Großdeponien selbst mitverschuldet haben, so hat der drohende Müllnotstand den mittlerweile pragmatischer denkenden Fischer auf vielen Ge*bieten zu offenen Verstößen gegen* den grünen Katechismus bewogen.

● Ausgerechnet der einzige grüne Minister der Bundesrepublik beteiligt sich an dem von den Grünen bundesweit inkriminierten Müllexport nach der „DDR"-Deponie Schönberg (seinen Müllexport nach Frankreich stoppten dortige Gerichte);



Begräbt ein grüner Minister eine Weltattraktion der Naturwissenschaft? Fischer FOTO: DPA

● ausgerechnet Fischer sucht in Hessen nach Standorten für (von *den Grünen bundesweit bekämpf*te) neue Verbrennungsanlagen für Sondermüll;

● ausgerechnet er wird nach Einholung neuer Gutachten vermutlich die dringend benötigte, von den Grünen jahrelang blockierte Sondermülldeponie Mainhausen an der hessisch-bayerischen Grenze in Betrieb nehmen (und dabei mit CDU-Bürgermeistern, bayerischen Anliegern und hessischen Bürgerinitiativen in Konflikt geraten).

Eine Weiche dafür hat er in aller Unauffälligkeit schon gestellt: Hessen, das seinen Filterstäuben in der Zeit der SPD-Minderheitsregierung Börner einen besonders giftigen Status zuerkannt und sich damit selbst an den Rand eines Müllnotstands manövriert hatte, wird sich laut Fischers Unterschrift bundeseinheitlichen Entsorgungsrichtlinien für diese Verbrennungsrückstände nicht mehr verweigern. Der Weg der Stäube nach Mainhausen scheint geebnet.

„Unsere eigene Politik holt uns *ein, und das im ungünstigsten Au*genblick", orakelt der grüne Landtagsabgeordnete und Abfallexperte Chris Boppel trübe. Im Jahr vor den Wahlen in Bund und Land bangt er um die Ausstrahlung seiner Partei, die nicht halten kann, was sie versprochen hat. Vorläufig letztes Beispiel dafür: Fischers Bio-Tonne, die das Müllaufkommen auf einen Schlag um 26 Prozent vermindern sollte, wurde vom Regierungschef Börner persönlich zurückgezogen, weil sie nicht nur gegen Bundesgesetze, sondern auch gegen Grundüberzeugungen manches SPD-Provinzfürsten verstieß.

Nicht auszudenken, wenn Fischer auch noch in Messel unterliegen würde, dem einzigen Renommierfeld grüner Politik von unbestritten internationalem Rang. Ein grüner Minister, der das Begräbnis einer Weltattraktion der Naturwissenschaften unter Bauschutt und Schlacken der Wohlstandsgesellschaft einsegnen müßte – eine (vorerst) noch unvollziehbare Vorstellung.

IM GESPRÄCH Wassilij Sacharow

Kultur-Technologe

Von Rose-Marie Borngäßer

Das aufregendste an dieser Wahl des neuen sowjetischen Kulturministers war – die lange Wartezeit. Zwei Monate dauerte es immerhin, bis das Präsidium des Obersten Sowjet den neuen Minister ausrief: Wassilij Sacharow. Inzwischen kursierten immer heftiger die Gerüchte, daß Raissa Gorbatschowa selber Ambitionen auf dieses Amt habe. Vielleicht erschien ihr die Vision der Jekaterina Furtsewa, die es auf vierzehn Jahre (1959–1974) Amtszeit als Kulturministerin brachte. Ihr Ende allerdings war unrühmlich, sie starb in Schande wegen Korruption. Frau Gorbatschowa begnügte sich jedenfalls mit der Berufung in das Organisationskomitee einer Kulturkonferenz, die den Grundstein zu einer „sowjetischen Kulturstiftung" legen soll.



Jedenfalls aus der richtigen Generation: Kulturminister Sacharow FOTO: DPA

Das zweitspannendste an dieser Ernennung ist, daß der neue Kulturminister ein spröder Wissenschaftler zu sein scheint. Der 1934 geborene Sacharow hat nach seinem Studium an der Leningrader Universität den akademischen Titel eines Doktors der Wissenschaften erworben und ist heute Professor. Nach dem Abschluß seiner Ausbildung arbeitete er im Polytechnischen Institut in Tomsk, später am Leningrader Institut für Technologie. Er ist außerdem Autor einiger wissenschaftlicher Werke.

Seine Parteikarriere hat Sacharow 1973 in Leningrad begonnen, wo er Chef der Abteilung für Propaganda und Agitation war. 1983 wurde er dann nach Moskau als erster stellvertretender Vorsitzender der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU berufen. Im Januar 1986 wechselte er dann in das Amt des zweiten Sekretärs des Moskauer Stadtparteikomitees. Seit März ist Sacharow Mitglied des ZK der KPdSU.

Immerhin entstammt der neue Inhaber dieses Amtes der gleichen Generation wie Gorbatschow; die Vermutung liegt nahe, daß er dessen Hausmacht stärkt. Allerdings wußte die Öffentlichkeit auch vom Vorgänger von Sacharow – von Pjotr Demitschew, der im Juni abgesetzt wurde – wenig. Er, der zwölf Jahre Kulturminister war, agierte stets im Hintergrund. Dabei entfachte er in den sechziger/siebziger *Jahren die* Kampagnen gegen die oppositionellen Schriftsteller. Unter Demitschew wurde Solschenizyn ausgebürgert.

Vertreter der sowjetischen Intelligenz, die gleich nach Gorbatschows Amtsantritt ein Tauwetter erwarteten, schweigen längst wieder. Pseudogefechte beim Schriftstellerverband oder in der Filmszene bringen keine Kulturwende. An der sowjetischen Kulturstrategie, die derzeit weder Fisch noch Fleisch, in jedem Fall nicht sehr frisch ist, wird sich sicher nichts ändern. Allerdings wäre es doch von Bedeutung gewesen, wenn man einen Kulturminister erwählt hätte, der auch aus dem kulturellen Bereich entstammt und der mit Kultur umzugehen vermag – statt eines Mannes wie Wassilij Sacharow, der weniger Ahnung hat, aber mit dem Gorbatschow umspringen kann.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur „Aurigae":

Bei der Frage, warum sich jemand freiwillig auf eine solche Fahrt begibt, fangen die Rätsel an. Unter den Asylbewerbern, die in großer Zahl in die Bundesrepublik kommen, gibt es nicht nur politisch Verfolgte und Wirtschaftsflüchtlinge; es gibt auch Kriminelle. Man weiß, daß viele Asylanten nicht nur auf dubiosen Wegen hierher gelangen, man weiß auch, daß ihnen von Schlepper-Organisationen rosarote Bilder ihrer Möglichkeiten in Deutschland vorgegaukelt werden. Der Fall „Aurigae" zeigt, daß sich inzwischen auch Organisationen gebildet haben, welche die Asylanten in der Bundesrepublik auf ihre kriminelle Weise „betreuen".

KRONENZEITUNG

Die Wiener Zeitung erkennt ein „Geschäft mit der Ware Mensch":

Zwischen Mexiko und den USA haben die Amerikaner einen Drahtzaun gespannt. Die Deutschen überlegen sich, wie sie das Schlupfloch Westberlin für Asylsucher weniger durchlässig machen können. Doch skrupellos nutzen DDR und UdSSR den Flüchtlingsboom aus. Ihre Luftlinien werben in der Dritten Welt für billige Berlinflüge ... Menschenhändler und -schmuggler nehmen in aller Welt elenden Jobsuchern die letzten Ersparnisse ab, um sie in die gelobten Länder zu bringen.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Essener Zeitung meint zum CDU-Wahlkampf:

Die Wirtschaftsdaten sind prächtig, die Urlaubswelle rollt. Begünstigt von einem Benzinpreis, der so niedrig ist wie seit vielen Jahren nicht mehr. Sogar das Schuldenmachen macht Spaß. Die Hypothekenzinsen sinken und sinken. Daß dies nur zu geringem Teil der Regierung als Verdienst anzurechnen ist, macht wenig aus. Wahltrends entstehen aus der Gesamtstimmung: Die Erfahrung lehrt, daß der Wähler wenig danach fragt, wie sie zustandekommt.

The New York Times

Sie beschäftigt sich mit den Unruhen in Pakistan:

Der pakistanische Präsident Zia hat den Unabhängigkeitstag des Landes mit dem Einsatz der Polizei gefeiert, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Das wie die Festnahme der Oppositionsführerin Benzazir Bhutto waren sicher ein Schlag für all die, die auf eine Liberalisierung innerhalb der pakistanischen Regierung und auf eine Aufhebung des Kriegsrechts gehofft hatten. Washington hat diese Entwicklung zwar korrekt, aber sanft beklagt.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert den japanischen Raketenerfolg:

Mit dem Bilderbuch-Start seiner neuen H-1-Rakete hat Japan in den vergangenen Tagen einen weiteren Schritt zur Unabhängigkeit in der Raumtechnologie unternommen und sich von der Abhängigkeit von den USA befreit ... Japans Auftauchen als Raumfahrtmacht weist den Weg zu neuer diplomatischer und militärischer Aktivität Japans und die selbstbewußte (zweite) Ankunft unter den Weltmächten. Der japanische Erfolg wäre zu jeder Zeit aufsehenerregend gewesen. Daß er sich zu der Zeit ereignete, wo das NASA-Programm darniederliegt und die Ariane am Boden bleibt, verleiht dem japanischen Erfolg zusätzliche Bedeutung.

Die 154 Tamilen passen in kein Asyl-Schema

Wirtschaftsflüchtlinge? Verfolgte? Oder einfach auf der Suche nach ihrer Chance? / Von Joachim Neander

Die deutsche Öffentlichkeit betrachtet den Fall der 154 auf offener See ausgesetzten Tamilen, so scheint es, viel zu sehr als eine Kriminalstory. Man erregt sich über einen offenbar skrupellosen Schiffskapitän und eine interkontinentale Schlepperbande. Man rätselt, woher die armen Asylanten denn das Wuchergeld für ihre Überfahrt hergenommen haben könnten. Man fragt zu wenig danach, ob sich diese spektakuläre Geschichte denn überhaupt einfügt in unsere seit Monaten so heftig geführte Asylanten-Diskussion.

Das tut sie nämlich nicht. So richtig passende Wahlkampfmunition gibt sie weder für das eine noch für das andere Lager her. Vielleicht wird sich an diesem Fall zeigen, daß wir die ganze Diskus*sion anders führen müssen.*

Sind die 154 Geretteten politisch Verfolgte? Ohne Zweifel wird die Minderheit der Tamilen (die sich vor hundert Jahren noch Tamulen nannten und über eine jahrtausendealte eigene kulturelle Tradition verfügen) in ihrer Heimat Sri Lanka unterdrückt. Es herrscht so etwas wie Bürgerkrieg.

Aber gerade dieser Spezialfall des Bürgerkrieges ist durch den Artikel 16 des Grundgesetzes, der ausdrücklich eine individuelle Verfolgung meint, nicht unbedingt gedeckt. Sind es also Wirtschaftsflüchtlinge? Darunter versteht man in der hiesigen Diskussion doch Menschen, die sich ein bequemeres Leben auf deutschen Sozialhilfesätzen suchen.

Die tamilischen Boat people aber haben erstens ziemlich viel Geld für ihre Reise (nicht nur die nach Kanada, sondern schon für die in die Bundesrepublik) bezahlen müssen und offenbar auch können. Zwar kennt niemand die Entbehrungen oder die eventuell lebenslange Verschuldung der zurückge*bliebenen Verwandten, die damit* verbunden war. Aber Hunger hat wohl keiner der Flüchtlinge zu Hause leiden müssen.

Zweitens aber waren diese Menschen entgegen einer weitverbreiteten Ansicht hierzulande mit dem so „bequemen" Asylantenleben auf Kosten des deutschen Steuerzahlers keineswegs zufrieden. Im Gegenteil, sie nahmen beinahe Unvorstellbares auf sich, um in ein Land zu gelangen, in dem sie – wie sie glaubten – keine Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit mehr fürchten müßten, in dem sie sich vor allem aber durch ihre eigene Arbeit eine neue Existenz schaffen können.

Das ist bester Auswanderergeist. So ist Amerika zur Weltmacht gewachsen, und, um ausgewogen zu sein: so hat in früheren Jahrhunderten auch das russische Zarenreich einen Teil jener wirtschaftlichen Basis gelegt, von der die kommunistischen Herren des Landes bis heute zehren. Und niemand wird bestreiten, daß auch die Bundesrepublik – wohlgemerkt: in *ganz bestimmten Teilbereichen* – diesen Mut und diesen Unternehmungsgeist eigentlich ganz gut gebrauchen könnte. In dreißig oder vierzig Jahren wird man, wenn die Geburtenentwicklung so weitergeht, vielleicht ganz anders über Einwanderer denken als heute. Von Roms Gründer Romulus geht die Sage, er habe die Stadt auch dadurch zu Macht und Wohlstand geführt, daß er durch ein besonders großzügiges Asylrecht die Einwohnerzahl sprunghaft steigerte.

Aber zur Zeit gibt es natürlich gute Gründe, für die Bundesrepublik den Status eines normalen Einwanderungslandes entschieden abzulehnen. Auch das geltende Asylrecht in seinem Kernbestand ist nicht nur moralisch richtig, sondern auch politisch praktizierbar.

Nur muß die Öffentlichkeit, wenn sie über die technische Durchführung, Anerkennungsverfahren, Überwachung und Unterbringung und Arbeitserlaubnis diskutiert, Abschied nehmen von der einfältigen, klischeehaften Einteilung: Hie die armen politisch *Verfolgten, dort die geldgierigen,* arbeitsscheuen Wirtschaftsflüchtlinge. Die dramatische Geschichte der 154 Tamilen vor Neufundland demonstriert eindrucksvoll, daß wir über Motive, Bedingungen und Ziele des Asylantenstroms viel zu wenig wissen.

So wichtig es sein mag, in den Ursprungsländern für Aufklärung über die wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland aufzuklären, so energisch man den offenbar ebenso verschwiegen wie erfolgreich arbeitenden Schlepperorganisationen (inklusive mancher Rechtsanwälte) das Handwerk legen muß, so klar ist auch, daß man sich mit den Asylanten differenzierter und einfühlsamer wird beschäftigen müssen.

Unter Papst Benedikt XIII. waren vom Asylrecht der Kirchen und Klöster Mörder, Diebe, Falschmünzer und Ketzer ausgeschlossen. Heutzutage gerät die Asylantendiskussion durchaus in die Gefahr, ähnlich formalistisch geführt zu *werden, wenn auch* nach ganz anderen Kriterien.

Vielleicht weist eine stärkere Differenzierung, wie sie der Fall der Tamilen nahelegt, eines Tages auch innenpolitisch einen Weg zu einem breiteren Konsens in dieser wichtigen Frage.

Erst den Computer besiegen, dann den Manöver-Feind

Wenn 58 000 Soldaten – deutsche, Franzosen und Amerikaner – am 18. September ins Manöver ziehen, so absolvieren sie ein Programm, das die Planer in mühseliger Kleinarbeit ausgetüftelt haben.

Von CLEMENS RANGE

In den kärglich eingerichteten Zimmern des gelben, renovierungsbedürftigen Gebäudes der Julius-Wegeler-Straße 11 in Koblenz herrscht eine rege Betriebsamkeit. Zwischen einer blubbernden Kaffeemaschine und einem dudelnden Radioapparat hantieren an einem an der Wand hängenden Netzplan Oberstleutnant Henry Schäfer und Gefreiter Jürgen Lindner. Die letzten Details der diesjährigen Heeres-Großübung werden in dem Stab des III. Korps durchgecheckt.

Die Franzosen kommen mit einem Groß-Verband

Wenn in vier Wochen die etwa 42 000 Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit rund 8000 französischen und amerikanischen Kameraden ins Manöver ziehen, werden die Früchte der 30monatigen Vorbereitungsarbeit für jedermann sichtbar. In dem sechsköpfigen Sonderstab des Generalstäblers Schäfer liefen seit März 1984 alle Fäden zusammen. „Häufig völlig unbürokratisch", merkt der 43jährige Offizier mit dem Bürstenhaarschnitt an. „So stellte uns beispielsweise die Hardthöhe außerplanmäßig sofort ein Ausstattungspaket mit einem Trockenkopierer, zwei Textverarbeitungsgeräten und einem Personal-Computer zur Verfügung", erzählt er.

Mit der Bedienung der Computer und dem Lesen der Diagramme hatte dann allerdings mancher Berufssoldat seine Mühe, und so wurden flugs drei handverlesene Wehrpflichtige mit Abitur und Computer-Kenntnissen in den Sonderstab beordert. Mit Hilfe einer von der Firma Dornier erstellten, 40 000 Mark teuren datengestützten Planungshilfe konnten dann die minutiös zu berechnenden *Übungsvorbereitungen beginnen*....

„Die zahlreichen Rücksichtnahmen auf den zivilen Bereich, die komplizierten Aufmarschbewegungen und die vielfältigen militärischen Neuerungen, die erprobt werden sollen, spiegeln nur einen Bruchteil der *Komplexität der Gesamtplanung* wider", meint Hauptmann Erhard Drews. So sollen vom 18. bis 26. September in dem 150 mal 50 Kilometer großen Übungsraum des Weinanbaugebietes Main-Franken die 5. und 12. Panzerdivision mit 3500 Panzern und 14 000 *Radfahrzeugen* die Verteidigung der Bundesrepublik trainieren. Teile der 250 eingesetzten Hubschrauber werden ein neues Verwundeten-Transportkonzept erproben. Ein Novum stellt der Einsatz einer französischen Brigade dar. Generalleutnant Erich Diedrichs, unter dessen Befehl die Übung stattfinden wird, dazu: „Erstmals seit Bestehen der Bundeswehr nimmt ein Groß-Verband *Frankreichs an einer nationalen* deutschen Gefechtsübung teil." Die Beteiligung der Franzosen, die sich seit einiger Zeit wieder stärker dem westlichen Verteidigungsbündnis zuwenden, führt der frankophile deutsche General nicht zuletzt auf die „in den *vergangenen* beiden Jahren intensivierte Zusammenarbeit des III. Korps mit dem I. und II. französischen Korps" zurück.

„Absprachen mit den französischen und amerikanischen Truppen gehören zum militärischen Alltag", *berichtet* der Presseoffizier *des* Koblenzer Korps, Oberstleutnant Peter Bolte. „Die Besprechungen und Informationsveranstaltungen bei den Innenministerien Bayerns und Baden-Württembergs sowie die Kontaktaufnahmen mit den zivilen Behörden, Forstverwaltungen und der Landbevölkerung waren für manchen Soldaten etwas Neues", sagt Bolte. Bei zahlreichen „Bauern-Bieren" wurde vor allem die Landbevölkerung über den Sinn des Manövers „Fränkischer Schild" informiert.

Der Schutz der Umwelt wird beim „Fränkischen Schild" ganz groß geschrieben, versichern die Verantwortlichen. Spezialkarten, auf denen Feuchtgebiete und Sperrzonen markiert sind, werden zusammen mit den 750 000 zusätzlich gedruckten Kartenblättern an die Truppe verteilt. *Und manch ein Taktiker befürchtet* schon, daß das militärisch richtige Verhalten, das geübt werden soll, des Umweltschutzes wegen (für den übrigens die Bundeswehr im vergangenen Jahr mehr als 600 Millionen Mark ausgegeben hat) eingeschränkt oder sogar nicht mehr realisierbar wird. „Wo allerdings Schäden auftreten, sind die Kompaniechefs verpflichtet, ihre Visitenkarte abzugeben", erläutert *Oberstleutnant Bolte*. In der Übungsschaden-Zentrale von Oberst Hans-Georg Seitz stehen 300 Personen zur Schadensregulierung parat. Von der Zentrale des Pionieroberst aus werden auch die Einsätze der Kehrmaschinen, die die verschmutzten *Straßen reinigen müssen, koordiniert*.

Um die Behinderungen für den zivilen Fahrzeugverkehr möglichst gering zu halten, hat der Verkehrsstabsoffizier Reiner Hartmann frühzeitig mit Polizei und ADAC die An- und *Abmarschstraßen festgelegt* und einen generalstabsmäßigen Fahrplan erstellt. Bei der Bundesbahndirektion Frankfurt mußte Hartmann 63 Eisenbahnzüge – meist Tieflader für die Kettenfahrzeuge – ordern, die vom 19. September an in den beste*henden Bundesbahn-Fahrplan einge*schoben werden müssen.

Für den Bürger Tips zur Unfall-Verhütung

In einer breit angelegten Informationskampagne in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften und Lokalzeitungen gibt die Bundeswehr den Bürgern Tips für Verhaltensregeln, um Unfälle zu vermeiden. Mit der „Flüstertüte" werden Teile des Andernacher PSV-Bataillons „vor den Spitzen der kämpfenden Truppe die Bevölkerung aufklären und warnen", sagt Oberstleutnant Bolte. Der Presseoffizier, dessen Stab die in- und ausländischen Journalisten zu betreuen hat, wird auch zugleich die sogenannte Bevölkerungs-Informations-Zentrale (BIZ) leiten. In ihr werden nicht nur das „Sorgentelefon" *stehen, sondern auch Diskussions*veranstaltungen stattfinden und die Betreuung der etwa 1000 geladenen Gäste gelenkt. Und diese „Gefechtsfeld-Touristen" sind es, die den Koblenzer Planern noch etwas Kopfzerbrechen machen. Denn für das „Lodenmantel-Geschwader", wie die ehemaligen Kommandeure und Generale im Truppenjargon heißen, müssen zahlreiche Begleitoffiziere abgestellt werden und bequeme Übernachtungsmöglichkeiten gefunden werden, was in der ländlichen Übungsregion schier unmöglich ist.

Wichtigste Aufgabe des in diesem Jahr größten Heeresmanövers in der Bundesrepublik ist es allerdings neben der militärischen Schulung der Soldaten, die Bevölkerung wieder „Truppe hautnah erleben zu lasen", *formuliert* Oberstleutnant Schäfer das Übungsziel.



FOTO SVEN SIMON

Mitgift oder Mord, das ist die Frage: Tag für Tag werden in Indien junge Frauen von der Familie des Mannes zu Tode gebracht, weil sie nicht genügend Mitgift bekamen.

Indien einmal ohne Romantik – Wehe Du wirst als Frau geboren

***Indiens Gesellschaft tut sich* schwer, die Diskriminierung der Frau abzubauen. Noch immer gelten Mädchen als ein Ballast, den die Familie möglichst früh loswerden will.**

Von PETER DIENEMANN

Malini Parthasarathy ist Kor*respondentin* der *südindi*schen Tageszeitung „Hindfu" in Neu-Delhi. Alleinstehend, jetzt in den Endzwanzigern, hat sie eine steile berufliche Karriere hinter und noch ein gutes Stück vor sich. Sie ist eine selbstbewußte Frau mit Universitätsausbildung aus einer traditionellen Hindu-Familie – und sie ist noch immer eine Ausnahme in der männnlich dominierten Gesellschaft Indiens. „*Es ist eine Schande*, wie wir unsere Frauen behandeln", sagte vor zwei Tagen Premierminister Rajiv Gandhi bei einer Frauenkonferenz. Denn von Gleichberechtigung, von gleichen Chancen in der Arbeitswelt oder auch nur von gleichem Recht für Frauen in der Familie kann in dem 750-Millionen-Menschen-Land trotz Grundgesetzgarantie keine Rede sein.

Auch heute noch erfüllt die indische Frau in erster Linie jene Rolle, die ihr die Tausende von Jahren alte hinduistische Tradition auferlegt hat: das Haus versorgen, Kinder gebären und aufziehen und vor allem dem Manne untertan sein. Töchter in indischen Familien werden eher als notwendiges Übel denn als Freude betrachtet, die Söhne haben den Vorzug – ihr Leben lang.

Und schon am ungeborenen Leben beginnt in Indien die Diskriminierung der Frau. Schockiert notierte die indische Öffentlichkeit vor zwei Monaten, daß private Abtreibungs-Kliniken in Neu-Delhi und vor allem in Bombay am ungeborenen Leben auf Wunsch der Eltern – und gegen klingende Münze – Geschlechtsbestimmungstests durchführen. Mit Hilfe dieser Tests, *ursprünglich entwickelt*, um schon am Fötus genetische Schäden feststellen zu können, kann der Arzt erkennen, ob der Nachwuchs weiblich oder männlich werden wird. Wird's ein Mädchen, treiben die Eltern ab, ein Bub darf weiterleben. Insgesamt 6000 Abtreibungen nach einem Sex-Bestimmungstest wurden in einer einzigen Klinik in Bombay durchgeführt. Und jedesmal war es ein weiblicher Fötus, der abgetrieben wurde.

Denn Mädchen bedeuten der Familie Ballast, den es möglichst früh loszuwerden gilt. Immer noch – allerdings hauptsächlich im unteren urbanen Mittelstand oder der Unter*schicht – wird die Ausbildung* eines Mädchens von der Grundschule bis hin zur Universität als Geldverschwendung betrachtet. Ohnehin, so argumentieren die Eltern, werde die Tochter eines Tages heiraten, ins Haus ihres Ehemannes umsiedeln und dort eben jene Aufgaben erfüllen, die ihr vorbestimmt sind: dem Manne Sklave sein und seine Kinder aufziehen. „Muß sie dazu lesen und schreiben oder gar noch mehr können?"

Und diese Heirat, mit der die Eltern *endgültig die Verantwortung für ihre* Tochter an den Bräutigam und dessen Familie weiterreichen, kostet Geld, meist zuviel Geld für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Brauteltern. „Dowry" wird die Mitgift genannt, die der Tochter mitgegeben werden muß. Waren es in der traditionellen nordindischen Familie noch einige Schmuckstücke, Haushaltsgegenstände oder auch ein Stückchen Land, so stehen heute Mitgift-Forderungen der Schwiegereltern nach einem teuren Farbfernseher, einem Motorrad oder gar einem Auto an der Spitze. Je vielversprechender der junge Mann, je besser seine Verdienstaussichten oder sein gesellschaftlicher Status, desto höher die Mitgift.

Und die Tragik der frisch Verheirateten beginnt dann, wenn die „Dowry" ausbleibt, weil sich die Brauteltern schlicht übernommen haben. „Es war die Hölle auf Erden", berichtet eine jener unglücklichen jungen Frauen, die mit schweren Verbrennungen in einem Krankenhaus in Delhi liegt. Ihr eigener Mann und die Schwiegermutter hatten sie in der Küche beim Kochen mit Kerosin-Öl übergossen und dann angezündet. Schon monatelang zuvor hatten sie die Frau unter massiven Druck gesetzt, weil die zugesagte Mitgift ausblieb. Nachbarn retteten sie, jedoch jeden Tag geschieht irgendwo in ei*nem nordindischen Haushalt ein* solcher brutaler Mordanschlag. „Meist", so ein Sprecher der Polizei, „werden die Dowry-Morde als Unfälle geschildert, doch wir finden bald heraus, was dahintersteckt."

Frauenrechtsorganisationen haben sich inzwischen jener jungen Frauen angenommen, die im Haus der Schwiegereltern leiden müssen, harte Strafen stehen auf Dowry-Morde und -Mordversuch, und das Mitgift-Wesen ist ohnehin verboten. Doch die Betroffenen selbst suchen nur in den seltensten Fällen Hilfe von Außenstehenden, da sie deren Einmischung als Schande für die ganze Famlie empfinden.

Die seit Jahrtausenden gefestigte Geschlossenheit und Abgeschlossenheit der indischen Familie ist heute vor allem noch auf dem Land zu spüren, wo allerdings die Mehrheit der *indischen Bevölkerung lebt. Dort ha*ben Make-up und Lippenstift dem Gesichtsschleier noch nicht den Rang abgelaufen. Die indische Landfrau trägt dreifache Bürde: Zu Haushalt und Familie kommt die tägliche harte Feldarbeit – dafür genießt sie im Haus aber auch mehr Mitsprecherecht als die Stadtfrau.

Und ihr Leben steht im krassen Gegensatz zu jener wohlbeleibten „*Mem-Sahib*", der Frau der indischen neureichen Oberschicht, die ihre Zeit mit Damen-Zirkeln, häuslichem Kaffeeklatsch und häufigem Griff in die „Naschdose" totschlägt, weil sie kaum einen Finger rühren muß. Ihr perfekter Haushalt wird von emsigen, *unterbezahlten Dienern in Schwung* gehalten, um die Kinder kümmert sich das Kindermädchen.

Zweifellos hat der soziale Stellenwert der Frau in Indien seit dessen Unabhängigkeit 1947 einen Wandel erfahren. Rund 20 Prozent aller städ*tischen Studenten sind Mädchen, sie* finden nach Abschluß der Universitätsausbildung Eingang in gehobene Berufe, werden Ärzte, Regierungsangestellte und Bürokräfte. Seit Jahren gibt es einen Verein weiblicher Unternehmer, der jedes Jahr einmal zusammentritt. Die Damen, die ihre Industrien gegen eine männlich chauvinistische Konkurrenz erfolgreich aufgebaut haben, sind „hart im Nehmen" und von erstaunlichem Durchsetzungsvermögen. Rajiv Gandhi hat ein halbes Dutzend Damen zu Ministern gemacht, und seine Mutter Indira hatte der ganzen Welt gezeigt, daß auch eine Frau sehr wohl einen ganzen Subkontinent führen kann. Doch *Forderungen nach mehr Gleichbe*rechtigung werden in Indien trotz eines derzeitigen Gründungsbooms von Frauenrechtsorganisationen weitaus weniger lautstark vorgetragen als in westlichen Ländern. Ein Soziologe von der Nehru-Universität dazu: „Die Unterwürfigkeit unserer Frauen hat schon fast masochistische Züge. Aber Tradition kann man nicht per Gesetz ausradieren."

Beirut: Wehklagen um Selims Tod im Saal des Grauens

Bürgerkrieg und Terror haben das Leben im Libanon zur Hölle gemacht. Der Tod lauert überall, in jedem geparkten Auto kann eine Bombe stecken.

Von HORST ROLLER

In einem abgedunkelten Krankensaal der alten türkischen Klinik von Mussaitbe: ein Stahlbett neben dem anderen, Matratzen am Boden. Es ist 30 Grad, und die Luft stinkt nach Karbol, Urin und Hammelfleisch. Fliegenschwärme summen in dem großen Raum. In dieser Hölle liegen 30 Opfer der letzten Autobombe in West-Beirut. An den Betten und Matratzen kampieren die engen Verwandten, wie das im Orient Brauch ist. Das Wehklagen wird nur vom Stöhnen frisch Operierter übertönt.

Für Selim, einst Faktotum der österreichischen Botschaft und im „Sadat-Hochhaus" Mädchen für alles, als die Diplomaten sich lange schon *nach Damaskus abgesetzt hatten*, hat die letzte Stunde geschlagen. Seine Töchter haben ihm „wenigstens zum Sterben" einen ruhigen Eckplatz in diesem Saal des Grauens erkämpft. Selim trägt einen Gesichtsverband. Nase und beide Arme hat er verloren.

Als er ausgelitten hat, sind die Mädchen vor Schmerz und Verzweiflung nicht mehr zu halten. Wärter müssen sie herauszerren. Dann erst wird der Tote abgeholt. Warda, die Älteste, darf noch einmal zurück, packt ein paar Habseligkeiten. Ihre dunklen Augen sind tränenlos. „Guter Baba, Dich werde ich rächen!" sagt sie, und dann, zu mir gewandt: „An allen Christen, die das getan haben, *werde ich Rache nehmen!*"

In der einst überquirlenden Geschäftsstraße Rue Pasteur gibt es nur noch eine funktionierende Bank. Filialleiter Robert Ackad trägt seit vergangener Woche den Arm in der Schlinge. Er war auf dem Weg zu Freunden, als in seiner Nähe eine Autobombe explodierte. So konnte er dem Splitterregen halbwegs entgehen, indem er sich in einen Abfallhaufen warf. Jetzt hofft er, nach London versetzt zu werden. „Wenn das nicht klappt, gehe ich zurück nach Ägypten, und wenn ich dort nur Ful-Bohnen zu beißen kriege..."

Ein mir so altvertrautes Haus in der Altstadt ist seit meinem letzten Besuch ebenso zur Ruine geworden wie alles im Umkreis des einst eleganten Hotels St. Georges und der Rue Fahreddine in Ufernähe des Mittelmeeres. Nur Madame Cathérine sitzt wie eh und je mit ihrer Wasserpfeife auf dem Sofa. Sie ist noch immer schön, *aber in ihrer Pluderhose, die sie* neuerdings trägt, versucht sie, den frischen Beinstumpf zu verbergen. Sie verlor ihr Bein im Frühsommer durch eine Autobombe, als sie an einem Straßenstand ein Fladenbrot kaufte. Nach ihrem Mann brauche ich nicht erst zu fragen: Er schaut mich aus einem schwarzen Bilderrahmen an, der zugleich einen Riß in der Zimmerwand verdecken soll. „Einmal muß dieser Haß an sich selbst zu Grunde gehen. Aber ob ich das erleben werde? Ob Libanon das alles überlebt?" sagt Madame Catherine.

Einer, der dazu beizutragen versucht, ist Vizeleutnant Bitar, Spezialist der Libanesischen Armee zur Entschärfung von Autobomben. Er ist in dieser Stadt einer der ganz wenigen, die die sonst so heimtückische „Grüne Linie" zwischen christlichem Osten und islamischem Westen ungehindert passieren können. Wird ein verdächtiges Fahrzeug gemeldet, so *muß Bitar es untersuchen und im* gegebenen Fall die Bombe entschärfen. Einmal kam er zu spät, die Bombe detonierte zehn Meter vor ihm. Seitdem fehlen Bitar drei Finger.

„Das ist nichts", meint der Sechzigjährige, der 1946 beim militärischen Entschärfungsdienst begonnen hatte. „Statistisch gesehen dürfte ich längst nicht mehr leben", 1650 Sprengkörper und Höllenmaschinen hat Bitar allein *zwischen 1975 und 1982* entschärft, und das für einen Monatslohn von kaum 500 Mark.

Im September 1982 trat Bitar offiziell in den Ruhestand. Präsident Baschir Gemayel zeichnete ihn damals mit dem Zedernorden aus. Doch zwei Tage später flogen Gemayel und sein ganzer Stab durch eine Autobombe in die Luft. Das war für Bitar Grund, auf die Pensionierung zu pfeifen. 217 Autobomben hat er seitdem entschärft. „Sie werden immer raffinierter", sagt er. „Die ersten hatten nur einen Zünder, *der relativ leicht zu entschärfen* war. Dann kamen Bomben mit zwei und drei versteckt angebrachten Zündern. Neuerdings werden sie per Funk ferngezündet." (SAD)

Polizei vereitelt Anschlag auf Generalkonsulat

H.-L. HEILMANN, Hamburg

Der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei ist es gelungen, einen Anschlag der „Kurdischen Arbeiter- und Bauernpartei" auf das türkische Generalkonsulat oder andere türkische Einrichtungen zu verhindern. Vermutlich sollte der Anschlag am 15. August erfolgen, da auf den Tag genau zwei Jahre zuvor der vom türkischen Militär niedergeschlagene Kampf der Kurden gegen „die türkische Staatsmacht" eröffnet wurde. Die Polizei war durch Beschlagnahme eines Briefes an den „Arbeiterverein aus Kurdistan e.V." dem geplanten *Anschlag auf* die Spur gekommen. In dem Brief befand sich der Schlüssel zu einem Schließfach im Hamburger Hauptbahnhof sowie ein kurzer Text. Bei Öffnung des Schließfaches stieß die Polizei auf eine Tasche, in der sich unter anderem mehr als ein Kilogramm hochbrisanter Sprengstoff, eine Pistole, ein Schalldämpfer und eine Handskizze der Residenz des türkischen Generalkonsuls in Hamburg befanden. Der Anschlag, so Polizeidirektor Dieter Heering, hätte „möglicherweise mehrere Menschenleben" gefordert.

NRW investiert in Nahverkehr

DW. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Christoph Zöpel ist davon überzeugt, daß „die Verkehrsprobleme unserer Städte gelöst" sind, wenn nur fünf bis zehn Prozent der Verkehrsteilnehmer vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen. Bei der Vorstellung des Fünf-Jahres-Programms für den öffentlichen Nahverkehr kündigte er an, daß bis 1990 in den Bau von S-Bahnen und Straßenbahnen 4,3 Milliarden Mark investiert werden. Die 237 Kilometer S-Bahn-Strecken sollen damit um 90 Kilometer erweitert werden.

DGB: Arbeitslosen geht es schlechter

dpa, Düsseldorf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht bundesweit eine „dramatische Verschlechterung" für Dauerarbeitslose. Nach seinen Berechnungen warten rund 750 000 Erwerbslose länger als ein Jahr auf einen neuen Arbeitsplatz. Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre ohne Arbeit sind, habe sich seit 1982 nahezu vervierfacht, sagte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr. Rund 43 Prozent der Dauerarbeitslosen erhielten inzwischen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe.

Bundesregierung steht zu SDI

Go. Bonn

Die Bundesregierung hat sich erneut zur Einhaltung des deutsch-amerikanischen SDI-Abkommens bekannt. Es sollte nicht „durch einseitige Schritte des amerikanischen Kongresses in Frage gestellt werden", sagte Regierungssprecher Schäfer. Er erinnerte an den „stets verläßlichen Partner Präsident Reagan". Die Bundesregierung habe „keinen Anlaß", an der Vertragserfüllung durch die US-Regierung zu zweifeln. Allerdings stünden die Bestrebungen des Senats dazu im Widerspruch. Die Vorlage würde noch im Vermittlungsausschuß behandelt.

Theologe kritisiert SPD-Entwurf

KNA, Bonn

Der Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Trier, Wolfgang Ockenfels, kritisierte den „Irseer Entwurf" eines neuen SPD-Programms. Die SPD könne sich kaum auf die Katholische Soziallehre berufen oder die kirchliche Autorität in Anspruch nehmen. Lediglich in den Abschnitten zur Sozialpolitik tauche unter dem Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe" das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre auf.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Börners „rechte" Genossen sehen die Partei am Scheideweg

Von DANKWART GURATZSCH

Mitten im politischen Hochsommer bläst den Altgenossen und „Rechten" in Holger Börners hessischer SPD eine kühle Brise ins Gesicht. Noch ein halbes Jahr ist es bis zur Bundestagswahl, ein Jahr bis zur nächsten Landtagswahl in dem rotgrün regierten Bundesland. Aber die „Rechten", *einst* „Bindeglied" *zur* FDP, haben mehr als je in der hessischen Nachkriegsgeschichte das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden.

„Nicht wir haben uns geändert, die *Partei ist eine andere geworden*", sagt der weißhaarige Fritz Glenz, Darmstädter Unterbezirksvorsitzender und ehrenamtlicher Stadtrat. Der heute 64jährige ist schon 1930 in die sozialdemokratischen „Falken" eingetreten *und gehört dem Darmstädter* Unterbezirksvorstand seit 26 Jahren an. Aber er empfindet Bitterkeit gegenüber den übergeordneten Parteigremien. Trotz „guter Arbeits- und Wahlergebnisse" stehe die innerparteilich als „rechts" verschrieene Darmstädter SPD unter wachsendem Druck des „linken" Bezirksvorstandes Hessen-Süd.

Mit seinem Groll weiß sich Glenz eines starken Rückhalts im eigenen Unterbezirk sicher. „Wir haben *hier* die eindeutige Mehrheit", meint er und verweist auf sein Wahlergebnis als Vorsitzender, das ihm einen Vorsprung von 84 zu 32 Stimmen brachte. Wahlergebnisse solcher Art, die *Darmstadt zu einer Insel der* „rechten" Sozialdemokraten im linken Hessen machen, haben den Darmstädtern freilich in jüngerer Zeit eine wahre Flut von Anschuldigungen, Unterstellungen und sogar Feindseligkeiten aus der *eigenen Partei* eingetragen – schon für sich ein Indiz, daß sich die hessische SPD mit ihren beiden Bezirksverbänden Nord und Süd auf einer Linksdrift befindet.

Belege dafür liefern gerade vormals als „rechts" eingeschätzte Parteipolitiker, die von dem dringenden Ehrgeiz beseelt zu sein scheinen, nur ja keinen Sand ins Getriebe der rotgrünen Koalition geraten zu lassen und die Grünen auf ihren eigenen Politikfeldern mit noch viel „grüneren" Bekundungen auszustechen.

So arbeiten das Sozialministerium von Armin Clauss und das Landwirtschaftsministerium von Willi Görlach mit Hochdruck an der Serienherstellung von Umwelt-Broschüren, die den Eindruck erwecken, als seien die beiden Minister trotz der Bestallung des Grünen Joschka Fischer mit dem Umweltministerium noch immer für Natur- und Umweltpolitik zuständig.

Selbst Wirtschaftsminister Ulrich Steger ist um grüne Profilierung bemüht, läßt effektvoll Alleen pflanzen und setzt eine Untersuchungskommission ein, die den Kernreaktor Biblis A überprüfen soll – zusätzlich zu der vom Bundesumweltministerium ohnehin veranlaßten Überprüfung durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien.



Es grünt so grün in Holger Börners SPD – und immer mehr Altgenossen fühlen sich der Partei entfremdet FOTO: DPA

In der Ausländerpolitik sind von Minister Clauss bis zu den Landtagsabgeordneten Gert Lütgert und Fred Gebhardt gerade „rechte" hessische Sozialdemokraten emsig bemüht, die mit den Grünen vereinbarte „Liberalisierung" *so weit wie möglich zu* treiben und ihr „bis zur Klärung aller mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer in Hessen verbundenen Fragen" bereits „gesetzlich mit der Einrichtung von *Ausländerbeiräten auf Stadt-, Kreis-* und Landesebene" (Deutsche Presse-Agentur) auch institutionell Ausdruck zu verleihen.



Landesbericht Hessen

Was wundert es da, daß der ebenfalls dem „rechten" Flügel zugerechnete *SPD-Fraktionschef im hessi*schen Landtag, Ernst Welteke, mit einem wahren Hymnus auf das sozialistische Nicaragua an die Öffentlichkeit tritt und damit (als ein nicht einmal in der Bundesrepublik allzu weit über Hessens Grenzen hinaus bekannter Politiker) rühmende Erwähnung auf Seite 1 der (Ost-) „Berliner Zeitung" findet.

Nur allzu folgerichtig, daß bei dieser rasanten „Ergrünung" der hessischen SPD ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister wie der Darmstädter Günter Metzger, ein schroffer Gegner des rot-grünen Bündnisses, bei den Parteioberen zum Stein des Anstoßes wird. So war es denn auch alles andere als ein Versprecher, als SPD-Landesgeschäftsführer Wolfgang Kiehne ausgerechnet Metzgers Auslandsurlaub nutzte, um im Hessischen Rundfunk öffentlich „Verständnis" für die Forderung aus „Parteikreisen" nach einem Rücktritt Metzgers zu äußern.

Nicht weniger als 30 Parteischiedsverfahren mußte der Unterbezirk seit 1984 über sich ergehen lassen, weil *die linke* Minderheit beinahe jedes Wahlergebnis anfocht. Jetzt hat der Bezirksvorstand Hessen-Süd zum bisher spektakulärsten Schlag gegen den mißliebigen Unterbezirk ausgeholt: Eine Untersuchungskommis*sion soll prüfen*, ob es bei allen Wahlen mit rechten Dingen zugegangen ist, und notfalls ein Ordnungsverfahren einleiten.

Glenz und der Unterbezirk, die bisher immer obsiegten, wissen es nur aus Presse und Fernsehen. Glenz: „Man will den Druck verstärken, uns einschüchtern, Keile reintreiben." Ja, man schrecke nicht einmal davor zurück, den Darmstädter „Rechten" regelrechte Mafiamethoden zu unterstellen, wie im Fall der Landtagsabgeordneten Christel Trautmann: In der Mülltonne der „linken" Genossin waren vertrauliche Landtagsakten gefunden worden. Dazu offerierte der Freundeskreis das Gerücht, die hätten ihr „rechte" Spezis untergejubelt.

Viel Hoffnung, von der eigenen Partei schon bald „rehabilitiert" zu werden, haben Glenz und seine Freunde nicht. Mißmutig blicken sie auf den Nürnberger Parteitag, in dem sie mit den Worten ihres Landtagsabgeordneten Karl Hermann Ritter den Versuch sehen, „die SPD hinter Godesberg zurückzunehmen".

Ritter, der die Darmstädter SPD eine „ausgesprochene Helmut-Schmidt-Partei, keine Brandt-Partei", nennt und in dessen Arbeitszimmer das Porträt Herbert Wehners hängt, kritisiert den Satz im neuen Programm, das alte Godesberger Programm habe „die geschichtliche Bedeutung von Marx aus taktischen Gründen unterschlagen", und wirft den Programmentwurf auf den Tisch: „Das laß ich mir nicht vorwerfen!" 18 Jahre hat er an der Spitze des Ortsvereins Eberstadt gestanden, jetzt sieht er seine Partei am Scheideweg: „Mit einem solchen Programm machen wir die Volkspartei kaputt."

Asylrecht in Europa / Die Irrfahrt der Tamilen

Keiner öffnet Türen so weit wie die Deutschen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Standard im Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland geht weit über das allgemeine Völkerrecht und das aller anderen Staaten hinaus. Zu dieser Feststellung sind Regierungskreise aufgrund eines Ländervergleichs gekommen. Die Verfahren für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft variieren zumindest in Europa von Land zu Land und sind nach Ansicht von Bonner Regierungskreisen „eine Frucht von Zufälligkeiten", so daß eine Harmonisierung der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen europaweit erforderlich sei.

Entgegen weitverbreiteter Meinung gibt es weder in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 noch in der Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1969 oder im geltenden Völkerrecht einen Anspruch des einzelnen gegen den Staat auf Gewährung territorialen Asyls. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat zwar den Satz aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, nämlich „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen", zur Resolution gemacht; sie hat jedoch nur den Charakter einer „Empfehlung".

Eine vertragliche Verpflichtung zur Gewährung von Asyl ergibt sich auch nicht aus dem „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" von 1951, kurz „Genfer Flüchtlingskonvention" genannt. Hier heißt es für alle westeuropäischen Länder verbindlich, daß kein Flüchtling in Gebiete zurückgeschickt werden darf, wenn dort sein Leben oder seine Freiheit unter anderem wegen seiner Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit bedroht wäre. Die Staaten entscheiden danach aber „nach politischem Ermessen", ob sie Asyl gewähren oder nicht.

Frankreich hat Ende Juli sein Ausländerrecht drastisch verschärfen. Aus Tradition hatte es bisher eine sehr liberale Aufnahmepraxis mit vielen Beschwerdeinstanzen. Nun werden die negativen Fälle „sofort oder innerhalb weniger Tage entschieden". Während in der Bundesrepublik Deutschland Asylsuchende an den Grenzen nur dann zurückgewiesen werden können, wenn sie offensichtlich schon in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben, kann an den französischen Grenzen jedermann, der die Grenze noch nicht überschritten hat, zurückgewiesen werden, ohne daß dagegen ein Rchtsmittel eingelegt werden kann.

In Großbritannien bleibt der Asylsuchende bis zu einer vorläufigen Entscheidung des Home Office in Obhut der Grenzstelle. Über das Gesuch entscheidet der Innenminister in zwei Instanzen, dann ein vom Lord Chancellor eingesetztes „Tribunal".

Die Schweiz handhabt diesen Vorgang höchst individuell. Das Bundesamt für Polizeiwesen ordnet nach Auftauchen eines Asylbewerbers an der Grenze eine Befragung an, nach deren Verlauf sich die Entscheidung richtet: Zurückweisung oder Einreise. Die Bearbeitungsfristen bei der Entscheidung über Asylanträge können „derzeit etwa zwei Jahre" dauern. In der Schweiz besteht auch für einen anerkannten Flüchtling kein Rechtsanspruch auf Asyl.

In den Niederlanden kann jedermann an der Grenze politisches Asyl beantragen. Über den Antrag wird, während er „an der Grenze" festgehalten wird, innerhalb einer Woche entschieden.

In Belgien erfolgt die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und ist unanfechtbar. Endgültig entscheidet dann aber noch der Justizminister.

In Dänemark ist die Ausländerbehörde die erste Adresse für den Flüchtling. Gegen ihren Spruch hat der Asylsuchende Beschwerderecht bei einer Flüchtlings-Berufungsinstanz. Offensichtlich unbegründete Anträge werden im Schnellverfahren an der Grenze abgewickelt, wobei Ausländerbehörde und Flüchtlingshilfe getrennt den Fall prüfen und ihre Einstimmigkeit maßgebend ist.

In Griechenland und in der Türkei, im Falle von Nichteuropäern auch in Italien, werden solche Flüchtlinge zwar nicht in den Verfolgerstaat zurückgeschickt, aber es wird auch kein ständiger Aufenthalt gewährt. In Griechenland treffen eine Kommission beim Ministerium für Öffentliche Ordnung und ein Komitee unter Mitwirkung des UNHCR und des Außenministeriums entsprechende Entscheidungen.

Überall dort, wo die Asylantenzahlewn ungewöhnlich stark angestiegen sind, ist die Debatte über die Ausgestaltung der einschlägigen Gesetze im Gange.

Höllenfahrt nach Kanada

DW. Ottawa

Tamilen aus der Gruppe der 154 Flüchtlinge, die vor der kanadischen Küste ausgesetzt worden waren, haben ihre Überfahrt als wahre Hölle auf Erden beschrieben. Der Kapitän habe sie in dunklen Frachträumen eingesperrt und sie hätten nur zweimal täglich an Deck gedurft. Als sie sich über Durst beschwert hätten, habe der Kapitän ihnen gesagt, sie sollten über Bord springen. Er habe wegen des Diebstahls einer Coca-Dose mit Erschießung gedroht.

Als Toiletten hätten drei Eimer gedient. Der Gestank sei so schlimm gewesen, daß einige nichts mehr gegessen hätten, um nicht zur Toilette zu müssen. Einer sagte, er sei 15 Tage lang nicht zur Toilette gegangen.

Vor ihrer Aussetzung habe der Kapitän ihnen einen Kompaß gegeben, der jedoch über Bord gefallen sei. Der einzige Außenbordmotor habe nicht funktioniert. In der Nacht hätten sie das Geräusch blasender Wale gehört und Angst gehabt, von den Tieren gerammt zu werden. Ein Elternpaar hätte sich geschworen, mit ihrem Baby über Bord zu springen, sobald das Trinkwasser aufgebraucht wäre.

An vieles konnten sich die Tamilen allerdings nicht erinnern. Sie wußten die Namen der Personen, denen sie Geld für die Überfahrt gegeben hatten, nicht mehr. Auch an den Namen des Hafens bei Bremerhaven erinnerten sie sich nicht. Den Namen des Kapitäns konnten sie nicht nennen. Er sei „klein und fett" gewesen. Wegen des Nebels konnten sie das Schiff nicht richtig erkennen. Ein Tamile erinnerte sich lediglich an die Farben weiß und silbergrau. Einer beschrieb das Schiff als „drittklassiges Cargoschiff".

Das „Juristenparlament" kehrt zur Sacharbeit zurück

Abnehmende Mitgliederzahl kündigt Entpolitisierung an

HENNING FRANK, Bonn

Wenn Prof. Markus Lutter am 9. September im Berliner ICC den 56. Deutschen Juristentag eröffnet, kann er sich statt der insgeheim erhofften knapp 9000 nur auf reichlich 8000 Mitglieder stützen. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Ständigen *Deputation der größten fachüber*greifenden Juristenorganisation in der Bundesrepublik für die letzten beiden Jahre, hat sich die Mitgliederzahl „trotz zahlreicher Beitritte per 7. Juli 1986 auf 8215 ermäßigt".

Auch wenn es keine verläßlichen Angaben über die Gründe des Austritts von über 650 Mitgliedern und die Weigerung von weiteren 100, ihren Beitrag zu zahlen, gibt, so dürften doch die meisten von ihnen dem „Verein Deutscher Juristentag e. V." den Rücken gekehrt haben, weil das jede zwei Jahre tagende Juristenparlament wieder zu einer betont sachlichen Arbeit zurückgekehrt ist. Viele junge Juristen und Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) haben Anfang der siebziger Jahre nur die Mitgliedschaft erworben, um die rechtspolitischen Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Antwort der mehr konservativ eingestellten Juristen ließ nicht lange auf sich warten. Sie folgten dem schlechten Beispiel ihrer fortschrittlichen Kollegen und *traten Ende der siebziger Jahre eben*falls in Scharen dem Deutschen Juristentag bei.

Verständlich, daß das Ergebnis von Abstimmungen über rechtspolitische Sachfragen fortan nicht mehr von den besseren Argumenten, sondern von der Stärke der Bataillone abhing, die die eine oder andere Seite in der jeweiligen Abteilung des Juristentages mobilisieren konnte.

Schon unter der Präsidentschaft von Lutters Vorgänger, des Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsidenten Günther Weinmann, lieferten sich die Traditionalisten und Progressisten auf den Sitzungen des Juristenparlaments *nur noch Nachhutgefechte*, nachdem der Aufbruch zu neuen Ufern der Rechtspolitik gescheitert war. Trotzdem ist der 56. Deutsche Juristentag keiner der üblichen Fachkongresse.

Es werden nicht nur so heiße Eisen, wie die Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung beim Menschen, das „Recht auf den eigenen Tod", der Ausbau des Individualschutzes gegen *Umweltbelastungen und die Neuord*nung der Rundfunklandschaft angepackt. Auch die Politik kommt in Berlin nicht zu kurz. So werden sich die Bonner Verfassungsrechtler Josef Isensee, der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Prof. Paul Mikat, Hamburgs FDP-Vorsitzender Prof. Ingo von Münch, der SPD-Politiker Peter von Oerzen und der Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen Otto Schily mit dem „Parteienstaat des Grundgesetzes und der Bewältigung der Zukunftsaufgaben" beschäftigen.

Der Vater der Postleitzahl wird 70

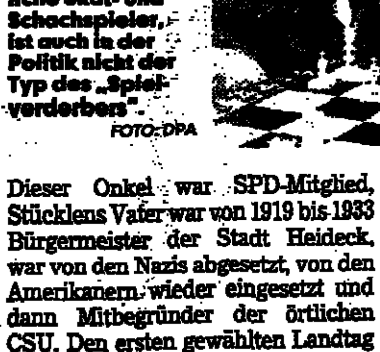
GEORG SCHRÖDER, Bonn

Richard Stücklen sieht gar nicht so aus, als mache er Jagd auf Rekorde. Aber ungewollt hat er einen Rekord nach dem anderen in der Nachkriegs-Politik erobert. 1949 zog er als jüngster Abgeordneter in den Bundestag ein, jetzt ist er auf bestem Wege, demnächst Alterspräsident des Bundestages zu werden. Soviel ist schon heute, da sein siebzigster Geburtstag am Mittwoch erst zu feiern ist, sicher, daß er nämlich, wenn nicht noch Zeichen und Wunder geschehen, in der nächsten Legislaturperiode der einzige Abgeordnete sein wird, der dem Bundestag von Anfang an angehört.

Richard Stücklen, Mann der bayerischen CSU, hat keine Feinde. Das sagt sich so leicht hin, aber ist doch ungewöhnlich und beweist, daß in diesem Politiker ein starker Zug zum Ausgleich bei der parlamentarischen Arbeit vorherrscht. Stücklen ist *im* Parlament die Verkörperung des Mittelstandes, des städtischen Bürgertums. Der Wahlkreis Weißenburg, konfessionell gemischt, hat ihn allzeit als Vertreter der CSU nach Bonn geschickt.

Richard Stücklen gehört zu den Gründern der CSU in Franken. Ihm, dem seine Tätigkeit als Elektroingenieur in Sachsen eine Schöne des Landes als Ehefrau mit in das heimatliche Franken gebracht hatte, erschien eine überkonfessionelle Partei wie eine Selbstverständlichkeit.

Aber daß er diese Wahl genau wie sein Vater traf, während der Bruder seines Vaters *mehr als dreißig Jahre* lang Mitglied des Reichstages war, war gar nicht so selbstverständlich.



Richard Stücklen, der leidenschaftliche Skat- und Schachspieler, ist auch in der Politik nicht der Typ des „Spielverderbers". FOTO: DPA

Dieser Onkel war SPD-Mitglied, Stücklens Vater war von 1919 bis 1933 Bürgermeister der Stadt Heideck, war von den Nazis abgesetzt, von den Amerikanern wieder eingesetzt und dann Mitbegründer der örtlichen CSU. Den ersten gewählten Landtag des Freistaates Bayern nach dem Krieg eröffnete er als Alterspräsident.

*Stücklen war und ist ein Mann oh*ne Großmannssucht. Aber er hatte und hat Sachehrgeiz. Das und seine ausgleichende Art dürften die Gründe dafür sein, daß er schon in parlamentarisch jungen Jahren geschäftsführender Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag und dann 1957 bis 1966 Postminister wurde.

Fragt man Stücklen, was von ihm nach diesen langen politischen Jah*ren, sei es als Minister, sei es als Präsi*dent oder stellvertretender Präsident des Bundestages, als Ernte in die Scheuer gefahren werden konnte, dann hört man von ihm den Hinweis, daß er einer der Väter, vielleicht sogar der wichtigste Vater der während der ersten Legislaturperiode verabschiedeten Deutschen Handwerksordnung ist. Dann macht er darauf aufmerksam, daß er die Postleitzahlen als Bundespostminister eingeführt hat.

Aber etwas, was dem Wirken Stücklens Schwergewicht gab, läßt sich nicht in einen Satz zusammenfassen. Gemeint ist sein Bemühen, als Klammer zwischen CDU und CSU in jenen Oppositionsjahren zu wirken, in denen Strauß seinen eigenen Weg zur Kanzlerschaft suchte.

Was bleibt dem Siebzigjährigen zu wünschen? Daß er weiterhin fröhlich Skat spielt, sich am Fußball begeistert und dem gesunden Menschenverstand im Bundestag dient.

Lafontaine läßt Wünsche Leinens unberücksichtigt

UR. Bonn

Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) hat seinem Umweltminister mehr Kompetenzen eingeräumt, ohne dabei die Hauptwünsche Leinens zu berücksichtigen. Wirtschaftsminister Hoffmann wies darauf hin, daß die Entscheidung Lafontaines im Juni gefallen sei, also noch vor dem Skandal um das Fischsterben in der Saar.

In den Zuständigkeitsbereich von Leinen fallen nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums künftig die emissionsrechtlichen Genehmigungen. Hiervon seien allerdings die Kraftwerke, von denen ein Großteil im Besitz der staatlichen Saarbergwerke sind, ausgeschlossen. Mit der Oberaufsicht über die Saarbergwerke hatte der Umweltminister geplant, so das Wirtschaftsmisterium, Einfluß auf die Kraftwerkspoltik zu nehmen. Leinen hatte nach dem Fischsterben mit der Forderung nach mehr Kompetenzen dem Vernehmen nach auch den Unmut des Ministerpräsidenten erregt. Er konnte sich auch mit der Forderung, die Bereiche Land- und Forstwirtschaft aus dem Wirtschafts- in das Umweltministerium zu verlagern, nicht durchsetzen. Statt dessen ist er jedoch zusätzlich zuständig für den Strahlenschutz und damit auch für die Festsetzung von Grenzwerten für die Strahlenbelastung.

Hamburger Anschlag: Karlsruhe ermittelt

AP. Karlsruhe/Hamburg

Generalbundesanwalt Rebmann hat das Verfahren gegen die Brandstifter übernommen, die am Sonntag eine mit Ausländerrecht befaßte *Dienststelle der Hamburger Polizei* verwüstet hatten. Bei den Tätern handelt es sich möglicherweise um die Revolutionären Zellen.

Urteil zur Rentenkürzung

rtr, Kassel

Die wirtschaftliche Notlage eines Unternehmens kann eine Kürzung von Betriebsrenten nur dann rechtfertigen, wenn ein Sanierungsplan eine dauerhafte Überwindung der Krise verspricht. Darauf hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem jetzt in Kassel veröffentlichten Urteil hingewiesen. In der Entscheidung heißt es, die bloße Hoffnung, ein anderer Gläubiger werde möglicherweise ebenfalls auf rückständige Forderungen verzichten und neue Belastungen würden nicht entstehen, könne beispielsweise nicht als tragfähige Grundlage für einen Sanierungsplan gelten (Az: 3 AZUR 105/84).

Eigentum verpflichtet

dpa, Düsseldorf

Der Besitzer einer Eigentumswohnung, der monatelang mit seinen *Zahlungen an die Eigentümerge*meinschaft im Verzuge ist, muß damit rechnen, daß er zum Verkauf seiner eigenen „vier Wände" gezwungen wird. Diese Erfahrung *machte* jetzt ein Wohnungseigentümer in Mülheim an der Ruhr. Er *hatte seinen* Umlageanteil von monatlich 220 Mark an die Eigentümergemeinschaft nur unregelmäßig oder nicht bezahlt. Als er bei den übrigen Wohnungseigentümern mit 2300 Mark „in der Kreide" stand, zog die Gemeinschaft vor Gericht. Das Mülheimer Amtsgericht verurteilte den säumigen Zahler dazu, seine Eigentumswohnung zu verkaufen, um die aufgelaufenen Kosten bezahlen zu können. (Az.: 23 C 4/86)

Polizei sucht Bonner Ehepaar

dpa, Straßlach

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler sucht die Sonderkommission der Polizei *ein Bonner Ehepaar. Nach den Er*mittlungen zur Aufklärung des Bombenattentats hat das ältere Paar am 9. Juli in einer „Wienerwald"-Gaststätte in Gröbenzell (Landkreis Fürstenfeldbruck) unter Umständen die *mutmaßliche RAF-Terroristin Eva* Haule-Frimpong zufällig mitfotografiert.

Späth will Rabatt absichern

rtr./gü, Stuttgart

Zuwendungen der Arbeitgeber an ihre Beschäftigten wie der Preisnach*laß auf sogenannte Jahreswagen* sollen nach dem Willen der baden-württembergischen Landesregierung steuerfrei bleiben. Ministerpräsident Späth (CDU) werde sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß die bisherige, vom Bundesfinanzhof in Frage gestellte Praxis beibehalten und gesetzlich abgesichert werde, teilte Regierungssprecher Kleinert in Stuttgart mit. Betroffen von der Regelung sind auch der Haustrunk der Bierbrauer und die Freifahrten der Bundesbahn-Beschäftigten.

Alexander Haig: Im Kampf gegen den Terrorismus alle Möglichkeiten ausschöpfen / Es geht um vitale Interessen der Alliierten

Europa muß mehr tun – aber auch Amerika

Von ALEXANDER M. HAIG

Als 1979 eine gegen mein Auto gerichtete Bombe um Bruchteile einer Sekunde zu spät explodierte, konnte ich mir als NATO-Oberkommandierender denken, daß ich ein militärisches Ziel darstellte. Aber vor mir und nach mir wurden zahllose Zivilisten Opfer terroristischer Aktionen. Es ist klar: Der Terrorismus ist für *eine Menge antidemokratischer und antiwestlicher Gruppen zur Schlagwaffe geworden. Weder die Atlantische Allianz noch ihre Mitglieder haben diese Gefahr bis jetzt gemeistert.*

1981 versuchte ich als US-Außenminister vergebens, den Kampf gegen den Terrorismus zu einer Priorität der gerade ins Amt gekommenen Regierung Reagan zu machen. Als der Terrorismus 1985/86 schließlich *an die erste Stelle der Tagesordnung* rückte, waren weder die USA noch ihre Alliierten gerüstet, gemeinsam *zu handeln. Die Entführung* der „Achille Lauro", die Angriffe auf die Flughäfen von Rom und Athen, der Bombenanschlag *auf* die Berliner Diskothek und der US-Angriff auf Libyen stehen im schonungslosen Licht westlicher *Uneinigkeit*. Irgend etwas ist da schiefgelaufen.

Nationen bekommen selten die Gelegenheit, ihre Handlungsweisen zu überdenken. Geschichte ist selten dadurch gekennzeichnet, daß prophetische Warnungen beherzigt werden. Statt dessen kommt es nur allzuoft vor, daß die langsame Häufung von Fehlern in eine unaufhaltsame Flut des Übels umschlägt. Die Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus kann heute nicht mehr länger ignoriert werden.

Die militärische Kraft ist nicht alleiniger Maßstab

Paradoxerweise sind wir deshalb das Ziel des Terrorismus, weil wir stark sind. Wenn es uns aber nicht gelingt, die Hydra zu besiegen, werden wir zu Recht für schwach gehalten – nicht unbedingt hinsichtlich unserer militärischen Kraft, sondern auf einem vielleicht wichtigeren Gebiet: Man wird uns mangelnden Willen unterstellen, unsere eigenen Werte zu verteidigen.

Die westliche Allianz folgte stets höheren Zielen als lediglich der Abschreckung der Sowjetunion. Wir *wünschen eine internationale Ordnung*, in der sich notwendige historische Veränderungen friedlich und *nach den Regeln des Rechts vollziehen können*. Unser Streben nach einer solchen Ordnung war von manchen Enttäuschungen begleitet. Aber immerhin: Die kombinierten atomaren und konventionellen Streitkräfte Amerikas und Europas haben die Feinde der friedvollen Veränderung nahezu 40 Jahre in Schach gehalten.

Aber eben weil wir stark sind, haben diejenigen, die uns besiegen wollen, *zu Mitteln der Gewalt* unterhalb unserer konventionellen Abschreckungskraft gegriffen. Die Terroristen *wählen sich unschuldige Menschen* zum Ziel, und sie versuchen mit dieser Methode unsere Achtung vor dem Leben des einzelnen gegen unseren Instinkt der Selbsterhaltung auszuspielen, wohl in der Hoffnung, daß die Folgen dieses Widerspruchs ihrem Ziel des politischen Umsturzes zugute kommen.

Gelegentlich ist Terrorismus nichts anderes als eine Grille von Mondsüchtigen. Öfter aber erkennen wir in den Tätern Hörige einer fanatischen Ideologie. Solche Gruppen werden womöglich geschützt und ermutigt von feindlichen Regierungen, die den Terrorismus für eine subtilere Angriffswaffe halten, für eine Methode, Druck auf uns auszuüben, ohne einen Preis zahlen zu müssen.

Viele Amerikaner, die sich von der Unlust der Europäer, gegen Staatsterroristen wie Khadhafi vorzugehen, *getroffen fühlen*, würden überrascht sein zu hören, daß Europa in Wirklichkeit bei der Beherrschung des eigenen Terrorismus hervorragende Ergebnisse erzielt hat. Die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und Frankreich haben sich mit ihren terroristischen „Eigengewächsen" erfolgreich auseinandergesetzt, ohne wertvolle und maßgebliche Zivilrechte in ihren Ländern einzuschränken. Sie haben dabei den Einsatz militärischer Mittel nicht ausgeschlossen. Die deutsche Befreiung der Flugzeug-Geiseln in Mogadischu ist genauso wie die israelische Befreiungsaktion von Entebbe in die Annalen des heroischen Antiterrorismus eingegangen.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Europäer sich im Falle des Staatsterrorismus, vor allem des nahöstlichen, widerwilliger und weniger *erfolgreich zeigten. Einige traten für* sogenannte politische Lösungen ein und meinten, daß Konzessionen *gegenüber der PLO und radikalen arabischen Staaten* im Mittleren Osten den Regierungen dazu verhelfen würden, ihre eigenen Territorien vor Überfällen zu bewahren oder den in ihren Ländern operierenden terroristischen Gruppen die internationale Unterstützung zu entziehen. Andere zeigten eine verständliche Scheu, den Weg militärischer Aktionen einzuschlagen, vor allem im Fall von Geiselnahmen. Sie fürchten aber auch, daß ein Anwachsen der Gewaltsamkeiten die Folge sein könnte. Außerdem gibt es wirtschaftliche, diplomatische und strategische Faktoren, die mit Interventionen in das gefährliche Geflecht der nahöstlichen Verhältnisse verbunden sind.

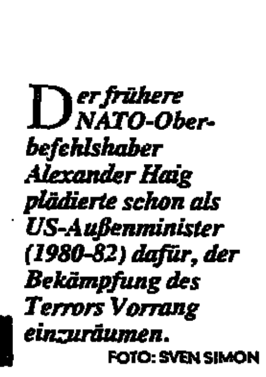
Die Amerikaner selbst sind nicht frei von solchen Bedenken. So wie wir den Kampf gegen den Terrorismus, besonders gegen das Phänomen des Staatsterrorismus, nur zögerlich, sozusagen tastend aufgenommen haben, war auch das Vorgehen der Europäer von widersprüchlichen Taktiken gekennzeichnet, die auf einer tieferreichenden strategischen Konfusion beruhten. Die europäische Haltung gegenüber Staatsterrorismus und internationalem Terrorismus ist von drei großen Irrtümern gekennzeichnet, die bis in die jüngste Zeit einer wirkungsvollen Lösung des Problems entgegenstanden:

Der erste Irrtum lautet: Der Zweck heiligt die Mittel. Die Vertreter dieses *Irrtums verurteilen den Terrorismus*, aber sie bringen ein gewisses Verständnis auf für die Umstände, die dieses Phänomen hervorgebracht haben. Genauer gesagt: Die palästinensischen Terroristen sind nach dieser Lesart in gewissem Sinne gerechtfertigt, weil sie durch die israelische und amerikanische Politik „zur Verzweiflung" getrieben wurden. Diese Politik wird so in das Licht der Mittäterschaft gerückt.

Diese Betrachtungsweise widerspricht der grundlegenden Überzeugung, daß der Mord an Zivilisten zu Kriegszeiten oder der Tod von Unschuldigen für irgendeine Zwecksetzung zu verurteilen sind. Man kann mit den palästinensischen Forderungen sympathisieren. Man kann sogar für die Idee eines palästinensischen Staates eintreten, ohne das Abschlachten unschuldiger Menschen gutzuheißen. Die logische Folge einer derartig irregeleiteten Moral wäre die Ablehnung der gegenwärtigen Friedensbemühungen im Nahen Osten, nur um die Terroristen zu besänftigen – mit anderen Worten: Wir würden den politischen Wandel akzeptieren, den sie herbeiführen wollen.

Der zweite Irrtum lautet: Wir müssen mit dem Terrorismus leben, weil wichtigere Dinge auf dem Spiel stehen. Dieses Denken, das auch in Amerika Anhänger findet, nimmt das „Zusammenleben" mit dem Staatsterrorismus im Namen höherer staatlicher Interessen in Kauf. So werden zum Beispiel kommerzielle Interessen in Libyen zu einem großen Hindernis für Sanktionen. Die Angst vor einem bewaffneten Zusammenstoßen mit Syrien oder die Hoffnungen, die man auf den laufenden Friedensprozeß setzt, haben manchen zum Schweigen gebracht, der andere Staatsterroristen mit erhobener Stimme anklagte.

Als Amerikaner muß ich leider eingestehen, daß die Europäer viel deutlicher als wir auf die Rolle von Damaskus im terroristischen Kontext hingewiesen haben. Washington hat das Problem Identifikation der Terroristen mit dem Problem verwechselt, wie man sie bestrafen soll. Es mag mehr oder weniger klug sein, gegen einen die internationalen Regeln verletzenden Staat wie Syrien mit offener militärischer Gewalt vorzugehen. Aber es ist immer unklug, mit der Wahrheit über die tatsächliche Schuld dieses Staates hinter dem Berg zu halten.



Der frühere NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig plädierte schon als US-Außenminister (1980–82) dafür, der Bekämpfung des Terrors Vorrang einzuräumen.
FOTO: SVEN SIMON

Der dritte Irrtum läßt sich in dem Satz zusammenfassen: Der Westen kann sich nicht mit Krisen beschäftigen, die sich außerhalb des formalen Geltungsbereichs der Allianz ereignen. Mit dieser Haltung verurteilt sich der Westen zur Inaktivität. Man geht einfach davon aus, daß es keine Regeln und Übereinkünfte gibt, außerhalb des NATO-Bereichs gemeinsam zu handeln, und nimmt dafür in Kauf, daß Ereignisse dort das Wohl der Allianz empfindlich tangieren. Im Sinne dieser Doktrin kann der Terrorismus nicht zum Gegenstand der üblichen politischen oder militärischen Planungen des Westens werden, die darauf ausgerichtet sind, beispielsweise der sowjetischen Aggression zu begegnen.

Im Gegensatz dazu erklärt die britische Premierministerin Thatcher zu*treffend, es liege „im vitalen Interesse* aller Nationen, aller Länder, aller Staaten, die auf Frieden und Recht *gegründet sind", den Terrorismus zu* besiegen. Der Staatsterrorismus sollte, wie andere Krisen außerhalb des NATO-Bereichs, zum Gegenstand der laufenden NATO-Praxis gemacht werden.

Ich bin zuversichtlich, daß die Vereinigten Staaten und Europa zusammen im Krieg gegen den Terrorismus Fortschritte machen werden. Bei der westlichen Gipfelkonferenz in Tokio entschlossen sich die Alliierten zu der Erklärung, daß es keine Gründe gebe, die den Terrorismus rechtfertigen könnten. Sie stimmten auch darin überein, mehr gemeinsame Aktionen zu unternehmen. Beeindruckt von der Einschätzung, daß ein widerstandslos hingenommener Staatsterrorismus unvermeidlich zu einer Spirale der Gewaltsamkeit führen werde, fühlten sich die Europäer veranlaßt, ökonomische und diplomatische Maßnahmen gegen Libyen zu ergreifen, bevor es zu spät war.

Die Illusion, daß der internationale Terrorismus unabhängig von staatsterroristischen Hintermännern existiere, ist unter dem Eindruck gerichtlicher Untersuchungen und Erkenntnisse wie ein Schleier zerrissen. Aber es muß mehr getan werden. Die Anwendung von Gewalt mit dem Ziel, Terrorismus zu verhindern und nicht erst nach der nächsten Tragödie zu handeln, kann nicht ausgeschlossen werden, obwohl ich glaube, daß sich nur wenige Staaten, die sich durch ihre Verwicklung in den Terrorismus mitschuldig gemacht haben, bereit sein werden, dies einzugestehen. Im Grunde müssen alle Möglichkeiten – gerichtliche, diplomatische, wirtschaftliche und militärische – zusammengefaßt werden, um den Erfolg sicherzustellen.

Wir sollten erkennen, daß für die Fehler der Vergangenheit bereits ein hoher Preis bezahlt werden mußte. Der Terrorismus nimmt zu. Die Weigerung, den Gewaltmethoden unterhalb der Ebene herkömmlicher Abschreckung entgegenzutreten, schränkt die Wahrnehmung der Abschreckung selbst ein. *Das Versäumnis*, dem Terrorismus in einem frühen Stadium entgegenzutreten, führt zu *einer Fehlkalkulation*, verdoppelt die Gefahren späterer Reaktionen und läßt die Spannungen unter den Alliierten unvermeidlich anwachsen. Gibt es für das Risiko, das die Untätigkeit heraufbeschwört, eine deutlichere Warnung als das Wiederaufleben der Forderungen nach dem Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa in der Folge der jüngsten Meinungsverschiedenheiten?

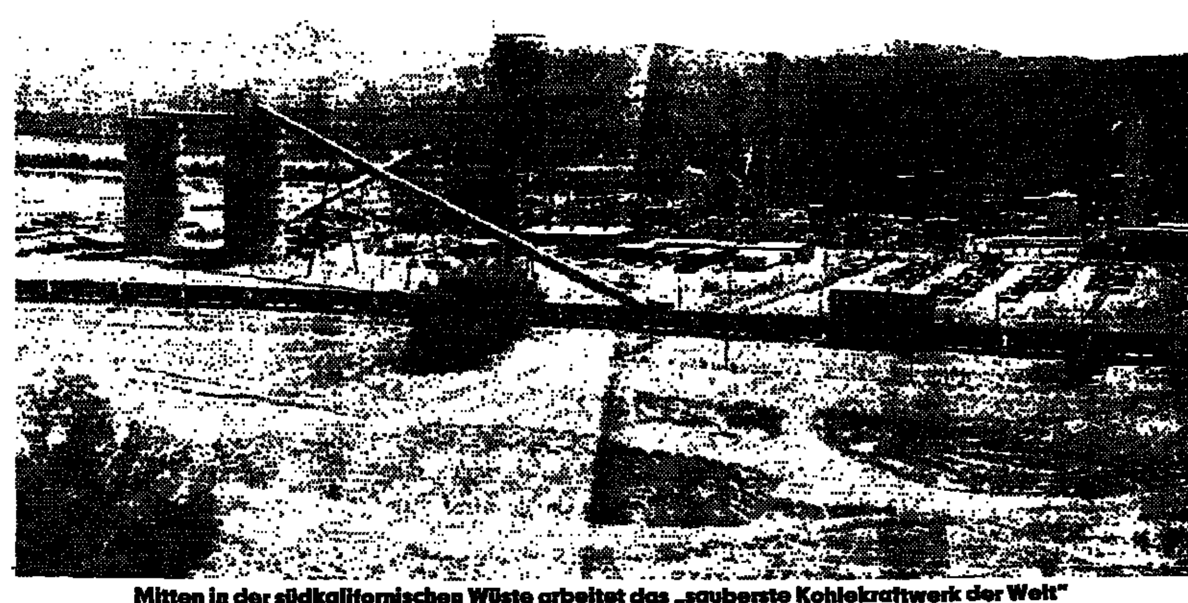
Uneinigkeit darf die Allianz nicht aufsplittern

Wenn wir nicht darin übereinstimmen, daß der Terrorismus unsere gemeinsamen Interessen bedroht, wenn *wir die Fortschritte nicht weiterverfolgen*, sondern wieder vergessen, dann werden diejenigen Auftrieb *erhalten, die jetzt sagen*, daß die Vereinigten Staaten ihre eigenen vitalen Interessen sogar in der Form einer *Isolation von ihren Alliierten verfolgen müssen*. Angesichts der Interdependenzen in der Welt von heute *würden wir uns damit selbst eine Niederlage zufügen*, und es könnte gewaltiger Schaden eintreten, bevor wir un*sere Lektionen wieder lernen.*

Den Terroristen – und der Sowjetunion – könnte nichts besseres geschehen, als wenn die Atlantische Allianz über dem Versäumnis, gemeinsame Maßnahmen gegen eine gemeinsame Gefahr zu treffen, aufgesplittert würde.

Vor zwei Jahrhunderten schrieb Edmund Burke: „Wenn sich schlechte Leute zusammentun, müssen die guten Leute ihre Reihen schließen – sonst werden sie, einer nach dem anderen, in einem verachtungswürdigen Kampf fallen, von niemandem als Opfer beklagt." Der Kampf für eine internationale Ordnung des Friedens unter dem Gesetz des Rechts ist eine zu wichtige Sache, um zum Opfer von Fehlern und Versäumnissen zu werden, die unseren Kampf gegen den Terrorismus behindern.

Die Allianz zwischen Amerika und Europa ist viel mehr als ein Vermächtnis, um das man feilschen dürfte, viel mehr als eine überkommene Last oder ein Erbe, das man teilen kann. Der Westen muß eine kohärente Politik entwickeln, wenn er das Vermächtnis des Friedens ernst nehmen will. Europa muß im Krieg gegen den Terrorismus mehr tun. Und Amerika auch.



Mitten in der südkalifornischen Wüste arbeitet das „sauberste Kohlekraftwerk der Welt" FOTO: DIE WELT

Technik gegen den sauren Regen

Ein neues Vergasungsverfahren minimiert den Schwefelausstoß von Kohlekraftwerken

Von HELMUT VOSS

Wenn die 84 Waggons langen Kohlenzüge und die beiden riesigen tonnenförmigen Kohlesilos (6000 Tonnen Fassungsvermögen) nicht wären, würden viele die Anlage mitten in der kalifornischen Mojave-Wüste für eine Raffinerie halten: kein Lärm, keine qualmenden Schlote, kein Ruß – nur ein silberglänzendes, 25 Stockwerke hohes Gewirr aus Rohren, Turbinengehäusen und Laufgängen.

Bei der acht Hektar großen „Raffinerie" handelt es sich um eine erfolgreiche Waffe gegen sauren Regen. Es ist ein von einem internationalen Konsortium mit 263 Millionen Dollar finanziertes, revolutionäres Kohlekraftwerk, das keine teuren Absorptionsanlagen hat und das dennoch nur knapp drei Prozent der Schwefelmenge herkömmlicher Kraftwerke in die Atmosphäre entlässt. Sein programmatischer Spitzname: „*Das sauberste Kohlekraftwerk der Welt*".

Die „Cool Water Plant" genannte, experimentelle Anlage generiert mit einem vom amerikanischen Mineralölkonzern Texaco entwickelten Vergasungsverfahren 120 Megawatt Elektrizität pro Tag – ausreichend für 100 000 Haushalte. Die aus den Silos kommende Kohle wird in einem Mahlwerk pulverisiert, mit Wasser vermengt, unter Zusatz von Sauerstoff vergast und schliesslich gesäubert und in einer Gasturbine verbrannt. Überschüssige Hitze wird an eine Dampfturbine geleitet und liefert mit ihrer Hilfe zusätzlichen Strom.

„Man merkt es kaum, wenn das Kraftwerk in Betrieb ist", verriet einer der Direktoren, Thomas O'Shea, „*am Anfang habe ich bei Betreten des* Werksgeländes immer mit mir selbst gewettet, ob die Turbinen wohl liefen oder nicht. Wann immer ich überzeugt war, daß die *Maschinen ruhten*, hatte ich mich unweigerlich geirrt: so leise arbeitet die Anlage und so sauber sind die Abgase".

Das Cool Water-Projekt nahm seinen Anfang in den 70er Jahren, als die durch die Ölkrise aufgeschreckten amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften die Suche nach einem neuartigen Kraftwerkstyp aufnahmen, der sich die reichhaltigen Kohlevorkommen in den Vereinigten Staaten zunutze macht und dennoch nicht wesentlich zur Luftverschmutzung beiträgt. Die von Konzernen wie Bechtel, General Electric und mehreren japanischen Firmen mitfinanzierte Anlage wurde im Sommer 1984 nach nur 28monatiger Bauzeit in Betrieb genommen.

Nach einem jetzt vorgelegten Zwischenbericht, der zweijährige Erfahrungen bei der Verwendung von Kohle mit hohem Schwefelgehalt auswertet, hat das Kraftwerk die gesetzten Erwartungen mehr als erfüllt. „Die Anlage hat erfolgreich alle getesteten Kohlearten in Elektrizität umgewandelt", heißt es darin, „dabei blieb der Anteil von Schwefeldioxid und Stickstoffoxid weit unter den von der Regierung festgelegten Richtlinien für *Kohlekraftwerke*".

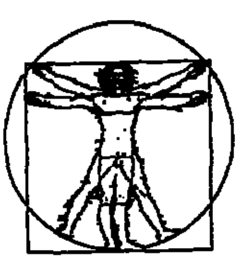
Die Test- und Demonstrationsperiode des Cool-Water-Kraftwerkes soll noch bis Juni 1989 andauern. Bereits jetzt aber glaubt der Vizepräsident des von der amerikanischen Elektrizitätsindustrie finanzierten Forschungsinstitutes EPRI, Dr. Dwain Spencer, voraussagen zu können: „Es ist gut möglich, daß diese ‚Saubere-Kohle'-Technologie zu einer *langfristigen Lösung des Problems* saurer Regen beitragen wird".

(SAD)

NOTIZEN

Luftschadstoffe

Neuherberg/München (dpa) – Wissenschaftler der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF/Neuherberg) sind in einem neugegründeten Institut der Wirkung von Luftschadstoffen in Pflanzen auf der Spur. Dabei soll weniger das äußere Erscheinungsbild kranker Pflanzen untersucht werden, sondern vor allem das Stoffwechselgeschehen in der Pflanze, das der krankhaften Veränderung vorausgeht. Die Kenntnisse der Pflanzenphysiologie und der pflanzlichen Biochemie wiesen heute nach Ansicht der Wissenschaftler noch große Lücken auf. Ziel sei es, molekularbiologische und biochemische Methoden zu



entwickeln, um Schäden in der Land- und Forstwirtschaft oder im Gartenbau frühzeitig zu erkennen.

Supercomputer

Brüssel (CVB) – Die Vereinigten Staaten wollen in einem dreijährigen Forschungsprogramm die Mikroschaltung für einen neuen Computer entwickeln, der mit einer Taktfrequenz von 200 Megahertz auf der Basis eines Gallium-Arsenid-Prozessors arbeitet. Der Computer soll eine Milliarde Operationen pro Sekunde ausführen und über einen Speicher von vier Gigabytes verfügen. Das Vorhaben wird von Sicherheitsauflagen begleitet, die verhindern sollen, daß ein Technologietransfer über Westeuropa in den Ostblock sattfindet.

Wetterwarnung

***Hamburg** (DW.) – Ein* Seewetterbericht für Segler und Surfer kann neuerdings unter der Telefonnummer 11509 zum Ortstarif abgerufen werden. Der Bericht, der vom Deutschen Wetterdienst erstellt wird, gibt eine Voraussage über die Wetterlage in der Nord- und Ostsee für 24 Stunden und wird dreimal täglich aktualisiert.

Bessere Zeiten für magere Wiesen

In Bayern soll ein Schutzprogramm bei der Erhaltung artenreicher Trockenbiotope helfen

Von D. GURATZSCH

Als erstes Land der Bundesrepublik hat Bayern jetzt neben den Feuchtgebieten auch den sogenannten Mager- und Trockenstandorten besonderen Schutz eingeräumt. Eine Neuregelung im Bayerischen Naturschutzgesetz, die am 1. August in Kraft getreten ist, sieht Ausgleichszahlungen an Landwirte vor, die sich zu einem „Herabfahren" der Nutzung und zu freiwilligen Pflegemaßnahmen in derartigen Gebieten verpflichten.

Mager- und Trockenstandorte umfassen Magerrasen, „Buckelwiesen", Heideflächen, Steinfluren und Trockenbiotope wie Kiefern- und Eichenmischwälder. Als typische Landschaftsform der Mittelgebirge, werden sie neben den Feuchtflächen zu den schutzwürdigsten und zugleich gefährdetsten Biotopen gezählt.

Seit Jahrhunderten von den Bauern als Hutungen und Triften nur extensiv genutzt, entwickelten sich diese Gebiete zu einem wahren Artenparadies. So sind auf derartigen Standorten ein Fünftel aller Pflanzenarten der Bundesrepublik *anzutreffen*, darunter die Hälfte der heimischen Orchideenarten und insgesamt 187 Pflanzen der „Roten Liste" – das sind 38 Prozent der in Bayern verschwundenen oder gefährdeten Arten.

Mit ihrem großen Blüten- und *Pflanzenreichtum* sind diese „Mager"-Standorte nach den Worten des Landschaftspflegereferenten im bayerischen Umweltministerium, Dieter Mayerl, ein buchstäblich „springlebendiger Lebensraum", der unter anderem auch eine große Zahl gefährdeter Schmetterlings- und Heuschreckenarten beherbergt. Durch Düngung und Umbruch, aber auch durch Aufforstung, Bebauung sowie Sand- und Kiesabbau zur Erhöhung der Erträge sind diese artenreichen Lebensräume in den vergangenen Jahren jedoch zunehmend eingeengt worden. Der bayerische Umweltminister Alfred Dick sieht daher in der neuen Gesetzesregelung einen „wichtigen Pflock im Kampf gegen den Artenschwund".

Durch die Neuregelung sind die bayerischen Naturschutzgebiete um 18 000 Hektar (rund 15 Prozent) ausgedehnt worden. Künftig bedürfen alle Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Beschädigung oder Veränderung der Mager- und Trockenstandorte führen, in Bayern einer besonderen Genehmigung.

Landschaftspflegereferent Mayerl sieht den Erfolg der Neuregelung allein schon deshalb garantiert, weil der Naturschutz zunehmende Bedeutung für die Erhaltung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe auf problematischen Standorten erhält. Mayerl: „Auch die Bauernverbände honorieren ausdrücklich, daß der Landwirt Ausgleichszahlungen in bar ausgezahlt bekommt."

So habe sich beim Erschwernisausgleich in Feuchtgebieten gezeigt, daß das Interesse der Landwirte an Ausgleichszahlungen in den letzten drei Jahren geradezu „exponentiell" zugenommen habe. Gegenüber 900 Landwirten im ersten Jahr hätten 1985 bereits 3200 Ausgleichszahlungen im Umfang von 1,17 Millionen Mark beantragt. Dadurch seien rund ein Fünftel der sogenannten Streuwiesen für den Biotop- und Artenschutz gerettet worden. Da die Anträge weiter zunähmen, hoffe das Ministerium, „daß der Landtag mehr Geld gibt, sonst sind wir bald am Ende".

Auf den Mager- und Trockenstandorten sollen insbesondere solche Landwirte Ausgleichszahlungen erhalten, die die intensive Nutzung zurücknehmen und landespflegerische Leistungen erbringen. Dazu werden auch die traditionelle Wanderschäferei *und das Mähen im Herbst* („Kräuterapotheke für das Vieh") gezählt. Die neue Regelung ergänzt die Konzeption einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.

Ärzteschwemme nun auch in Amerika

Der Medizinerverband in den USA strebt die Einführung eines Numerus clausus an

Von ROLF HEISTER

In den Jahren von 1970 bis 1981 hat sich die Zahl der in den Vereinigten Staaten praktizierenden Ärzte von 328 000 auf 467 000 erhöht. Dies erklärte jetzt Dr. Sidney Goldstein, Chefarzt am Henry Ford Hospital in Detroit, anläßlich einer Ärztetagung in Washington. Für 1990 schätze man die Zahl auf fast 600 000. Während 1970 noch 199 Ärzte auf 100 000 Einwohner kamen, rechne man trotz steigender Bevölkerungszahl für die *Jahrtausendwende mit 260 Medizinern*.

Wegen des zunehmenden Bedarfs an Spezialisten habe sich auch deren Anteil erhöht. So habe sich von 1978 bis 1983 beispielsweise die Zahl der Internisten auf fast 126 000 verdoppelt. *Gleichzeitig sei die Zahl* derjenigen, die sich auf ein internistisches Teilgebiet wie Kardiologie (Herz), Gastroenterologie (Magen/Darm), Nephrologie (Niere) oder Pulmologie (Lunge) spezialisierten, von 21 000 auf 55 000 gestiegen.

Auch im amerikanischen Ärzteverband (AMA) macht sich Unruhe breit. Wie ein Sprecher erklärte, wurden 1959 in den USA nur etwa 7000 neue Ärzte approbiert. Wegen des damals spürbaren Ärztemangels kamen zahl*reiche Mediziner aus dem Ausland. 26* Prozent der Ärzte, die heute in Amerika praktizieren, wurden in anderen Ländern ausgebildet. 1983 verließen 16 000 frischgebackene Mediziner die US-Universitäten; wenn dieser Trend anhalte, müsse man für 1990 einen Ärzteüberschuß von 63 000 und für das Jahr 2000 von weit über 100 000 erwarten. Der Anteil von Frauen im Arztberuf, heute noch relativ gering, werde *dann* über 20 Prozent liegen.

Man befürchte, daß gegen Ende dieses Jahrhunderts Abertausende von Ärzten in den USA „ihr Leben mit Taxifahren fristen müssen". Es seien daher Bestrebungen im Gange, eine Art „Numerus clausus" einzuführen und die Ausbildungszeit insgesamt zu verlängern.

Aus Berichten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der USA geht weiterhin hervor, daß 1960 für das Gesundheitswesen 5,3 Prozent des *Bruttosozialprodukts aufgebracht* wurden, 1983 dagegen doppelt so viel. Die Staatsausgaben für Gesundheitspflege machten 1950 nur die Hälfte der Aufwendungen für Erziehung und Bildung aus; 1984 waren beide Budgets gleich. Die Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen in den USA lägen zur Zeit bei etwa 1500 Dollar pro Jahr und damit vier- bis fünfmal höher als in Großbritannien oder *Singapur; alle drei Länder hätten* aber ungefähr dieselben Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffern.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Keine Angst vor Sanktionen

Dear Sir,

ich glaube, daß nur sehr wenige Südafrikaner den Schlaf auch nur einer Nacht drangeben, wenn sie an den „Krieg mit Worten" denken, der uns gegenwärtig überschwemmt.

Zusammenhängende Wirtschaftssanktionen sind völlig unrealistisch und können keinen Erfolg haben. Deshalb glaube ich, daß es sie nie geben wird. Denn Südafrikas Wirtschaft kann sich weit mehr als andere Länder selber versorgen.

Unter dem Banner der moralischen Empörung oder dem Einfluß unverantwortlicher Agitatoren wie Bischof Tutu oder Pfarrer Boesak sind bei einigen Regierungen begrenzte Sanktionen nicht auszuschließen. Südafrika hat damit jedoch schon Erfahrungen: Als die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) den South African Airways die Landeerlaubnis entzog, hatte das Unternehmen bereits Flugzeuge, die um Afrika herum fliegen können.

Als die Vereinten Nationen über Südafrika ein Waffenembargo verhängten, entwickelte sich hier rasch eine inzwischen weltweit konkurrenzfähige Waffenindustrie. Lange hieß es, Öl sei unser Schwachpunkt. Nun haben Öl aus Kohle und Erdgas die Lücke geschlossen. Deshalb bin ich der Meinung, daß Sanktionen uns nur unabhängiger machen können.

Wilhelm J. Verwoerd,
Professor der Geologie und Sohn des verstorbenen Premiers H. F. Verwoerd
Universität Stellenbosch
Südafrika

„Überparteiliche Juso-Aktion"

„Rau warnt vor Volksbegehren": WELT vom 9. August

Sehr geehrter Herr Philipps,

die Jungsozialisten setzen sich seit mehr als zehn Jahren im Rahmen ihrer *Doppelstrategie gegen die militä*rische und die friedliche Nutzung der Kernkraft ein. Die Doppelstrategie beinhaltet die Aktivität für dieses politische Ziel in und außerhalb der Partei. Deshalb haben sich Jungsozialisten in der Vergangenheit an der Friedensbewegung beteiligt und tun es heute beim Volksbegehren.

Darum trete ich Ihrer Darstellung, die Grünen seien die Initiatoren des *Volksbegehrens*, entgegen. In der Aktion Volksbegehren sehen die Jungsozialisten die Chance, den Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nach Ausstieg aus der Atomenergie zum Ausdruck zu bringen. Das überparteilich angelegte Volksbegehren verliert seine Wirksamkeit, wenn es aus wahltaktischen Gründen mißbraucht wird. Im übrigen teile ich Ihre Einschätzung über die Aktivitäten der Jungsozialisten im Bundesgebiet. Denn es waren gerade die Jusos in den Ortsvereinen und Unterbezirken, die die entscheidenden Anträge in diesen Fragen auf SPD-Unterbezirksparteitagen eingebracht und durchgesetzt haben.

Die von Ihnen genannten „Stände aufbauenden und Bier verkaufenden Hilfsgruppen", die nur ganz nebenbei mehr Aktive zählen, als es Grüne Parteimitglieder gibt, haben in Zusammenarbeit mit einer in der Vergangenheit qualifizierten Minderheit in der Partei diese wichtige politische Kurskorrektur in der SPD bewirkt.

Mit freundlichen Grüßen
Florian Dohmen,
Juso-Kreisvorsitzender Viersen
M. d. Juso-Landesausschusses NRW

Für den privaten Post-Service

„Post braucht Qualität": WELT vom 28. Juli

Wegen der Diskretion unseres Geschäfts sind wir auf den Briefdienst angewiesen. Ein Service, der noch nie so schlecht funktionierte wie zur Zeit. Die Nachmittagsleerung (bis 18 Uhr) erfolgt nur an einigen Briefkästen und wird sarkastischerweise Spätleerung genannt. Nach unseren genauen Zählungen kann man nur bei 30 Prozent der Post mit einer Beförderung *zum folgenden* Tag *rechnen*. In Frankfurt benötigt innerorts ein Brief bis zu sieben Tage. Eilbotensendungen werden zu 95 Prozent in der Zeit zwischen 7.00 und 9.00 Uhr ausgetragen. Das läßt vermuten, daß nur in dieser Zeit Eilboten zur Verfügung gestellt werden. Denn es müßte doch auch *einmal* eine Sendung nachmittags ankommen. Wenn die Post nicht in der Lage ist, entsprechenden Service zu bieten, ist das Parlament gefordert, private Unternehmen zuzulassen. Wettbewerb hat immer die Qualität gefördert.

Uwe Fenner,
Frankfurt/Main

Letzte „Instanz"

„Ein wenig Amt, eine Menge Mensch"; WELT vom 12. August

Bedauerlich ist Ihre Darstellung, das Urbeispiel des schwedischen Ombudsmannes habe keinen weiteren Niederschlag in der Bundesrepublik gefunden. Damit lassen Sie Ihre Leser im unklaren darüber, daß schon mit dem Amtsantritt des ersten Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages im April 1959 das schwedische Beispiel in unser politisches System eingeführt wurde.

Es war seinerzeit der sozialdemokratische Abgeordnete Paul, der angesichts seiner Beobachtungen und Erfahrungen im schwedischen Exil während der Nazizeit die Übernahme der dortigen Ombudsmann-Institution in das Grundgesetz angeregt hatte. Der aus diesem Vorschlag entstandene deutsche Wehrbeauftragte blickt nun auf eine erfolgreiche, fast dreißigjährige Geschichte zurück. Mit Willi Weiskirch ist der sechste Wehrbeauftragte im Amt. Herr Weiskirch ist sich mit seinem rheinland-pfälzischen Ombudsmannkollegen darin einig, daß Wehr- und Bürgerbeauftragte häufig die letzte „Instanz" sind, um den Glauben von an unserem *mitunter* perfektionistisch-bürokratischen Rechtswegestaat zweifelnden Bürgern auch im Interesse des Gemeinwohls aufrechtzuerhalten. Dies gilt gleichermaßen für unsere zivilen wie die Bürger in Uniform.

Dr. Hans-Joachim Berg,
Persönlicher Referent des Wehrbeauftragten, Bonn

Absurd

„Veräppelt": WELT vom 12. August

Die Vorstellung, das überparteiliche Volksbegehren sei ebenso wie die „Bürgeraktion Schule" – so der heutige Name des Zusammenschlusses von Eltern- und Lehrerverbänden – von der CDU initiiert worden, ist absurd. Sie läßt sich nicht durch Presseveröffentlichungen und Plenarprotokolle beweisen. Die damals beteiligten Verbände und die, die darin Funktionen hatten, wissen, wie recht in diesem Punkt Enno v. Loewenstern hat.

Helmut Kreitz,
Düsseldorf

Wort des Tages

„Eine Schablone schaffen, das ist Genie."

Charles Baudelaire, französischer Dichter (1821–1867)

Amerikas „Muskelschwund"

WELT-Serie: „Verläßt uns Amerika?"

Der größere Teil wirtschaftspoliti*scher Indikatoren deutet darauf hin*, daß für 1986 und 1987 die USA nur ein sehr schwaches Wachstum, vielleicht sogar eine Rezession erleben werden. Am Ende der 1983 begonnenen, neo-keynesianisch induzierten Scheinblüte sind die USA in einer „Wachstumsfalle" gefangen. Die Finanzierung des Zwillings-Defizits im Staatshaushalt und der Zahlungsbilanz erfordert einen hohen Zins, um ausländisches Kapital zu importieren; dieser hohe Realzins ist zugleich Gift für die weitere Konjunktur.

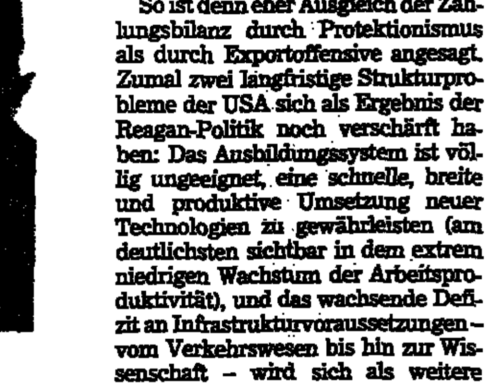




Dr. Ulrich Steger

Und alle anderen Instrumente einer Stabilisierung sind verbraucht: Die Geldmenge wächst *ohnehin* schon oberhalb des Zielkorridors, die Konsumenten sind überschuldet. Spielraum für Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen gibt es nicht. Im Gegenteil: Jeder Prozentpunkt weniger Wachstum – gemessen an den optimistischen Vier-Prozent-Prognosen – erhöht das Budgetdefizit um etwa 50 Milliarden Dollar.

Bleibt die Hoffnung auf den Export. *Zunächst* führt eine massive Abwertungsstrategie aber zu einem größeren Defizit: Der Exportwert wird geldmäßig kleiner, der Importwert größer. Aber wo liegen denn Amerikas Chancen, verlorengegangene Weltmarktanteile wiederzuerobern?



Der Entindustrialisierungsprozeß der vergangenen Jahre hat tiefe Spuren hinterlassen. So wird die Maschinenbauindustrie der USA – auch bei einem Kurs von 1,50 DM – nicht wieder wettbewerbsfähig, weil sie technologisch völlig überaltert ist. Das Zusammenwachsen von Büro- und Nachrichtentechnik mit der Elektronik wird durch die Netzzersplitterung als Ergebnis der Deregulierung massiv behindert, während die Europäer sich mit ISDN einen echten Wettbewerbsvorsprung erarbeitet haben; und der *70-Prozent-Anteil* des *Militärs* am Forschungsaufwand wird die technologische Position der USA weiter schwächen.

So ist denn eher Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Protektionismus als durch Exportoffensive angesagt. Zumal zwei langfristige Strukturprobleme der USA sich als Ergebnis der Reagan-Politik noch verschärft haben: Das Ausbildungssystem ist völlig ungeeignet, eine schnelle, breite und produktive Umsetzung neuer Technologien zu gewährleisten (am deutlichsten sichtbar in dem extrem niedrigen Wachstum der Arbeitsproduktivität), und das wachsende Defizit an Infrastrukturvoraussetzungen – vom Verkehrswesen bis hin zur Wissenschaft – wird sich als weitere Wachstumsbarriere erweisen.

Die Europäer können sich über den ökonomischen *Muskelschwund* der USA nicht freuen. Der damit einhergehende Machtverlust und die wirtschaftlichen Konflikte in der Allianz werden auch von uns ihren Preis fordern. Denn dies haben wir gelernt, seitdem die USA Ende der sechziger Jahre vom weltwirtschaftlichen „trouble-shooter" zum „trouble-maker" wurden: Eine Weltmacht kann immer einen Teil der eigenen Probleme auf andere abwälzen.

Dr. Ulrich Steger, (SPD)
Minister für Wirtschaft und Technik, Wiesbaden

Auch Beamte?

Für 1987 wird eine große Rentenreform angekündigt. Von der FDP hört man, die Bürger müssen zu einer stärkeren Eigenvorsorge als Ergänzung zu ihrer gesetzlichen Rente kommen. Die Frage stellt sich nun, ob diese Belastungen nur für die Beitragszahler gelten sollen, oder ob auch für die Beamten eine Beitragszahlung vorgesehen ist. Wenn schon Belastungen in der Rentenversicherung, dann bitte auch Leistungen der Beamten für ihre Alterssicherung.

Josef Walter,
Castrop-Rauxel

Dr. Herbert Hupka

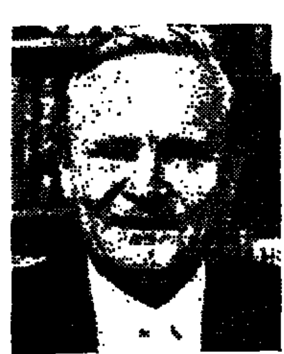
Am 16. August 1985 war in der WELT zu lesen: „Engagement von Hupka gewürdigt". Die erste Würdigung kam vom Bundespräsidenten, die zweite vom Bundeskanzler. Beide Male ging es um das „prägende" politische Wirken und das „große Engagement" des damals 70jährigen. Niemand – und am wenigsten wohl Hupka selbst – konnte ahnen, daß dies im Grunde ein Begräbnis erster Klasse war.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Haubold,
Bielefeld 1

Personen

GEBURTSTAG

*Er zählt zweifellos zu den bedeu*tendsten gesellschaftspolitischen Mahnern der evangelischen Kirche nach dem Kriege: Dr. **Eberhard Müller**, Vater der Evangelischen Akademie und Denkschriften der EKD, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, vollendet am Freitag das 80. Lebensjahr. Daß er sich in sozialpolitische Streitfragen, in sozial*ethisches Neuland hineingewagt* hat und die „Beziehung der Strukturen", nicht nur die der Herzen gepredigt hat, brachte ihm manche Gegnerschaft ein. Dr. Müller, Vater von sechs Söhnen und vier Töch-



Eberhard Müller

tern, studierte an den Universitäten Tübingen, Erlangen und Berlin evangelische Theologie. Im Rah*men der Bekennenden Kirche grün*dete und leitete er seit 1935 bis zum nationalsozialistischen Verbot im Jahre 1938 den Reichsausschuß der Evangelischen Woche. Nach dem Kriege gründete er den Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte sowie die „Evangelische Akademie" in Bad Boll. In der Gesellschaftspolitik beschäftigte sich Müller vor allem mit Fragen der Mitbestimmung.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Boris Laschka** (52), Ordinarius für Strömungsmechanik der Technischen Universität Braunschweig, wurde mit Wirkung vom 1. *August als Nachfolger* von Professor Dr. **Erich Truckenbrodt** auf den Lehrstuhl für Strömungslehre der Technischen Universität München berufen.

EHRUNGEN

Der Hans Christian Andersen-Preis, die international bedeutendste Auszeichnung im Bereich der Kinder- und Jugendbuchliteratur, geht erstmals nach Australien an die Autorin **Patricia Wrightson** und den Illustrator **Robert Ingpen**. Die Preisverleihung war gestern in Tokio, wo gegenwärtig ein Weltkongreß mit mehr als 800 Jugendbuchexperten stattfindet. Frühere Preisträger waren neben anderen **Erich Kästner, James Krüss** und **Christine Nöstlinger**.

*

Professor Dr. **Gerhard Pfohl**, Extraordinarius für Geschichte der Medizin der Technischen Universität München, wurde von Papst **Johannes Paul II.** mit dem Komturkreuz des Ritterordens des Heiligen Gregorius Magnus ausgezeichnet.

VERANSTALTUNGEN

Für die Gewerkschaften ist Hamburg in diesem Jahr so etwas wie eine Kongreß-Kapitale. Nachdem im Mai bereits der DGB-Bundeskongreß an der Elbe stattgefunden hat, rüsten sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und die *IG Metall* für ihre Gewerkschaftstage im Hamburger Congress Centrum. Zu den Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der NGG vom 7. bis 12. September werden – anders als beim DGB-Bundeskongreß – auch Politiker sprechen. So werden zur Eröffnung unter anderem Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, **Hans-Jochen Vogel**, sprechen. Zum 15. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall – die größte Einzelgewerkschaft der Welt versammelt dazu vom 19. bis 25. Oktober rund 2000 Delegierte in der Hansestadt – wurden Bundeskanzler **Helmut Kohl**, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und der FDP-Bundesvorsitzende **Martin Bangemann** eingeladen. Diese Einladung schließt auch die Möglichkeit ein, während der Konferenzwoche zu den Metallern *zu sprechen*.

GESTORBEN

Der mexikanische Schriftsteller und Journalist **Renato Leduc** ist in Mexiko-Stadt im Alter von 95 Jahren gestorben. Sein erstes Buch, „El aúla" (Das Klassenzimmer), veröffentlichte Leduc 1929. Zahlreiche weitere Werke folgten, darunter „*História de lo Inmediato*" (Geschichte des Unmittelbaren), „Banqueta" (Der Schemel) und „Antologia de Poesia". Zum Schreiben wurde Leduc inspiriert, als er während der mexikanischen Revolution als Fernmelder unter General Pancho Villa kämpfte. Von 1935 bis 1942 machte der Literat Studien in mehreren europäischen Ländern. Unter anderem lebte er in dieser Zeit in Paris.

Leichtathletik: Tiefe Ratlosigkeit mit viel Wortsalat garniert

Zur Zeit reden sie viel. Sie erzählen in Trainingslagern von der Form ihres Lebens. Oder sie mutmaßen, das Training der letzten Tage sei zu hart gewesen. Sie erklären auch, daß ihre herausragende Leistung, vor zwei Wochen erbracht, nicht zum günstigsten Zeitpunkt gelungen sei. Nun sei der Erwartungsdruck gewaltig. Damit und mit der Kritik bei schlechteren Ergebnissen müsse man erst einmal fertig werden.

Es wird zur Zeit viel geredet im Lager des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Viele Worte, die *nichts* erklären. Lautstarkes Singen im düsteren Wald. Denn auch mit noch so vielen Worten können verunsicherte Aktive und Trainer nicht das Debakel des letzten Tests vor den Europameisterschaften in Stuttgart begründen.

Das Stadionsportfest des ASV Köln war „ein schlimmer Dämpfer", formulierte DLV-Sportwart Otto Klappert, der sich bislang von Amts wegen einen Rest Hoffnung bewahrt zu haben schien. Nun ist sich Klappert mit dem DLV-Leistungssport-Referenten Horst Blattgerste einig, daß „wir der EM mit keinerlei Optimismus entgegensehen" können. Eine Woche vor den großen Titelkämpfen *im eigenen Lande herrscht* tiefe Ratlosigkeit.

Wie soll denn auch erklärt werden, daß Ralf Lübke aus Leverkusen, die Medaillen-Hoffnung über 400 Meter mit angeblich blendenden Trainingsergebnissen, so kurz vor dem Saison-Höhepunkt nur Kraft für 250 Meter aufbringt? Und dann hinter Athleten herläuft, die seit drei Wochen Klassezeiten produzieren.

Wie soll erklärt werden, daß Dreispringer Peter Bouschen aus Düsseldorf, seit ausreichender Zeit beschwerdefrei trainierend, zur Zeit

STAND ● PUNKT

mehr als einen Meter vor seiner Bestmarke landet?

Oder wie soll erklärt werden, daß Peter Braun aus Tuttlingen, der sich vor 14 Tagen mit einem mutigen Temporennen in den Kreis der 800-Meter-Favoriten lief, diese Bürde auf einmal dermaßen auf den Magen schlägt, daß er trotz beruhigender Worte seines Cheftrainers Paul Schmidt nur noch mit blassem Gesicht *hinterhertrottet?*

Drei Beispiele, die für allzu viele *stehen. Braun immerhin gab dem* verblüfften Kölner Veranstalter die Gage zurück. Andere, wie der Wolfsburger 1500-Meter-Läufer Uwe Bekker und der Olympiafünfte über 10 000 Meter, Christoph Herle, folgten dem Beispiel Willi Wülbecks und verzichteten auf einen EM-Start. Krankheitsbedingt, wie es heißt. Aber auch einem Rücktritt „verdienter Mitglieder der Nationalmannschaft" wie Brigitte Kraus, Margrit Klinger und Hartmut Weber würde Leistungssport-Referent Blattgerste keine Steine in den Weg legen. Ratlosigkeit, mit Wortsalat garniert.

Doch da sagen auch einige, es werde viel zuviel geredet. Oder sie schweigen einfach. Und absolvieren ihre Wettkämpfe mit ansprechenden Leistungen. Patriz Ilg, der auf die Verteidigung seines 3000-Meter-Hin*dernis-Titels brennt, zum Beispiel.* Oder die Läuferinnen Gaby Bußmann und Gisela Kinzel aus Hamm. Die meisten der anderen 81 des DLV-EM-Teams sollten jetzt nicht mehr versuchen, mangelhafte Leistungen zu begründen. Viele werden in der nächsten Woche ihre Luft für Ausreden benötigen, warum es wie*der einmal nicht geklappt* hat.

JÖRG STRATMANN

SCHWIMMEN / Wieder WM-Titel für Groß

„Nervosität paßt nicht zu meinem Charakter"

dpa/sid, **Madrid**

In Madrid war vom „Kampf der *Giganten" gesprochen worden: Mi*chael Groß, der Doppel-Olympiasieger von Los Angeles und Weltrekordler über 200 m Kraul, gegen Matt Biondi aus Kalifornien, der über 100 m als erster Mensch unter 49 Sekunden geschwommen ist (48,74). Superlative gehören zum Sport. Aber wenn schon „Giganten" – es gab wieder nur einen: Michael Groß.

Als Biondi in Madrid anschlug und Michael Groß gratulierte, mußte er sich eine Frage des Siegers gefallen lassen: Auf welchem Platz er denn ins Ziel gekommen sei. Überheblichkeit? Das rücksichtslose Auskosten des Triumphes über einen Konkurrenten, der schon an der Ausnahmestellung des großen Stars zu kratzen schien? Matt Biondi nahm es hin, wie es Groß wohl auch gemeint hatte, als selbstverständliche Suche nach Informationen. Biondi: „Eine berechtigte Frage, er hat mich ja nicht mehr gesehen." 1,51 Sekunden lag der Amerikaner zurück, das sind sportliche Welten. *Und weil er sich 150 Meter lang* mit vielleicht zu großem Eifer an Groß gemessen hatte, mußte Biondi noch weiter zurückstecken. Er war Dritter am Ende, noch überholt von Sven *Lodziewski* aus der *„DDR"*.

Lodziewski sagte über seinen völlig überraschenden Gewinn der Silbermedaille: „Mich haben sie nicht beachtet, ich stand nicht im Mittelpunkt, das war mein Vorteil." Eine Situation, die Michael Groß nie mehr erleben wird. Und das weiß er auch, er hat sich darauf mit seinen Kommentaren schon lange eingerichtet. Seine entscheidende Begründung für den eindeutigen Sieg war die, daß „Matt vor dem *Rennen* wahnsinnig aufgeregt war". Bei Michael Groß ist das selbstverständlich anders. Er sagt: „Ich habe mehr Erfahrung, ich weiß, was ich kann. Nervosität paßt nicht zu meinem Charakter." Das entfernt Groß oft von den anderen, oft scheint er fast isoliert in seiner grenzenlosen Ruhe, die viele (zu Unrecht) als Arroganz beschreiben.

Bei 150 Meter war Groß („ich bin taktisch geschwommen, weil ich ge*wußt habe, wie schnell Biondi ist")* noch 18 Hundertstelsekunden schneller als bei der Durchgangszeit zu seinem Weltrekord über 200 m Kraul in Los Angeles (1:47,44). Bis dahin war er im Wellental des davonstürmenden Biondi (100-m-Zwischenzeit 52,53) ge*blieben, dann zog er leicht davon.* Biondi: „Ich bin nicht langsamer, Michael ist noch schneller geworden. Das war die Entscheidung." Dennoch stand am Ende kein Weltrekord auf der Anzeigetafel, sondern nur die Zeit von 1:47,92 Minuten.

Dieses „nur" hängt Michael Groß nach großen Siegen an. Er, der die persönliche *Bestleistung* höher *ein*stuft als die Plazierung, mußte sich diesmal sogar ein paar enttäuschte Worte seines Offenbacher Vereinstrainers Hartmut Oeleker anhören: „Es war nicht sein Rennen. Ich habe ihn eine Sekunde schneller erwartet." *Das wäre dann gar ein phantastischer* Weltrekord gewesen. Aber Michael Groß bleibt in seiner Unnahbarkeit eben immer noch ein Rätsel – er will es auch gar nicht anders. Vielleicht ist er diesmal – auch aus Respekt vor Biondi – eher auf das Gold als auf Sieg und Weltrekord ausgewesen. Dafür spricht die Aussage: „Ich habe das Rennen nicht vorausgedacht. Warum auch?" Doch wenn er gleichzeitig sagt, er sei taktisch geschwommen, ist das dann nicht ein Widerspruch?

Michael Groß, das hat sich wieder einmal gezeigt, war im vermeintlichen „Duell der Giganten" der einzige Riese. Und das ließ er Matt Biondi schließlich auch noch merken. Der Weltrekordler, Weltmeister von 1982 und 1986, Europameister von 1983 und 1985 und Olympiasieger von 1984 über 200 m Freistil sagte über Biondi: „Der kann froh sein, daß er die Bronzemedaille nicht auch noch an Tho*mas Fahrner verloren hat." Der Ver*einskollege von Groß wurde Vierter in 1:49,67 Minuten.

Die weiteren Weltmeister des ersten Tages, 100 m Brust: Victor Davis (Kanada) 1:02,71 (Adrian Moorhouse aus Großbritannien wurde mit der Zeit von *1:02,01* wegen eines Delphin-Beinschlages disqualifiziert, Rolf Beab und Bert Goebel aus Dormagen wurden Vierte und Fünfte). – Frauen, 100 m Freistil: Kristin Otto 55,05. 400 m Lagen: Kathleen Nord 4:43,75. Beide kommen aus der „DDR", *die auch die 4 x 200-m-Frei*stilstaffel gewann – mit dem ersten Weltrekord (1:59,33) der Titelkämpfe. Die Staffel aus der Bundesrepublik belegte Platz vier (8:12,78).

ZAHLEN

GOLF

Benson & Hedges-Open in Fulford (England), Endstand (Par 72): James (England) 65+70+69+70=274 Schläge nach Stechen auf dem ersten Extra-Loch gegen Trevino (USA) 66+67+73+68=274 und Baiocchi (Südafrika) 66+70+70+68=274.

TENNIS

Damen-Turnier in Manhattan Beach, Finale: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 7:6, 6:3. – Doppel: Navratilova/Shriver (USA) – Kohde-Kilsch-Sukova (Deutschland/CSSR) 6:4, 6:3. – **Bundesliga**, Gruppe 1: Stuttgart – Mannheim 5:4, Neuss – Hamburg 5:4, RW Berlin – Bamberg 5:4. – Gruppe 2: Amberg – *Leverkusen* 5:4, *Hannover* – München 4:5, Großhesselohe – Karlsruhe-Rüppur 6:3.

BASKETBALL

WM der Frauen in Moskau, Finale: USA – UdSSR 108:88.

VOLLEYBALL

Junioren-EM in Bulgarien, Junioren, Gruppe 2: Deutschland – Italien 3:0, „DDR" – Belgien 3:0. – Juniorinnen, Gruppe 3: Deutschland – Italien 3:1, *Polen – Holland* 3:2.

GALOPP

Aral-Pokal in Gelsenkirchen-Horst (Gruppe 1, 160 000 Mark, 2400 m): 1. Gestüt Fährhofs Acatenango (Bocskai), 2. El Salto (Tylicki), 3. Orfano (Alafi). – Toto: Sieg: 11, Platz: 10, 11, 10, Zweierwette: 48, Dreierwette: 118. – Prix Jacques el Marois in Deauville: 1. Gestüt Fährhofs Lirung (Jockey Steve Cauthen).

WASSERBALL

WM in Madrid, Frauen, Vorrunde, Gruppe B: Deutschland – England 10:6.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 9, 24, 26, 31, 45, Zusatzspiel: 35. – **Rennquintett:** Rennen A: 9, 3, 11. – Rennen B: 28, 35, 25. (Ohne Gewähr).

SPORT-NACHRICHTEN

Langer Zweiter

Castle Rock (GAB) – Bernhard Langer belegte beim Berufsgolfer-Turnier „The *Internationals*" in Castle Rock (Colorado) Platz zwei. Für seine 69 Schläge in der Endrunde kassierte er immerhin 113 000 der insgesamt eine Million Dollar Preisgeld. *Langer* war mit 71+69+68 Schlägen bei Par 72 jeweils in die nächste Runde gekommen. Sieger wurde Ken Green (USA), der 180 000 Dollar für seine abschließenden 66 Schläge erhielt und davor mit 70+71+71 in die Endrunde gekommen war.

Attenberger im Finale

Nottingham (sid) – Bei der Ruder-Weltmeisterschaft in Nottingham gewann *Heidi* Attenberger ihren Vorlauf im Einer der Leichtgewichts-Klasse und erreichte direkt das Finale. Der Doppelzweier und der ungesteuerte Vierer (er ist Titelverteidiger) aus der Bundesrepublik müssen in die Hoffnungsläufe. Beide Boote belegten in ihren Vorläufen nur den vierten Platz.

22 Platzverweise

Mexico City (dpa) – Der mexikanische Schiedsrichter Antonio Marquez stellte beim Spitzenspiel der ersten Fußball-Liga zwischen America und Guadalajara 20 Minuten vor Spielende *alle 22 Spieler vom Platz. Es hatte* eine Massenprügelei gegeben.

Tal siegte in Berlin

Berlin (*dpa*) – *Beim* „Berliner Sommer", einem traditionellen Schach-Turnier, gewann der ehemalige Weltmeister Michail Tal (UdSSR) mit 7,5 Punkten vor dem Israeli Nathan Birnboim. Bester Deutscher war der Münchner Klaus Hertneck auf Platz sechs.

Heute Bundesliga

Bonn (DW.) – Borussia Mönchengladbach trifft heute (20.00 Uhr) in einem Nachholspiel des ersten Spieltages der Fußball-Bundesliga auf den Hamburger SV, der am Samstag Werder Bremen mit 3:0 besiegt hatte.

Hinault an der Spitze

Vail (sid) – Bernard Hinault hat beim Etappen-Rennen „Coors Classic" in den USA die Führung in der *Gesamtwertung übernommen. Er* gewann ein Zeitfahren über 16 Kilometer mit einer Bergankunft in 2918 Meter Höhe. Tour-de-France-Sieger Greg Lemond belegt mit 1:03 Minuten Rückstand Platz zwei.

Moskau überlegen

Braunlage (dpa) – ZSKA Moskau gewann zum vierten Mal das Eishokkey-Turnier um den Wurmberg-Pokal. Der sowjetische Rekordmeister kam in seinem letzten Spiel in Braunlage zu einem 5:1 über Dukla Iglau (CSSR) *und* blieb *nach* fünf Begegnungen unbesiegt.

TENNIS / Boris Beckers sechster Grand-Prix-Sieg

„Ich esse, trinke, träume jetzt nur noch US-Open"

dpa/sid, **Toronto**

Boris Becker nahm sich kaum Zeit, *seinen Triumph von Toronto auszu*kosten. Nachdem er mit 6:4, 3:6, 6:3 über den Schweden Stefan Edberg seinen sechsten Grand Prix des Jahres gewonnen hatte, reiste der Wimbledonsieger *unmittelbar* nach der 7:6, 3:6, 3:6-Niederlage im Doppel mit dem Jugoslawen Slobodan Zivojinovic gegen die Amerikaner Hooper/Leach aus Toronto ab – in die Tennisschule seines Managers Tiriac.

Tiriac hat einen Platz seiner Anlage *auf Long Island eigens mit dem Mate*rial belegen lassen, auf dem auch bei den Offenen Meisterschaften der USA in Flushing Meadow gespielt wird. Auch die Trainingsbälle werden die gleichen sein. *Becker will vor al*lem seine Grundschnelligkeit und Beinarbeit weiter verbessern. Dahinter steckt die Erkenntnis: „Um auf Hartplätzen zu gewinnen, braucht man mehr als einen guten Aufschlag. Man muß gute Returns und Volleys *spielen, muß mehr nachdenken* als auf Gras." Die Schlußfolgerung daraus sieht für den 18 Jahre alten Wimbledongewinner so aus: „Von jetzt an esse, trinke, träume ich nur noch US-Open." *Im letzten Jahr war er in Flu*shing Meadow bereits im Achtelfinale gescheitert, diesmal will er mindestens das Halbfinale der Offenen Meisterschaften der USA erreichen.

„Wenn *ich* in Flushing Meadow unter die letzten Vier komme und Mats *Wilander nicht, kann ich noch in* diesem Jahr die Nummer zwei in der Welt werden. Lendl ist zu weit weg, aber die Nummer zwei hinter ihm, das wäre optimal", sagte Boris Bekker *nach seinem schwer erkämpften* Sieg. Edberg und er hatten in der glühenden Hitze von 45 Grad ein technisch und kämpferisch hochklassiges Finale geboten. „Es ist immer etwas Besonderes, gegen Stefan zu spielen", sagte Becker hinterher. „Ich glaube, wir haben beide die Möglichkeit, die Nummer eins zu werden."

Ausflüchte, sich seiner Favoritenrolle für Flushing Meadow zu entledigen, gab es für Becker damit nicht. „Lendl hat in Stratton Mountain gewonnen, ich in Toronto, also . . ." Au*ßer Lendl* gehören für Becker auch McEnroe, Connors, Wilander und Edberg zu den Favoriten.

Martina Navratilova bleibt unange*fochten die Nummer* eins im Damen-Tennis. Im Finale des Turniers von Manhattan Beach besiegte sie Chris Evert-Lloyd 7:6, 6:3. Es war das 70. Duell der beiden, und der 37. Erfolg für *Martina Navratilova, die auch im* Doppel gewann. Zusammen mit Pam Shriver war sie Claudia Kohde-Kilsch und Helena Sukova mit 6:4, 6:3 überlegen.

Wachet, stehet im Glauben,
seid männlich und seid stark.
I. Korinther 16
Vers 13

Carl Friedrich Hütz

* 13. 6. 1906 † 17. 8. 1986

In tiefer Trauer
Annemarie Hütz geb. Lind
Peter und Katarina Hütz geb. Medau
Kuala Lumpur
Anneke Röhlke geb. Hütz
Kaiserslautern
Christian und Petra Hütz geb. Sippel
Regensburg
mit Ursula, Monika, Taveta, Katrin und Nicola

Gellertstr. 5, 8000 München 81

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 21. August 1986, um 14.30 Uhr im Krematorium Ostfriedhof in München statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Am 17. August 1986
verstarb
im 81. Lebensjahr

Herr Direktor Carl Friedrich Hütz

ehemaliges Mitglied des Vorstands der
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Der Verstorbene trat 1932 in unsere Gesellschaft ein, deren Vorstand er von 1952 bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand Ende 1971 angehörte.

Am Wiederaufbau und an der Weiterentwicklung unseres Rückversicherungs-Geschäfts im In- und Ausland hatte er gewichtigen Anteil. Hohe Menschlichkeit, stete Verläßlichkeit und fundiertes Fachwissen zeichneten ihn aus. Seine Persönlichkeit und seine Arbeit trugen maßgeblich dazu bei, das Ansehen und die Position unserer Gesellschaft zu festigen.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

Heinz Kipphoff

28. Mai 1898 7. August 1986

In stiller Trauer
Erika Kipphoff geb. Stuber
zugleich im Namen aller
Angehörigen

Gaedeckensweg 15, Hamburg 20

Die Trauerfeier hat im engen Kreise stattgefunden.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

Heinz Kipphoff

* 28. Mai 1898 † 7. August 1986

Wir trauern um unseren langjährigen Inhaber und verdienten Partner.

Alfred Kipphoff o.H.G.
Uwe Kipphoff
auch sogleich im Namen
aller Mitarbeiter

Immenhof 15, Hamburg 76

Die Trauerfeier hat im engen Kreise stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch, Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz, Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon, Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer, New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will, Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

„Mit Weitsicht und Geduld zur Union Europas“

KNA, Hamburg

Die ideologische und politische Spaltung Europas muß überwunden werden, sagte jetzt Jacques Delors, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich mit viel Engagement für eine Überwindung dieser Spaltung eingesetzt. Nun gehe es weiter darum, diesen „langfristigen, aber zwangsläufigen Prozeß“ fortzuführen, denn das Ziel einer Einigung Europas dürfe man auch in Zeiten einer verstärkten Konfrontation zwischen den Supermächten nicht aus den Augen verlieren. Delors betonte, in der Bevölkerung, vor allem in der Jugend, sei das Bewußtsein dafür gewachsen, daß nicht materieller Wohlstand letztes Ziel der Einheit Europas sein sollte. Das zeige der hohe Stellenwert, den Fragen des äußeren und inneren Friedens und des Umweltschutzes einnähmen.

Der Präsident der EG-Kommission widersprach Einschätzungen, wonach die EG auf ihrem Weg zur Europäischen Union steckengeblieben sei. Diese Union sei eine Aufgabe von „historischer Dimension“ und erfordere ein hohes Maß an Weitsicht, Geduld und Beharrlichkeit. Nationale Egoismen und bürokratische Prozeduren machten das Tagesgeschäft oft „äußerst mühsam“. Von der Süderweiterung der EG durch Spanien und Portugal seien jedoch neue Impulse für die Europapolitik ausgegangen. Als „alarmierend“ bezeichnete es Delors, daß das Bewußtsein für das christliche, geistige und kulturelle Erbe Europas in der Bevölkerung schwinde. Die Bedeutung der geistigen, philosophischen und politischen Freiheit müsse stärker betont werden. Es gehe um Solidarität mit den wirtschaftlich und sozial Schwächeren in den Ländern Europas ebenso wie in denen der Dritten Welt.

Waffen aus Rostock als politischer Sprengsatz

Peru: Fracht der „Pia Vista“ war für Aufständische bestimmt

WERNER THOMAS, Miami

Der Frachter liegt scharf bewacht in der panamaischen Hafenstadt Balboa und liefert ständig neue Schlagzeilen. Die Medien tauften das mysteriöse Drama „Affäre Pia Vesta“. Es verläuft so spannend wie ein Polit-Thriller. Niemand weiß, wann es einmal enden wird und wie.

Für wen waren die Waffen aus Rostock bestimmt, die die „Pia Vesta“ geladen hatte? Die Untersuchungsbehörden Panamas versuchen diese Frage seit dem 14. Juni zu klären, seit das Schiff in Balboa vor Anker ging. Die Antwort interessiert besonders die Regierung des peruanischen Präsidenten Garcia, die Alarm geschlagen hatte. Noch zwei andere Länder sind involviert, Dänemark und die „DDR“. Zwischen Panama und Dänemark und zwischen Peru und der „DDR“ ist es wegen der Affäre zu Spannungen gekommen.

Sie gleicht einem Labyrinth. Widersprüchliche Nachrichten erschweren die Arbeit der Ermittlungsbeamten. Soviel steht jedoch fest: Der dänische Frachter „Pia Vesta“ wurde im Mai in Rostock mit östlichen Waffen und Militärfahrzeugen geladen. Zur Ladung gehörten 1500 Schnellfeuergewehre des Typs AK-47 (Kalaschnikow), 1440 Panzerfäuste (Typ RGP-18) und 32 Ifa-Laster. Das Schiff nahm Kurs auf Peru und trieb Anfang Juni in der Nähe der peruanischen Hafenstadt Callao. Aus bisher ungeklärten Gründen machte es dann kehrt und lief Balboa an. Dort ließen die von der Garcia-Regierung alarmierten panamaischen Streitkräfte die „Pia Vesta“ inspizieren. Schnell stellte sich heraus, daß die Fracht falsch deklariert war. Die „Pia Vesta“ wurde beschlagnahmt. Kapitän Johannes Christianson und die sechs Besatzungsmitglieder kamen in Haft.

Über den mutmaßlichen Empfänger der Waffen kursieren die verschiedensten Gerüchte. Die Regierung von Peru behauptet, daß die Sendung für die maoistische Rebellenbewegung „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) bestimmt war. Amerikanische Geheimdienstkreise urteilen ähnlich. Linke Gruppen in Lima verdächtigten aber auch die regierende Apra-Partei, die sich militarisieren wolle. Nur: Würde der sozialdemokratische Präsident die Affäre dann derart dramatisieren? Die „DDR“ verschanzt sich hinter einer Schweizer Handelsfirma, die das Waffengeschäft arrangiert habe. Die ungläubigen Peruaner riefen aus Protest ihren Botschafter in Ost-Berlin zur Berichterstattung zurück.

Jetzt tauchte eine neue Figur in der Affäre auf, der amerikanische Waffenhändler David Duncan. Der Mann aus Miami will die Fracht der „Pia Vesta“ der peruanischen Marine vermittelt haben. Er glaubt, daß die Garcia-Regierung zunächst nichts davon wußte und daß das Geschäft deshalb platzte. Kriegsminister Jorge Flores Torres dementierte entrüstet.

Nach energischen Protesten des dänischen Botschafters Ole Philipson („eine Art Geiselnahme“) kamen Ende letzter Woche die sechs Besatzungsmitglieder der „Pia Vesta“ frei. Kapitän Christianson soll so lange in Haft bleiben, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Panama verlangt zudem elf Millionen Dollar, die Addition der Strafen und Steuern. „Es gibt keine Alternative“, warnte Zolldirektor Carlos Garcia die Reederei.

Waffenhändler Duncan, der sich 25 Prozent seiner Ware aus Ostblock-Quellen besorgt, hat angeblich schon einen neuen Interessenten für die heiße Fracht der „Pia Vesta“ gefunden. Er will aber keinen Namen nennen.

Ausstiegskonzept von der Saar

Lafontaine will Überlegungen der Hauff-Kommission präzisieren / Rau setzt auf Konsens

ULRICH REITZ, Völklingen

Die saarländische Landesregierung hat ein detailliertes Konzept für den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft entwickelt, das Ministerpräsident Oskar Lafontaine, wie die WELT erfuhr, noch vor dem Nürnberger Parteitag der SPD in der kommenden Woche vorstellen will. Im Beisein des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, der sich im Rahmen einer Wahlkampfreise gestern im Saarland aufhielt, sagte Lafontaine, seine Regierung habe ein Konzept erarbeitet, das die Überlegungen der Partei-Kommission unter der Leitung des SPD-Vorstandsmitglieds Volker Hauff ergänzen soll.

Wie Hauff ist Lafontaine der Meinung, daß ein Atom-Ausstieg in den kommenden zehn Jahren möglich sei. Die Kernenergie könnte in „zehn Jahren vergessen“ sein, wenn alle relevanten Kräfte mitzögen, sagte der Lafontaine im Modellkraftwerk Venne in Völklingen.

Während Lafontaine sich in Völklingen auf die Ankündigung des Konzeptes beschränkte, erfuhr die WELT in Saarbrücken Einzelheiten. So soll das Ausstiegszenario, anders als das Papier der Hauff-Kommission, konkrete Modellrechnungen für einen Ausstieg beinhalten. Die volkswirtschaftlichen Folgen eines „schrittweisen“ Ausstiegs seien genauso berücksichtigt worden wie „Substitutionsmöglichkeiten“ und die Auswirkungen eines sukzessiven Abschaltens von Atomkraftwerken auf den Strompreis. Die Mehrkosten, die der Verbraucher zu tragen hätte: Ein Pfennig pro Kilowattstunde.

Lafontaine habe bereits vor geraumer Zeit ein entsprechendes Szenario im Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben, hieß es in Regierungskreisen. Auch Energiefachleute aus der Wirtschaft seien an der Erarbeitung beteiligt gewesen. Die Experten kämen zu dem Ergebnis, daß ein schrittweiser Ausstieg bis 1993 möglich sei.

Das saarländische Konzept kann allerdings offenbar nicht die gleiche Bedeutung wie das Hauff-Papier für sich beanspruchen. Die Rechnungen bezögen sich auf das Saarland. Allerdings könnten „etliche“ Überlegungen und Vorschläge auch bundesweit Pate stehen, so Regierungskreise.

SPD-Kanzlerkandidat Rau kündigte in Völklingen an, er werde sich um einen breiten Konsens über Parteigrenzen hinweg für den Ausstieg aus der Kernenergie bemühen. Eine SPD-Regierung in Bonn werde das Atomgesetz mit dem Ziel novellieren, die dort festgeschriebene besondere Förderung der Kernenergie zu streichen.

Der sparsame Umgang mit Strom müsse gefördert und die Kohle umweltverträglich genutzt werden. In der Kohlevorrang-Politik gegen die Kernkraft ziehen das Saarland und Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel an der Saar an einem Strang. Zu einem Zeitplan für den Atom-Ausstieg wollte sich Rau nicht äußern.

Australien: Keine Manöver mit USA

AP, Canberra

Offenbar aus Verärgerung über die Subventionierungspläne der USA für Weizenlieferungen an die UdSSR hat Australien die Teilnahme an einem für September geplanten Manöver mit den Amerikanern abgesagt. Die Regierung beschloß, auf die militärische Übung, die auf den Philippinen hätte stattfinden sollen, zugunsten eines Manövers im Mai 1987 zu verzichten. Australien hatte sich in jüngster Zeit wiederholt besorgt über die Subventionierungspläne Washingtons geäußert, da die Sowjetunion und China die wichtigsten Absatzmärkte für australischen Weizen sind.

„118 Zivilisten bei Kabul getötet“

AFP, Islamabad

Bei einer Offensive sowjetisch-afghanischer Truppen gegen Freiheitskämpfer in Afghanistan sind nach Angaben französischer Ärzte Ende Juli und Anfang August südwestlich von Kabul 118 Zivilisten getötet worden. Darunter seien zahlreiche Frauen und Kinder gewesen, erklärten die Ärzte, die sich im Auftrag der Hilfsorganisation „Medecins du Monde“ über einen Monat lang in der Region aufgehalten hatten. Die Offensive sei am 20. Juli in der Region von Maidan eingeleitet worden, nachdem die Mudschahedin eine Garnison der Stadt angegriffen hatten.

Israel kürzt Staatshaushalt

rtr, Jerusalem

Die israelische Regierung hat den Staatshaushalt für dieses Jahr um umgerechnet rund 440 Millionen Mark gekürzt. Finanzminister Nissin gab den Beschluß nach einer sechsstündigen Kabinettssitzung bekannt. Vergangene Woche hatte US-Außenminister Shultz in einem Brief an Israels Ministerpräsident Peres auf Wirtschaftsreformen gedrängt und gemahnt, die amerikanische Hilfe für Israel werde nicht ständig auf ihrem gegenwärtigen hohen Stand bleiben. Die USA unterstützen Israel dieses Jahr mit insgesamt 3,75 Milliarden Dollar (rund 7,73 Milliarden Mark).

Gespräche von Helsinki abgebrochen

dpa, Helsinki/Jerusalem

Die ersten offiziellen Gespräche zwischen Israel und der Sowjetunion seit 19 Jahren sind gestern in Helsinki nach nur 90 Minuten wegen Differenzen über die Tagesordnung abgebrochen worden. Der israelische Delegationssprecher Ehud Gol teilte mit: „Wir werden unsere Kontakte mit der Sowjetunion über normale diplomatische Kanäle fortsetzen.“ Offenbar haben die Israelis die Behandlung des Themas der sowjetischen Juden verlangt, während die Sowjets lediglich über konsularische Fragen und die Verhältnisse der russisch-orthodoxen Kirche in Israel sprechen wollten.

Gewalt in Pakistan wächst

AFP, Islamabad

Sieben Menschen sind bei Straßenkämpfen während der landesweiten Protestkampagne der pakistanischen Opposition gegen die Festnahme ihrer Führerin Benazir Bhutto ums Leben gekommen. Die Unruhen haben inzwischen die meisten größeren Städte des Landes erfaßt. Mehr als 1000 Oppositionelle sind verhaftet worden. Fünf Brigaden der Armee waren gegen etwa 5000 Bhutto-Anhänger in Thatta und Badin vorgerückt, die ein Gefängnis gestürmt und 48 Gefangene befreit hatten.

Indochina begrüßt Gorbatschow-Rede

AFP, Hanoi

Die 13. Außenministerkonferenz der drei indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha ist gestern in Hanoi zu Ende gegangen. Thema war eine eingehende Beratung des gemeinsamen Kampfes der letzten acht Jahre. Dabei prangerten die Außenminister die „absurde Haltung“ des Khmer-Widerstandes an. Das gemeinsame Kommunique enthält offenbar eine Befürwortung der Friedensinitiative des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, die dieser in seiner Rede in Wladiwostok geäußert hat. Die Außenminister hatten bereits zuvor die Solidarität mit der Sowjetunion unterstrichen.

Erfolgreicher Test für US-Zusatzrakete

AP, Utah

In den USA ist ein erster Test zur Neukonstruktion einer Zusatzrakete erfolgreich verlaufen. Nach Angaben eines Sprecher der Herstellerfirma im US-Staat Utha verlief ein Experiment nach Plan, das die Bedingungen für das fehlerhafte Funktionieren einer Zusatzrakete der abgestürzten Raumfähre „Challenger“ simulieren sollte. Eine verbesserte Zusatzrakete ist Voraussetzung für die Fortsetzung des US-Raumfährenprogramms.

Reagan bemüht um Nahost-Treffen?

AP, Tel Aviv

US-Präsident Reagan bemüht sich nach Angaben der israelischen Zeitung „Hadaschot“ um ein Treffen König Husseins von Jordanien mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres und dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak. Nach Angaben des Blattes soll US-Außenminister Shultz im September in den Nahen Osten reisen, um Hussein umzustimmen, der bislang ein Treffen mit Peres abgelehnt hatte.

Israel über Aufrüstung in Nahost beunruhigt

MiG-29 in Syrien erhöhen Kriegsgefahr / Golan im Visier?

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Mit Besorgnis verfolgt die israelische Armee die Aufrüstung der Luftstreitkräfte der arabischen Nachbarn Syrien, Jordanien, Ägypten und auch Saudi-Arabien mit modernstem Material aus Ost und West. Nach der Lieferung der ersten MiG-29 an Syrien, das insgesamt achtzig Maschinen dieses modernsten Typs aus der Sowjetunion erhalten soll, wurde bekannt, daß Ägypten weitere vierzig F-16 in den USA ordern will und daß sich Jordanien bis Jahresende entscheiden will, ob es im Westen bis zu vierzig Tornados oder französische Mirage-2000 kauft. Außerdem hat Saudi-Arabien die ersten acht von insgesamt 72 in Großbritannien bestellten Tornados übernommen.

Die neuen sowjetischen Waffenlieferungen könnten den syrischen Präsidenten zu der Fehleinschätzung veranlassen, daß er einen Krieg gegen Israel gewinnen kann, erklären israelische Militärs. Das erhöhe die Kriegsgefahr. Die MiG-29 ähnelt der amerikanischen F-16 und soll ihr ebenbürtig sein. Die F-16 wird von den Israelis und Ägyptern geflogen.

Erst in der vorigen Woche hatte der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass erklärt, der Nahost-Konflikt sei nur mit militärischen Mitteln zu lösen. Der israelische Generalstab geht davon aus, daß Syrien versuchen könnte, im Handstreich die Golan-Höhen zu besetzen und ein möglichst großes Terrain zu halten, bis die Sowjets im UN-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand durchsetzen.

„Wir werden Syrien aber nicht erlauben, die Dimension eines künftigen Krieges zu bestimmen“, versichern israelische Militärs. Präsident Assad müsse wissen, daß ein begrenzter Konflikt um den Golan nicht möglich sei und daß Israel einen totalen, konventionellen Krieg gegen das Regime in Damaskus führen würde. Dies sei die beste Abschreckung.

Das militärische „Szenario“ gegenüber Syrien hat sich in den vergangenen Jahren zuungunsten der Israelis entwickelt. Die syrische Luftabwehr wurde verbessert, sowjetische SAM-5 können den israelischen Luftraum verunsichern. Dazu kommt die Möglichkeit, daß die Syrer mit Boden-Boden-Raketen des Typs SS-21 ganz Nordisrael bis Tel Aviv beschießen können.

Ohnehin kann Israel nach dem Libanon-Feldzug von 1982 kaum noch einen Präventivkrieg gegen Syrien beginnen, weil dafür der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Jeder neue Krieg würde außerdem die Einwanderung nach Israel lähmen und dem Land eine untragbare wirtschaftliche Bürde auflegen. „Das kalkulieren die Syrer ein“, heißt es in Militärkreisen. Nachteilig wirkt sich auch für Israel aus, daß der neue Kampfbomber Lavi (Löwe) erst 1990 in jährlich fünfzehn Exemplaren zur Truppe kommt – wenn er überhaupt gebaut wird.

(SAD)

„Weiter so, Solidarnosc wird siegen“

AP, Danzig

Eine große Menschenmenge feierte am Sonntag vor der Danziger Brigittenkirche die aus der Haft entlassenen polnischen Gewerkschafter Adam Michnik und Bogdan Lis. Schon vor der Messe hatte Arbeiterführer Lech Walesa, für dessen verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ Michnik als Berater tätig gewesen war, diesen mit einer Umarmung begrüßt.

Pfarrer Henryk Jankowski begrüßte Michnik und Lis zu Beginn der Messe in der von 7000 Menschen besuchten Kirche und bekannte sich zur verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“. Deren Führer Lech Walesa und Berater Jacek Kuron saßen unweit des Altars neben Michnik und Lis.

Nach der Messe ließen an die 1500 Menschen auf dem Platz vor der Kirche die Gewerkschaft hochleben und stimmten Lieder an. Michnik und Lis dankten für den Empfang und mahnten, die noch Inhaftierten nicht zu vergessen. „Jetzt kann ich laut sagen, was ich unserem Gewerkschaftsführer bei meinem Prozeß vor einem Jahr zurief“, fügte Michnik hinzu. „Mach' so weiter, Lech, Solidarnosc wird siegen.“

Walesa wandte sich ebenfalls an die Menge und bezeichnete Reformen als so notwendig wie die Luft zum Atmen. Er bescheinigte der Regierung, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, bemängelte aber, daß es zu langsam gehe. Im Pfarrhaus traf er sich anschließend mit Michnik und Lis zu einer vertraulichen Unterredung. In der Nähe der Kirche patrouillierte Polizei. Es kam aber zu keinem Zwischenfall. Die Menge folgte einem Appell von Jankowski und ging friedlich nach Hause.

Michnik und Lis waren im Juni 1985 zu überraschend harten Strafen verurteilt worden. Wegen „Anstiftung zur Unruhe“ und „Leitung einer illegalen Vereinigung“ erhielt Michnik drei Jahre, Lis zweieinhalb Jahre Haft. Kurz nach seiner Verurteilung



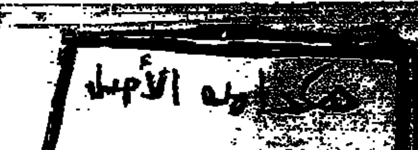
Umarmung: Arbeiterführer Walesa und Gewerkschafter Michnik FOTO: AP

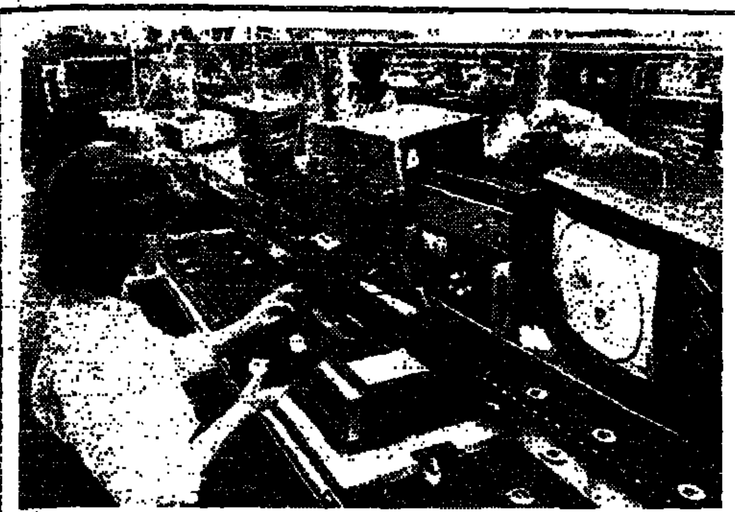
meldete sich der Historiker Michnik aus dem Gefängnis zu Wort.

In einem aus seiner Zelle geschmuggelten Brief, der westlichen Korrespondenten zugänglich wurde, verurteilte er den Prozeß gegen ihn selbst und die beiden Mitangeklagten Wladyslaw Frasyniuk und Bogdan Lis als ein Beispiel „hitleristischer und stalinistischer Justiz“. Michnik nannte in seinem Brief den Gerichtsvorsitzenden Kryzysztof Zieniuk einen „Faschisten“, der in dem Verfahren Antisemistismus geduldet und das Urteil auf Grund gefälschten Beweismaterials der Polizei gesprochen habe.

Ende Juli wurde Lis im Rahmen des jüngsten polnischen Amnestiegesetzes auf freien Fuß gesetzt. Der 34jährige Gewerkschafter erklärte, er habe „kein Dokument unterzeichnet, in dem er sich verpflichte, seinen Kampf für die Wiederherstellung eines gewerkschaftlichen Pluralismus und der Menschenrechte aufzugeben“.

Anfang August forderte die polnische Generalstaatsanwaltschaft den Obersten Gerichtshof zur Freilassung Michniks auf. Die Gerichts-Vorsitzende Halina Kmiec erklärte, für den Historiker müßten „besondere Bedingungen“ geltend gemacht werden, damit er unter die von der Amnestie betroffenen Personen fällt. Am 11. August öffneten sich dann auch für Michnik die Gefängnistore.





Die Fußball-Weltmeisterschaft und steigende Realeinkommen haben der Unterhaltungselektronik neue Impulse gegeben und zu einer Absatzbelebung geführt. Dies erklärte Ludwig Orth, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, in einem Gespräch mit der WELT. (S. 10) FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Mengentender: Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpensionen *mit einem festen Zins* von 4,35 Prozent für 35 Tage als Prolongationsmöglichkeit für die am Mittwoch auslaufenden Wertpapierpensionen in Höhe von 4,9 *Mrd. DM* an.

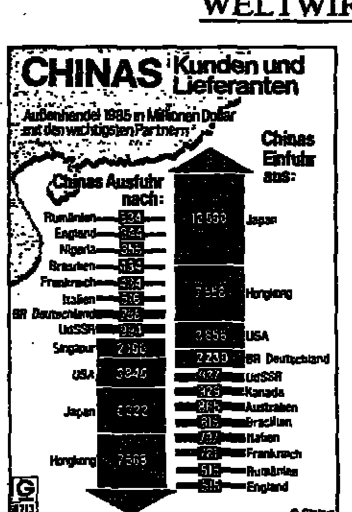
Tokioter Börse: Der Nikkei-Index stieg auf das neue Rekordniveau von 18 597,44 Punkten.

Rubel: Die sowjetische Staatsbank hat zum 16. August den Kurs auf 32,99 Rubel für 100 DM neu festgelegt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 279,62 (275,46); Chemie: 160,25 (157,56); Elektro: 329,55 (323,58); Auto: 731,63 (715,78); Maschinenbau: 151,11 (150,60); Versorgung: *164,41 (163,10)*; Banken: 422,44 (415,90); Warenhäuser: 169,83 (165,85); Bauwirtschaft: 502,63 (499,93); Konsumgüter: 184,73 (182,94); Versicherung: 1520,89 *(1506,56)*; Stahl: *159,73 (161,12)*.

Nachbörse: fest

WELTWIRTSCHAFT



China: „Monetäre Öffnungen" und die Abschaffung der Sonder*währung für Ausländer sollen den* Wiederbeitritt zum IWF ermöglichen, da die Volksrepublik angesichts der hohen Außenhandelsdefizite dringend Kredite benötigt. (S. 10)

Australien: Im Haushaltsjahr zum 30. Juni 1986 belief sich das Defizit auf 5,74 Mrd. Dollar. Für *1987* wird eine Verringerung des Defizits auf rund 4 Mrd. Dollar geplant.

Steuerreform: Der US-Kongreß hat am Wochenende einen Kompromiß verabschiedet. Neben großen Gewinnern wie den Öl- und Gasunternehmen oder dem Handel gibt es auch Verlierer wie die Schwerindustrie. (S. 11)

MÄRKTE & POLITIK

Gold: Die Produktion in der VR China hat das höchste Niveau seit der Machtübernahme der Kom*munisten erreicht. (S. 10)*

Heizöl: Die Preise für leichtes Heizöl sind im Juli fast auf das Niveau von 1976 gesunken, teilte *das Landesamt für Datenverarbei*tung und Statistik mit.

Opec: Vor Inkrafttreten der neuen Quoten senkt Saudi-Arabien die Ölförderung bereits im August um eine Mill. Barrel pro Tag.

Medien: Die Werbeaufwendungen der Wirtschaft sind im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf 5,6 Mrd. DM gestiegen. Die Nielsen Werbeforschung schließt daraus, daß das Jahr den Werbeträ*gern ein gutes Ergebnis* bringen wird. (S. 11)

Künstliche Intelligenz: Auf dem Markt für Spezialcomputer, die *beispielsweise in der medizini*schen Diagnose eingesetzt werden, ist ein heftiger Preiskampf entbrannt. (S. 10)

Erdgas: *Nach* Erhebungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft gingen die deutschen Importe in der ersten Hälfte dieses Jahres um 4,7 Prozent auf 20,9 Mrd. Kubikmeter zurück.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	15. 8. 86	14. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	184,50	185,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	123,50	121,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	62,00	62,00	62,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

RWE: Abschreibungen *auf* Rauchgasentschwefelungsanlagen belasten das Ergebnis des Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.). Die Verwaltung stellt aber wieder acht Mark Dividende in *Aussicht.* (S. 11)

Ideal-Standard: Durch die „Schimanski-Werbekampagne" wurde der Bekanntheitsgrad gesteigert. Vor allem Frauen fühlten sich angesprochen. (S. 11)

Unilever: *Der Konzern* befindet sich in Übernahmeverhandlungen mit dem niederländischen Aromastoffhersteller Naarden International N. V.

WER SAGT'S DENN?

Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance.

Winston Churchill

Europas Milchbauern verlassen den Pfad der Quoten-Disziplin

Butterberge steigen wieder deutlich – Jede EG-Kuh kostet den Steuerzahler 1200 Mark

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Milchflut in der Europäischen Gemeinschaft schwillt wieder an. Bereits im vergangenen „Quotenjahr" 1985/86, das Ende März auslief, übertrafen die *Anlieferungen nach* vorläufigen Berechnungen des Bonner Landwirtschaftsministeriums die festgesetzte Garantiemenge. Eine Tendenz, die sich jetzt noch verstärkt hat. Um die Produktion zu drücken, ist gerade eine neue EG-Milchrentenaktion angelaufen, für die jetzt die Anträge gestellt werden können.

Die Milchanlieferung in der Europäischen Gemeinschaft ist im Milchwirtschaftsjahr 1985/86, verglichen mit der Vorperiode, um 0,7 Prozent auf 100,1 Millionen Tonnen gestiegen. In diesem Umfang (exakt um 2000 Tonnen mehr) wurde auch die Garantiemenge überschritten. Gegenüber *1983/84, dem letzten Jahr vor Einfüh*rung der Quotenregelung, lag die EG-Milchanlieferung zwar um 4,1 Prozent niedriger. Für das laufende Jahr ist nach Ansicht des Landwirt*schaftsministeriums mit einer* Milchmenge zu rechnen, die erneut die festgesetzte Garantiemenge überschreiten wird. Während im April und Mai nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) die Produktion in der EG (ohne Italien und die beiden neuen Mitglieder) nur *um 0,3 Prozent höher* lag, wobei der verspätete Weideauftrieb nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine Rolle spielte, wurde im Juni bereits ein Zuwachs von 2,5 Prozent registriert. *In dieser Größenordnung* soll auch die Zunahme im Juli und August gelegen haben. Die Quotendisziplin schwindet immer mehr.

Nicht nur aus diesem Grunde steigen nach Meinung von Experten die Butterberge und Magermilchpulverhalden immer weiter an. Es soll auch fettreiche Milch an die Molkereien geliefert werden. Denn die Milchproduktion ist zwar reglementiert, die staatlichen Stellen zahlen jedoch für die Ablieferung von Butter und Magermilchpulver.

Gegenwärtig lagern in der EG einschließlich bei Privaten rund 1,5 Millionen Tonnen Butter. *Verbraucht* wurden in der Gemeinschaft im vergangenen Jahr 1,6 Millionen Tonnen. Es wird damit gerechnet, daß die Bestände weiter steigen werden, weil der Export trotz gewaltiger Subventionen zurückgehen wird. Nach den Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft *der Verbraucher müssen* zu den Kosten des Milchmarkts von rund 14 Milliarden Mark, die im EG-Haushalt ausgewiesen sind, auch noch die nationalen Hilfen hinzugerechnet werden. Sie werden noch einmal auf 16 Milliarden Mark veranschlagt. *Damit kostet, so* der Verbraucher-Verband, jede Kuh in der EG den Steuerzahler 1200 Mark im Jahr.

Wer jetzt seine Milchproduktion aufgibt, kann zwischen einer einmaligen Zahlung von 700 Mark je 1000 Kilogramm Referenzmenge oder sieben Jahresraten von 120 Mark wählen. Bei einem Durchschnittsbestand von 16 Kühen, die nur 4000 Liter Milch geben, sind das 44 800 Mark oder eine Jahresrate von 7680 Mark. Anträge können zwar bis zum 31. Oktober 1987 gestellt werden. Wer das *bis zum 30. November 1986 macht,* bekommt bereits im nächsten Jahr Geld.

Stoltenberg: Mehr Einkommen für Beamte

A. G. Bonn

Alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes können nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Gerhard *Stoltenberg auch in den kommenden* Jahren mit weiter steigenden Realeinkommen rechnen. Voraussetzung hierfür sei allerdings, wie Stoltenberg in einem Interview mit dem Deutschen *Beamtenbund erklärte, eine* konsequente Fortsetzung der Stabilitätspolitik.

Nach harten Jahren verstärke sich auch im öffentlichen Dienst jetzt die „*Trendwende zum Guten*". *1986* sei ein hervorragendes Jahr: Wann habe es das jemals gegeben, daß die Löhne und Gehälter im Schnitt um fast vier Prozent steigen, und das auch noch bei *voller Preisstabilität,* meinte der Minister wörtlich. Als positive Nachricht für die öffentlich Bediensteten wertet Stoltenberg seine Absicht, im Zuge der Haushaltspolitik für Preisstabilität zu sorgen, um die Steuern noch stärker senken zu können. So soll nach seinen Vorstellungen beispielsweise für einen Inspektor, der in diesem Jahr steuerlich um rund *700 Mark* entlastet wird, die Entlastung bei der nächsten Steuerreform „deutlich größer" sein.

Wie Stoltenberg weiter betont, gebe es für Strukturverbesserungen nach sorgfältiger Prüfung „ein Stück Bewegung". Es werde aber keinen Rückfall in die alte Politik der 70er Jahre geben, als man durch viel zu großzügige Besoldungs- und Tarifregelungen den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes kurzfristig Erfolge beschert habe, die ihnen dann Inflation und spätere Finanzkrise weitgehend wieder weggenommen hätten.

AUF EIN WORT

„Die Kritik am Automobil muß endlich verstummen, denn gerade die technischen Mög*lichkeiten des Umrü*stens und die Verfügbarkeit von bleifreiem Kraftstoff in der Bundesrepublik zeigt, daß es vielmehr ein Fehlverhalten des Autofahrers, der falsche Gebrauch des Automobils ist, die *Kritik auslösen. Es muß* unser gemeinsames Interesse sein, durch eine Verhaltensänderung Probleme um das Auto aus der Welt zu schaffen."

Fritz Haberl, Präsident des Zentralverbandes des Kfz-Gewerbes (ZDK), Bonn. FOTO: DIE WELT

Immer mehr Interesse an Wertpapieren

A. G. Bonn

Die Kunden der Sparkassen zeigen ein deutlich steigendes Interesse an Wertpapieren. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mitteilt, lag der Gesamtumsatz seiner Mitgliedsinstitute in Wertpapierkäufen und -verkäufen im ersten Halbjahr 1986 mit insgesamt rund 53,9 Milliarden Mark um 13 Prozent über dem Wert der vergleichbaren Vorjahreshälfte. Auch dieser hatte schon deutlich über dem der gleichen Zeit von 1984 gelegen.

Zinshöhe und Kursentwicklung führten allerdings zu unterschiedlichen Dispositionen der Kunden. So stiegen besonders stark die Umsätze im Aktiengeschäft, die mit 14,7 Milliarden Mark weit mehr als doppelt so hoch lagen wie in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei standen Käufen von 7,5 Milliarden Mark Verkäufe in Höhe von 7,2 Milliarden Mark gegenüber, worin sich nach Meinung der Sparkassenorganisation die flexible Anpassung von Sparern und Anlageberatung an die Kursentwicklung zeige.

Die zweithöchste Zunahme ergab sich bei den Umsätzen von Investmentanteilen, die mit 1,5 Milliarden Mark um 77 Prozent über dem Vorjahresergebnis lagen (Käufen von 1,2 *Milliarden Mark standen Verkäufe in* einer Größenordnung von nur 0,3 Milliarden Mark gegenüber). Dagegen gingen die Umsätze in festverzinslichen Wertpapieren – dem größten Teil des Wertpapiergeschäftes – *um* sieben Prozent auf 37,8 Milliarden Mark zurück. Verkäufe und Käufe hielten sich mit 18,9 beziehungsweise 18,8 Milliarden Mark fast die Waage.

Drang in die Ferne nicht aufzuhalten

vos, Bonn

Die Deutschen sind in diesem Jahr wieder reiselustiger. Rund 39,5 Mrd. DM lassen sie sich ihr Fernweh kosten, 2 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Rund 70 Prozent *aller Touristen* geben ihre Mark im Ausland aus. Die Bundesrepublik ist dagegen für ausländische Gäste nicht so interessant: 27 Mrd. DM beträgt das Bilanzdefizit des *Auslandtourismus.*

Das Institut der Deutschen Wirtschaft fand heraus, daß 57,1 Prozent aller erwachsenen Deutschen im letzten Jahr mindestens eine Urlaubsreise gemacht haben, das sind dreimal so viele wie Mitte der 50er Jahre. Seit 1980 haben die Haushalte den Anteil ihrer Urlaubsausgaben am privaten Verbrauch allerdings wegen Konjunkturschwäche und Arbeitslosigkeit von vier auf 3,7 Prozent zurückgeschraubt.

Besonders reiselustig sind die Rentner, die ihr Urlaubsbudget von 1970 bis 1985 um jährlich 9,5 Prozent ausgeweitet haben. Gewandelt hat sich aber das Bild vom bahnfahrenden Rentner, der die Ferien bei Verwandten in Deutschland verbringt oder eine Pauschalreise bucht: Viele fahren mit dem eigenen Auto, wohnen in Hotels und planen ihren Urlaub „auf eigene Faust". Ihre Tagesausgaben liegen folgerichtig *mit 47,73* DM über ein Drittel höher als vor 15 Jahren, wurden bei einer Preissteigerung von 20 Prozent also auch real gesteigert.

Arbeitnehmerhaushalte mit durchschnittlichem Einkommen steigerten ihre Ferienausgaben bis 1980 schneller als ihr Einkommen wuchs, um zwölf Prozent pro Jahr. Sie orientierten sich dennoch stark am Einkommen. Gespart wird in den letzten Jahren aber nicht an der Reisehäufigkeit (2,1 Reisen pro Jahr und Person), sondern an der Reisedauer und den Tagesausgaben, die real stark gesunken sind. Immer noch fahren 60 Prozent mit dem eigenen Wagen in die Ferien, ebensoviele wohnen in Hotels, der Rest auf Campingplätzen oder in Ferienwohnungen. Der Anteil der Fahrtkosten ist dabei ständig gestiegen. Dies hängt mit den Ölpreisen und den längeren Fahrtwegen zusammen, denn die Zahl der Auslandsreisen hat deutlich zugenommen.

Haushalte mit höherem Einkommen orientieren sich mit ihren Urlaubsausgaben deutlich an der Konjunktur, *kürzten ihre Budgets* während der Rezession und gaben danach wieder mehr aus, obwohl die Einkommen noch nicht nachgezogen hatten. Sie fahren dreimal im Jahr in Urlaub. *Immer häufiger buchen sie* eine Pauschalreise, deren Anteil sich von 17 Prozent vor 15 Jahren auf heute 34 Prozent verstärkt hat.

Auf dünnen Sohlen

adh. – Seit Jahren laufen die deutschen Schuhproduzenten auf äußerst dünnen Sohlen. Die Folge: In den letzten 25 Jahren hat sich die Zahl der Hersteller mehr als halbiert. Entsprechend *kräftig* schrumpfte die Mitarbeiterzahl in der immer kleiner werdenden Branche.

Als Ursache für die unerfreuliche Entwicklung wird der Druck von außen ausgemacht. Die Importe *sind nämlich in der gleichen Zeit* gewaltig gewachsen; im Ausland lassen sich Schuhe eben um einiges billiger fertigen. Mit der daraus resultierenden günstigeren Kalkulation ist es den Importeuren gelungen, den Markt für sich zu erobern, zumal die Auslandsangebote in der Mode längst nicht mehr hinterherhinken.

Daß die permanente strukturelle Krise bei den deutschen Schuhherstellern ein Ende findet, ist nicht abzusehen. Die Entwicklung wird weitergehen, zumal Schuhe aus deutscher Fertigung, durchaus ehrlich kalkuliert, inzwischen oft im Laden ein Preisniveau erreicht haben, bei dem viele heimische Verbraucher nicht mehr mithalten wollen oder können.

Daran würde auch ein „Weltschuhabkommen" nichts ändern, wie es eine von der Gewerkschaft Leder in Auftrag gegebene Studie vorschlägt. Ganz kann man die Importe ohnehin nicht aussperren. Und bei der Abstimmung mit dem Geldbeutel würden die Verbraucher der Importware die Treue halten.

Als Heilmittel ist ein protektionistisches Abkommen ohnehin untauglich. Der Blick in die Textilindustrie zeigt das deutlich. Mit einem Schutzzaun in Gestalt *eines internationalen* Handelsabkommens läßt sich keine Branchenkonjunktur machen. Die läuft nur, wenn Angebot und Preise stimmen.

„Big Bang" rollt

Von WILHELM FURLER, London

Vor etwa drei Jahren hatte die Regierung *Thatcher* Anstoß daran genommen, daß an der Londoner Stock Exchange noch immer überholte und wettbewerbsfeindliche Praktiken vorherrschten. In*zwischen hat sich aus diesem* Anstoß eine regelrechte Stampede entwickelt, die unaufhaltsam auf den „Big Bang", den großen Knall zum Tage der City-Revolution am 27. *Oktober, zugaloppiert.*

Dutzende von ausländischen, insbesondere amerikanischen Banken und Wertpapierhäusern (Securities houses), sowie nahezu alle britischen *Großbanken und Merchant* Banks haben inzwischen für teures Geld Broker- und Jobber-Häuser aufgekauft, um für den künftig *freien* Wettbewerb am Londoner Wertpapiermarkt so gut wie möglich gerüstet zu *sein. Die Öff*nung des Börsenhandels für Außenstehende ist damit bereits weitgehend vollzogen.

Am 27. Oktober findet die große Revolution am Londoner Aktienmarkt statt. Mit einem „großen *Knall*" *soll* an diesem Tag der freie Wettbewerb im Börsenhandel eingeführt werden.

In- und ausländische Banken und andere Fi*nanzinstitute* haben im Gegensatz zu früher seit März die Möglichkeit, sich bis zu 100 Prozent an den an der London Stock Exchange als Mitglieder täti*gen Broker- und Jobber-Firmen zu* beteiligen. Sie erhalten damit direkten Zugang zum Börsengeschäft.

Bislang schließen in London die Broker-Häuser Wertpapiergeschäfte *nur auf fremde Rechnung, also* nur für ihre Kunden ab; Jobber dagegen unterhalten ihre eigenen Wertpapierbestände und wirtschaften auf eigene Rechnung mit den Maklern (Brokern). *Diese strikte* und nur noch in Großbritannien bestehende Funktionstrennung zwischen Brokern und Jobbern wird mit dem „Big Bang" abgeschafft.

Sie hat nämlich nicht nur dazu geführt, daß sich ausschließlich diese beiden Gruppen die Pfründe des lukrativen Geschäfts teilten, wobei die festgesetzten Mindest-Maklergebühren zwangsläufig über denen an praktisch allen anderen Börsenplätzen lagen, sondern auch dazu, daß viele dieser Häuser aufgrund ihrer weitgehenden Abschirmung vom Wettbewerb erheblich unterkapitalisiert waren.

Inzwischen ist vom Londoner Börsenvorstand eine Liste von 35 „Markt-Machern" vorgelegt worden, die am 27. Oktober als Aktienhändler offiziell Zugang zur Londoner Börse haben werden. Ihre Zahl ist doppelt so groß wie die der gegenwärtig als Börsenmitglieder zugelassenen Aktien-Jobber. Wahrscheinlich wird sich die Zahl der Aktienhändler vor dem „großen Knall" noch erhöhen.

Die Geschwindigkeit, mit der sich die Revolution in der Londoner City vollzieht, wird inzwischen besonders stark von der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie bestimmt. Wenn am 27. Oktober endgültig die Trennung von Jobber und Broker vollzogen sein wird und auch die Reste des einstigen Systems fester Mindest-Courtagen verschwunden sein werden, dann dürfte sich der *Wertpapierhandel bereits* weitgehend auf neueste elektronische Übertragungs- und Computertechnologien umgestellt haben.

Dies gilt in erster Linie für die sich weltweit *rapide entwickelnde* Internationalisierung im Handel mit bedeutenden Aktien. Diese sogenannte „Securitisierung" ist für die internationalen Finanzinstitute und Wertpapierhäuser eine unwiderstehliche *Attraktion.* Investmentbanken, Geschäftsbanken, Merchant-Banken und Sec*urities-Häuser* aus Großbritannien, den USA und aus Japan, aber auch aus der *Schweiz,* Frankreich und Kanada, richten in London Kommunikationszentralen ein, die eher an das Raumfahrtzentrum in Houston als an die Arbeitsräume *von Wertpapierhändlern und -bera*tern erinnern.

Immerhin stehen bereits rund 40 britische Großunternehmen auf der inoffiziellen Liste jener Aktien, die *weltweit 24 Stunden* pro Tag per Bildschirm und neuester Kommunikationstechnologie gehandelt werden. Auch auf diesem Gebiet des globalen Aktienhandels hat die Londoner *Börsenführung* inzwischen richtig reagiert. Sie hat vor kurzem eine Liste von 62 britischen Unternehmen vorgelegt, deren Aktien als „blue chips" oder, wie sie in *London genannt werden,* als „Alpha-Aktien" über das neue Bildschirmsystem der Börse weltweit gehandelt werden.

Abzuwarten bleibt, ob der „Big Bang" für alle Beteiligten wie erhofft zum Erfolgserlebnis wird. Zweifel mehren sich, ob es den kleineren Häusern gelingen wird, im Wettbewerb mit den großen und aggressiven Instituten vor allem aus den USA zu überleben. Dies wird für viele nur dann möglich sein, wenn sie sich auf Marktnischen konzentrieren.

Umstritten ist auch weiterhin die Frage, ob denn auch wirklich alle Kunden von der Abschaffung der Mindest-Maklergebühren profitieren. Es ist denkbar, daß kleine Investoren ohne jede Macht, Gebühren auszuhandeln, zum Ausgleich von niedrigen Gebühreneinnahmen bei Großkunden von den Händlern zur Kasse gebeten werden.

Frankreich liegt bei Software vorn

J. Sch. Paris

Der europäische Informatikmarkt für Software wird von 15 Mrd. Dollar 1985 auf 50 Mrd. Dollar 1991 expandieren, meint die European Computing Services Association (ECSA), in welcher die in Europa ansässigen Dienstleistungs- und Engineering-Unternehmen dieses Wirtschaftssektors zusammengeschlossen sind.

Besonders günstige Aussichten bestünden für die französischen Unternehmen. Sie hatten bereits im letzten Jahr 3,4 Mrd. Dollar umgesetzt. Das waren 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Es folgten die Deutschen mit 2,7 Mrd. Dollar und die Britischen mit 2,6 Mrd. Dollar. Von den mehreren hundert, meist kleineren Gesellschaften, erzielten die 36 größten einen Umsatz von 2,5 Mrd. Dollar, gegenüber erst 778 Mill. Dollar 1976. Das entsprach einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 20 Prozent, während die Zahl der Beschäftigten nur um durchschnittlich sieben Prozent auf 45 000 zunahm.

An erster Stelle stand die französische Cap Gemini Sogeti mit einem Europaumsatz von 195 Mill. Dollar, gefolgt von der amerikanischen IBM-INS mit 148, der französischen GSI mit 135, der britischen Scicon Int. mit 133, der amerikanischen Geisco mit 125, der deutschen Datev mit 122 Mill. Dollar.

Für dieses Jahr wird der gesamten Branche von ECSA ein Wachstum von 15 Prozent in Aussicht gestellt. Es könnte noch höher liegen, wenn den Unternehmen genügend geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, heißt es. Eine besonders starke Expansion wird in den Bereichen Logistik, Engineering und im Vertrieb besonders hochwertiger Produkte erwartet.

In den nächsten Jahren werden laut ECSA starke Impulse von der Dereglementierung der Telekommunikation ausgehen. Das Auslandsgeschäft der französchen Gesellschaften dürfte weniger durch Exporte, als durch die Gründung ausländischer Filialen beziehungsweise die Kontrolle bereits im Ausland bestehender Gesellschaft beflügelt werden.

Mehr Musik im Markt für Unterhaltungselektronik

Beträchtlicher Erneuerungsbedarf bei Farbfernsehern – SEL steigert Spartenumsatz um über 10 Prozent

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In das Geschäft auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik ist wieder etwas mehr Musik gekommen. Nach Einschätzung von Ludwig Orth, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, der dort für die Unternehmensgruppe Audio Video Elektronik zuständig ist, habe sich der Markt in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres belebt. Die verbesserte Perspektive begründete er in einem Gespräch mit der WELT mit den nach längerer Zeit erstmals wieder steigenden Realeinkommen, der Tatsache, daß nicht mehr Geld für das Reisen ausgegeben werde, und der durch gesunkene Energiepreise freigewordenen Kaufkraft. *Ein Teil hiervon* komme seiner Meinung nach dem Sektor der Konsumelektronik zugute, wie auch die Fußball-Weltmeisterschaft dem Farbfernseher- und Videorecorder-Geschäft einige Impulse gegeben habe.

Trotz der relativ hohen Marktsättigung hierzulande auf dem Felde des Farbfernsehens (ausgestattet sind knapp 90 Prozent der Haushalte) sieht er für diesen Geschäftsbereich keineswegs schwarz. Inzwischen sei nämlich ein beträchtlicher Erneuerungsbedarf aufgelaufen. Von allen 23 Millionen in bundesdeutschen Haushalten stehenden Farbfernsehern dürften nämlich über 20 Prozent acht Jahre oder älter sein. Überdies reize die weiter vervollkommnete Ausstattung der Geräte (Stereo, Videotext usw.) manchen zum Neukauf. Bisher sind lediglich etwa 18 bis 19 Prozent des Colorgeräte-Bestandes stereotüchtig.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, wurde durch Baugruppen-Verwendung und umfangreiche Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen die reine Fertigungszeit für ein Farbfernsehgerät von acht Stunden *(in 1978) auf nur mehr noch* eineinhalb Stunden abgesenkt.

Bei der SEL, die in Bochum das größte europäische Fernsehgeräte-Werk betreibt, hat vor allem das zügigere Geschäft bei Farbfernsehern im ersten Halbjahr 1986 zu einem Umsatzwachstum in der Unterhaltungselektronik-Sparte von über 10 Prozent geführt (bei etwa 60 Prozent Exportanteil). Das Inlandsgeschäft wuchs dabei sogar noch etwas stärker bei einem deutlich stabilisierten Preisniveau. In 1985 war der Umsatz der Unterhaltungselektronik bei der SEL um 3,4 Prozent auf 1,2 Mrd. DM gewachsen, wobei man in die Verlustzone abgerutscht war.

Für das laufende Jahr prognostiziert Orth eine Verbesserung der Ertragslage. Man ziele für das ganze Jahr auf „eine schöne schwarze Zahl". Bewerkstelligt wird dies auch durch die Steigerung des „High-Tech-Anteils" bei Farbfernsehern, denn Produktion und Absatz der Geräte mit digitalisiertem Chassis, mit denen man sich gegenüber der Konkurrenz einen zeitlichen Vorsprung sicherte, wird sich in diesem Jahr auf rund 200 000 (von insgesamt 1,2 Mill. Stück) verdoppeln.

Sehr zufrieden ist Orth mit dem Anlauf der eigenen Videorecorder-Produktion, basierend auf dem digitalen Konzept (Marke „Digicontrol"). Diese Geräte (Stückpreis: knapp 1900 DM) habe man erfolgreich aus Preiskämpfen heraushalten können, obwohl durch „no-name"-Produkte aus Japan und die Marktoffensive aus Korea viel zusätzlicher Druck gekommen sei. In diesem Jahr will SEL in Bochum rund 100 000 Videorecorder herstellen.

Im Audio-Bereich (5 bis 6 Prozent vom Umsatz), der sich vor allem bei tragbaren Geräten belebt habe und in der Sparte Compact Disc auf hohen Touren laufe, koordiniert und intensiviert SEL seine auf Teilgebieten schon lange dauernde Zusammenarbeit mit dem japanischen Hersteller Sanyo. Wie bereits berichtet, bringt die SEL ihr Werk in Penang/Malaysia nach inzwischen erfolgreicher Sanierung in die Kooperation ein. Danach übernimmt Sanyo 81 Prozent an der malaysischen Fabrik, die bisher weniger als 3 Prozent des Umsatzes der SEL-*Unterhaltungselektronik* brachte, 19 Prozent verbleiben bei SEL. Abgezielt wird neben der Nutzung des speziellen Know-how von Sanyo vor allem auf eine bessere Auslastung jenes Werks. Überdies rechnet Orth auch mit positiven Auswirkungen auf den Bereich Audio Video Elektronik durch die Einbringung der SEL in das Joint-venture zwischen ITT und der französischen CGE.

China erleichtert Kredite

Reform des monetären Systems angekündigt

AFP, Peking

China beabsichtigt in den nächsten zwei Jahren mit der Einführung neuer Bankkreditformen zur Erleichterung des Kapitalumlaufs eine Reform des monetären Systems. Die großen Linien dieser Reform wurden Ende vergangener Woche vom stellvertretenden Notenbankgouverneur Liu Hongru bekanntgegeben.

Neben der Schaffung „zahlreicher Organismen" für eine Erleichterung des Kreditzugangs sind Maßnahmen zur „Öffnung der monetären Märkte", eine Verstärkung der Devisenkontrolle und die Gründung mehrerer „monetärer Organisationen" vorgesehen. Liu betonte, die Maßnahmen würden unter der strikten Kontrolle der Staatsbank durchgeführt.

Peking hatte bereits vor einiger Zeit angekündigt, daß bis Jahresende die 1980 eingeführte „Sonderwährung" für Ausländer aufgehoben wird. Die Rückkehr zur „einheitlichen" Währung Yuan wird China ermöglichen, wieder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beizutreten. Peking kann nach der Wiederaufnahme in den IWF Kredite beantragen, die als Folge der hohen Defizite im Außenhandel dringend benötigt werden. Das Defizit hatte 1985 14,9 Mrd. Dollar und im ersten Halbjahr 1986 6,37 Mrd. Dollar erreicht. Die Schwierigkeiten des Außenhandels hatten China erst Anfang Juli zu einer Abwertung des Yuan von 15,8 Prozent veranlaßt.

Gleichzeitig mit der Ankündigung einer Reform des monetären Systems gab die chinesische Staatsbank bekannt, daß die in China installierten und völlig von ausländischem Kapital kontrollierten Gesellschaften in Zukunft Kredite beantragen können.

Die Maßnahme fällt in den Rahmen einer Reihe von Beschlüssen der Notenbank zur Förderung der ausländischen *Investitionen. Diese* erreichten zwischen 1979 und Mitte 1986 24,9 Mrd. Dollar. Im ersten Halbjahr gingen die Kontrakte für ausländische Investitionen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 20 Prozent zurück. Es ist die erste Abschwächung seit der 1979 eingeleiteten Öffnung zum Ausland und wird auf Funktionsschwierigkeiten der „gemischten Gesellschaften" zurückgeführt.

Spezialisten in Bedrängnis

Elektronikriesen entdecken die künstliche Intelligenz

CATHERINE ARNST, Boston

Der Markt der künstlichen Intelligenz (KI) ist in Bewegung geraten. Die großen Elektronikfirmen Digital Equipment, Apollo Computer, Sun Microsystems und selbst der Branchenriese IBM sind dabei, ihre Allround-Computer für KI nutzbar zu machen und so den hochspezialisierten Herstellern wie Symbolics die Kunden abzuwerben. Der Konkurrenzkampf wird auch über den Preis ausgetragen.

Die traditionellen Hersteller bieten ihre Geräte weitaus preiswerter an als Symbolics, Texas Instruments, Lisp Machine oder Xerox. Symbolics, der älteste und mit einem Marktanteil von rund 58 Prozent der weitaus größte unter den KI-Fertigern, wird in diesem Jahr möglicherweise mehr als 100 Mill. Dollar Erlöse erzielen. Doch Experten fragen sich nun, woher künftige Wachstumsraten kommen sollen. Letztendlich würden Symbolics-Rechner wohl nur noch zur Entwicklung von KI-Software eingesetzt werden, sagt Harvey Newquist vom US-Marktforschungsinstitut DM Data. Denn für die Praxis seien sie einfach zu teuer.

Den Preistrend hat auch Symbolics erkannt und zum ersten Mal während seines fünfjährigen Bestehens einen Einführungspreis von unter 50 000 Dollar angekündigt. Für Modelle der laufenden Produktreihe nahm das Unternehmen die Preise um bis zu 31 Prozent zurück. Nach Einschätzung des Aktienexperten Curt Monash vom Brokerhaus Paine Webber geben die Preisrücknahmen Symbolics eine „starke Wettbewerbsposition gegenüber den traditionellen Hardware-Herstellern".

Im Gegensatz zu gängigen Computern, die lediglich Zahlenmaterial verarbeiten und damit eigentlich nichts anderes sind als hochspezialisierte Rechner, sind KI-Geräte in Anlehnung an das menschliche Gehirn gebaut. Sie sollen Objekte erkennen, Sprachen verstehen, überlegen und schlußfolgern können. Derzeit wird künstliche Intelligenz etwa zur medizinischen Diagnose oder bei der Suche nach ergiebigen Ölquellen genutzt. Mit Hilfe der Computersprache „Lisp" können die Computer Verbindungen zwischen Symbolen ziehen.

Obgleich jeder Computertyp auf das Verstehen von Lisp getrimmt und damit für KI-Zwecke umgebaut werden kann, sind die größten intelligenten Rechner speziell für diese Sprache konstruiert. Das erklärt den hohen Preis von 50 000 bis 200 000 Dollar.

Doch selbst wenn die traditionellen Gerätehersteller mit Hilfe der Chips ihre Marktanteile auf Kosten der KI-Macher vergrößerten, gibt es für Firmen wie Symbolics neue Arbeitsfelder. Der Entwicklungsbereich wird dann größer und damit auch die Nachfrage nach noch mehr spezialisierten Rechnern. (rtr)

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Textilgespräche gescheitert

Washington (VWD) – Die Gespräche der Handelsbeauftragten Japans und der USA, die eine Neufassung des bilateralen Textilabkommens zum Ziel hatten, sind ir. Washington gescheitert. Der US-Chefunterhändler Carlisle erklärte, die Verhandlungen hätten sich festgefahren, und es sei keine neue Gesprächsrunde vereinbart worden.

„Gruppe 77" eröffnet

Kairo (dpa/VWD) – Die „Gruppe 77", ein Zusammenschluß von Staaten der Dritten Welt, hat gestern in Kairo ihre diesjährige Konferenz eröffnet. Engere Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel stehen im Mittelpunkt der einwöchigen Tagung.

Per Saldo profitiert

Frankfurt (Wb.) – Die Rütgerswerke AG sind im ersten Halbjahr 1986 auch mit ihren kohlestämmigen Chemieprodukten in den Sog der sinkenden Ölpreise geraten. Die Folge war ein Rückgang der Umsätze um 9 Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Bei unveränderten Preisen wäre ein Zuwachs von 6 Prozent herausgekommen. Da den Preiseinbußen auch Einsparungen bei den eigenen Rohstoff- und Energiekosten gegenüberstanden, fiel das Halbjahresergebnis höher aus als im Vorjahr.

Aktive Juli-Bilanz

Paris (J. Sch.) – Nach drei Defizitmonaten ist die französische Handelsbilanz im Juli wieder aktiv geworden. Nachdem die Exporte (gegenüber dem Vormonat) um 3,4 Prozent auf 74,6 Mrd. Franc (fob) gestiegen waren, während die Importe um 0,4 Prozent auf 73,1 Mrd. Franc (fob) zurückgingen (jeweils saisonbereinigt), entstand ein Überschuß von 1,5 Mrd. Franc, was eine Verbesserung um 2,8 Mrd. Franc bedeutet.

Polen zahlte zurück

Bonn (A.G.) – Die Volksrepublik Polen hat im Rahmen der drei Umschuldungsabkommen von 1980 bis August dieses Jahres insgesamt Zahlungen von 458,6 Mill. DM an die Bundesrepublik geleistet. Das teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, Friedrich Voss, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage mit.

Asche führt mehr ab

Hamburg (VWD) – Der Pharma-Hersteller Asche AG, Hamburg, wird für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung an die 100prozentige Muttergesellschaft Schering AG, Berlin und Bergkamen, um ein Fünftel auf 6,02 (5,0) Mill. DM steigern. Der Jahresüberschuß in gleicher Höhe wurde durch eine überplanmäßige Steigerung des konsolidierten Umsatzes um 8,5 Prozent auf 83,2 (76,7) Mill. DM und durch eine Verlagerung zu ertragsstarken Produkten beeinflußt.

Leistritz wird AG

Nürnberg (VWD) – Die Leistritz Maschinenfabrik GmbH, Nürnberg, soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, ein Gang an die Börse sei vorerst nicht geplant. Wie das 1905 gegründete Unternehmen mit über 2300 Mitarbeitern in fünf inländischen Werken sowie drei Tochterunternehmen in den USA weiter mitteilt, wird in diesem Jahr ein Umsatz von rund 250 Mill. DM erreicht.

Klöckner: Umsatzplus

Düsseldorf (J. G.) – Trotz Dollarkursverfall werde der auch stark auf den USA-Markt ausgerichtete Maschinenbau/Kunststoffverarbeitungsbereich der Klöckner-Werke AG, Duisburg, 1985/86 (30. 9.) sein Wachstum mit circa zehn (15) Prozent Plus auf etwa 2,6 Mrd. DM Weltumsatz fortsetzen, schreibt Vorstandschef Herbert Gienow in der Hauszeitschrift. „Wichtiger Schritt" sei der Anfang Juli vom Bundeskartellamt genehmigte Zusammenschluß der Getränkemaschinen-Beteiligungen H & K und SEN zu einem auch in Produktinnovation wirkungsvolleren Verbund mit 6000 Leuten und fast 900 Mill. DM Weltumsatz.

Goldproduktion wird forciert

China wächst zum wichtigen Welt-Lieferanten heran

VWD, Hongkong

Die Volksrepublik China treibt ihre Goldproduktion voran und hat im laufenden Jahr die Goldverkäufe kräftig ausgeweitet. Hintergrund dessen sind, so wird vermutet, die Anstrengungen der Regierung, die Devisenreserven wieder aufzustocken. Im Goldhandel tätige Bankiers am *Hongkonger Platz, der als wichtigster* Goldmarkt Asiens gilt, sprechen davon, daß die Volksrepublik zum Goldproduzenten mit Weltklasseniveau aufrücken wolle.

Der Löwenanteil des China-Golds wird via Hongkong vertrieben, der Rest geht über London, Zürich und New York. Der Blick auf die Goldimportstatistiken Hongkongs macht die Verlagerung der chinesischen Goldexportaktivitäten auf die Kronkolonie deutlich. Nach diesen Daten hat Peking 10,03 Tonnen Gold in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres nach Hongkong exportiert.

Parallel hierzu sank die gesamte Goldeinfuhr Hongkongs in diesen fünf Berichtsmonaten auf 31,71 Tonnen nach 105,5 Tonnen in der entsprechenden Vorjahreszeit. Ursächlich hierfür war der in dieser Zeit weitgehend stagnierende Goldpreis. Der Anteil der Volksrepublik an den Hongkonger Goldimporten sprang in der Berichtszeit auf knapp 32 (0,2) Prozent.

Der Großteil der laufenden Goldverkäufe stamme aus einer erhöhten Produktion Chinas und nicht aus den vorhandenen Goldreserven, verlautete aus Hongkonger Diplomatenkreisen. Die Goldproduktion Chinas hat im Gegensatz zu seinem stagnierenden Goldhort seit Jahren stetig und kräftig zugenommen.

Zahlen geheimgehalten

In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres hat sich Chinas Goldproduktion um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und damit ihr höchstes Niveau seit der Machtübernahme der Kommunisten erreicht. Die offiziellen Nachrichten aus China nennen allerdings keine absoluten Zahlen. Auch in der Vergangenheit wurde die effektive Goldproduktion stets geheimgehalten.

„China Daily" berichtete, daß die Goldmengen, die von ländlichen Goldsuchern zusammengeklaubt werden, kräftig zugenommen hätten. Diese auf eigene Rechnung nach *Gold schürfenden Ex-Landwirte* brächten alljährlich mehr als die Hälfte der gesamten Goldproduktion Chinas zusammen.

Auf eigene Rechnung

Experten schätzen Chinas jährliche Produktion an Primärgold auf 40 bis 50 Tonnen. Seit 1978 ermöglicht es die Pekinger Führung den Kollektiven sowie Einzelpersonen, auf eigene Rechnung Gold zu schürfen, jedoch mit der Auflage, es anschließend an den Staat zu verkaufen. Seitdem wächst die Goldproduktion Chinas mit einer Jahresrate von mehr als zehn Prozent. In ihrem jüngsten Fünfjahresplan peilt die rotchinesische Führung eine durchschnittliche Wachstumsrate der Primärgoldproduktion von jährlich 15 Prozent an.

Gemessen an der üblichen Entlohnung in der Volksrepublik, verdienen erfolgreiche Prospektoren recht gut. Der Alleinabnehmer China Gold Co. beziehungsweise Agenten des Ministeriums für metallurgische Industrie zahlen bieten Goldsuchern derzeit 895 Yuan (rund 510 DM) je Feinunze. Anfang 1985 bezahlte China Gold Co. noch 488 Yuan.

Durch den höheren Preis hat die Produktion deutlich zugenommen. Allerdings regt die Diskrepanz zwischen dem internationalen Goldpreis und dem, den China Gold Co. zahlt, zum „individuellen Export" an, was „China Daily" zur lauten Klage Anlaß gibt: Der Goldschmuggel habe ernste Ausmaße erreicht, moniert das Blatt. So hätten die mehr als 60 000 Goldsucher in der Provinz Qinghai im ersten Halbjahr 1986 nur ganze 300 Feinunzen an den Staat verkauft.

PERSONALIEN

Dieter Basziszta, Geschäftsführer von Wang Deutschland, wurde in den Aufsichtsrat der Wang Deutschland GmbH, Frankfurt, berufen.

Dr. **Markus Rauh**, Vorsitzender des Vorstandes der Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, ist mit sofortiger Wirkung zum Geschäftsführer und Vorstand der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH bestellt worden. Er hat die Nachfolge von Dr. **Gert Lorenz** angetreten, der in den Vorstand der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken berufen worden ist.

Axel Markus (42), Leiter der Administration der deutschen Philips Unternehmen, ist mit sofortiger Wirkung zum Geschäftsführer der Philips GmbH, Hamburg, bestellt worden.

Werbeeinnahmen der Medien sind gestiegen

hg. Bonn

Die Werbeaufwendungen der Wirtschaft sind im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf rund 5,6 Milliarden Mark gestiegen. Dies stellt die Nielsen Werbeforschung Schmidt + Pohlmann, Hamburg, in einer jetzt vorgelegten Analyse fest. Sie zieht daraus den Schluß, daß das Jahr 1986 den Werbeträgern voraussichtlich ein gutes Ergebnis bringen werde.

Am stärksten zugelegt haben die Dienstleistungsunternehmen: Sie gaben für ihre Werbung 33 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1985 aus; insgesamt waren es 241 Millionen Mark. Mit 21,6 Prozent etwas schwächer fiel der Zuwachs bei den Verkehrsmitteln und Einrichtungen aus; allerdings ist ihr absolutes Gewicht wesentlich größer, denn ihre gesamten Werbeausgaben summierten sich im ersten Halbjahr auf fast 710 Millionen Mark.

Die Branche Audio + Video stockte ihre Werbung um 20,5 Prozent auf 109 Millionen Mark auf; und ähnlich stark zugelegt, nämlich um 19,1 Prozent, haben die Anbieter von Büroeinrichtungen und EDV.

Es gibt allerdings auch Bereiche, in denen die Werbung zurückgefahren worden ist: So bei Textilien und Bekleidung, deren Ausgaben um 16,7 Prozent auf knapp 127 Millionen Mark schrumpften. Geschrumpft ist ebenfalls die Tabakwerbung; hier ging das Volumen um 10,8 Prozent auf 137 Millionen Mark zurück.

Aufgeschlüsselt nach Medien zeigt die Analyse für die Tageszeitungen einen Zuwachs der Werbeeinnahmen um 12,4 Prozent auf 1,6 Milliarden Mark im ersten Halbjahr. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in diesen Zahlen nur überregionale Werbung enthalten ist. Das größte Wachstum verzeichnete der Hörfunk mit einem Plus von acht Prozent bei den Werbeeinnahmen.

Wann Apotheker werben dürfen

ZAW. Koblenz

Standesrechtliche Regelungen der Apotheker, die Zeitungswerbung für Waren des Randsortiments völlig ausschließen, sind verfassungsrechtlich unzulässig. Das ist der Tenor eines Urteils des Landesberufsgerichts für Heilberufe beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz vom 18. Juni 1986 (LBG [H] A1/84).

Der Fall: Ein Apotheker warb in Zeitungsanzeigen für einzelne apothekenübliche Präparate. Daraufhin leitete die Landesapothekenkammer Rheinland-Pfalz ein berufsgerichtliches Verfahren gegen ihn ein. Die Richter werteten dies nicht als Verstoß gegen standesübliche Pflichten: Weder sei die Werbung marktschreierisch noch enthalte sie standesunwürdige Texte oder Bilder. Und da der Verbraucher zwischen apothekenpflichtigen Waren und dem Randsortiment unterscheiden könne, sei ein Verbot nicht erforderlich.



MEIN BAD-IDEAL Ideal Standard

Frauen entscheiden, wo die Männer baden gehen

SABINE SCHUCHART, Bonn

Der „begehrteste Junggeselle Deutschlands", der draufgängerische „Tatort"-Kommissar Schimanski alias Götz George, erweckt bei den Damen ungeahnte Reaktionen – zumal in leichtbekleidetem Zustand. Profitiert davon hat Ideal Standard, aus deren Badewanne der Mime von April an drei Monate in doppelseitigen Zeitungsanzeigen kletterte: „Dies war die erfolgreichste Werbekampagne, die wir je gestartet haben", zog der Sanitärhersteller jetzt Bilanz der 1,5 Millionen Mark teuren Aktion.

Ideal Standard versprach sich von der Kampagne, die von der Kölner Werbeagentur Robert Pütz betreut wurde, vor allem steigende Bekanntheit. Der Erfolg kam prompt: Allein rund fünftausend telefonische Reaktionen erhielt das Unternehmen seitdem, außerdem eine Vielzahl von Zuschriften.

Die überwiegend weiblichen Anfrager gelüstete es allerdings nicht nach Informationen über die Bad-Programme, sondern nach einem Abdruck von der Zeitungsanzeige. Der Sanitär-Hersteller gab daraufhin mehrere tausend Sonderdrucke in Auftrag. Denn schließlich ging es darum, den Slogan „Mein Bad-Ideal" zusammen mit dem Schimanski-Image beim Endverbraucher zu verankern.

In der Vergangenheit hätten die Sanitär-Hersteller den Badezimmer-Besitzer viel zuwenig im Visier gehabt, meint die Geschäftsführung. Inzwischen sei die Branche aber aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Die Sanitär-Industrie hat im ersten Halbjahr mit rund 7,8 Mill. Mark für die Werbung in Publikumszeitschriften im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 1985 mehr als das Doppelte ausgegeben.

Bei seiner Werbung setzt Ideal Standard zunehmend auf Breitenwirkung: Während in der Vergangenheit fast ausschließlich einzelne Badezimmer-Produkte in den typischen Wohn- und Bauherrenzeitschriften herausgestellt wurden und nur Zielgruppen erreichten, denen diese speziellen Erzeugnisse gefielen, will sich das Unternehmen von nun an auch in seiner Gesamtheit präsentieren. Dabei sollen die Anzeigen verstärkt in auflagenstarken Publikumszeitschriften geschaltet werden.

Besonders froh ist man, daß die „überwältigende Resonanz", die die „Initialzündung Schimanski" gehabt habe, vor allem von Frauen kam: Wenn auch die Frau in der Regel nicht über die finanziellen Neuanschaffungen im Bad das Sagen habe, so „entscheide sie doch, wo die Männer baden gehen". Damit die Männer wirklich in die richtige Badewanne steigen, will Ideal Standard seine Werbeaktion mit anderen Prominenten fortsetzen. Gedacht wird zum Beispiel an einen bekannten Rennfahrer oder Schwimmer.

Konfuser Engel

hg – Alles redet von Umweltschutz – auch die Werbung. Sie muß es tun, weil Verbraucher in diesem Bereich immer sensibler werden, wie etwa der wachsende Konsum phosphatfreier Waschmittel deutlich zeigt: Spricht die Werbung nicht die Sprache ihrer Zeit, wird sie nicht gehört. Sie muß sich allerdings davor hüten, den Mund zu voll zu nehmen. Wenn Verbraucher nicht nachvollziehen können, was die Werbung ihnen mitteilt, dann stiftet sie Verwirrung oder gerät sogar an den Rand der Irreführung.

Sogar der vom Umweltbundesamt vergebene „Blaue Engel" scheint dagegen nicht gefeit: So hat sich in diesen Tagen ein Lackproduzent beim Umweltbundesminister beschwert, weil Produkte, die schon immer wenig umweltbelastend waren, dieses Siegel nicht bekämen, während andere, wenn die in ihnen enthaltenen Schadstoffe einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten, es erhielten.

Woher soll der Kunde im Geschäft also wissen, daß der Artikel mit dem Siegel die Umwelt stärker belastet als die Alternative ohne den Engel? Er weiß es nicht, und deshalb hält zum Beispiel die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs den „Blauen Engel" schlicht für eine staatlich geförderte Irreführung von Verbrauchern.

So weit muß man freilich nicht gehen. Aber dieser Umweltengel verleitet Hersteller, die ihn nicht bekommen, dazu, sich selbst alle möglichen Umweltsiegel zu verpassen – schließlich geben sie ja viel Geld für die Suche nach schadstoffarmen Produktvarianten aus. Und dann werben sie damit, was ihnen nicht zu verdenken ist.

Dabei wird die Verwirrung meist noch größer; dies insbesondere dann, wenn Produkte unter dem Etikett „umweltfreundlich" ausgelobt werden. Denn derlei gibt es nicht; es gibt nur Produkte, die die Umwelt weniger belasten als andere. Und Versuche des Staates, Hersteller zur Produktion und Verbraucher zum Kauf umweltschonender Produkte zu veranlassen, steigern die Konfusion nur noch, denn es gibt keine objektiven Maßstäbe für Umweltverträglichkeit. So wirbt halt jeder, wie er kann, mit dem Begriff „Umweltschutz", wie er ihn versteht. Und am Ende weiß niemand mehr, was solche Werbung eigentlich meint.

RWE bleibt bei acht Mark Dividende

Bm. Bonn

Nach über zwei Jahren mit hohen Zuwachsraten hat die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, Essen, im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) mit 123 Mrd. kWh rund zwei Prozent Strom weniger abgesetzt. In einem Aktionärsbrief führt die Verwaltung diese Entwicklung auf die mildere Witterung, auf konjunkturelle Abschwächung in der Schwer- und Grundstoffindustrie sowie auf stärkeren Einsatz kundeneigener Kraftwerke zurück. Auch die Verbundlieferungen blieben hinter dem Vorjahr zurück.

Auf das Ergebnis des Berichtsjahres schlagen in größerem Umfang Abschreibungen auf Rauchgasentschwefelungsanlagen durch, aber auch die Kosten für Kapitaldienst haben sich erhöht. Da es aber gleichzeitig gelang, Kosten zu senken und Mehrerlöse durch eine Preiserhöhung zu erzielen, meint die Verwaltung, der HV voraussichtlich wieder eine Dividende von 8 Mark anbieten zu können. Erneut müsse aber auf eine Dotierung der Rücklagen verzichtet werden. Der Konzernaußenumsatz ist um 1,6 Prozent auf 28,9 Mrd. DM gestiegen, der der RWE allein um 6,5 Prozent auf 16 Mrd. DM. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich geringfügig auf etwas über 70 000 erhöht.

Investiert wurden im Konzern 4,8 Mrd. DM, das sind 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei der RWE betrug das Plus sogar 22 Prozent auf 2,6 Mrd. DM. Hier schlägt sich die Nachrüstung der Kohlenkraftwerke mit Rauchgasentschwefelung nieder. Dafür wurden allein 3 Mrd. DM ausgegeben. Mit Nachdruck wird auch an den Techniken zur Verminderung der Stickoxidemissionen gearbeitet.

Der Umsatzanteil der Bereiche Chemie und Mineralöl ist zurückgegangen. Eine positive Entwicklung nahmen der Anlagen- und Maschinenbau.

Große Gewinner, aber auch Verlierer

Der amerikanische Kongreß erarbeitet einen Kompromiß für die Steuerreform

VWD, Washington

Der von den Vermittlern im US-Kongreß am Wochenende erzielte Kompromiß über eine Steuerreform-Gesetzgebung wird der Industrie in einigen Bereichen zwar höhere Steuern auferlegen, doch fällt der Entwurf für viele Branchen etwas günstiger aus, als der vom Repräsentantenhaus vorgelegte Plan oder der ursprüngliche Vorschlag des Finanzministeriums. Die Öl- und Gas-Unternehmen werden beispielsweise einen Großteil ihrer Steuervergünstigungen behalten können, die sie zu einem der am niedrigsten besteuerten Industriezweige in den USA gemacht haben. Zu den großen Verlierern des Kompromiß-Pakets zählt dagegen die Schwerindustrie, die sehr stark von den Steuergutschriften für Sachanlage-Investitionen (sechs bis zehn Prozent) abhängt, die rückwirkend zum 1. Januar 1986 wegfallen sollen.

Zu den Nutznießern zählen an erster Stelle Unternehmen, die geringe Sachanlageinvestitionen tätigen, aber derzeit hohe effektive Steuersätze zahlen müssen. Sie profitieren besonders von der Senkung des Höchststeuersatzes auf 34 (46) Prozent. Allgemein gehören zu den Gewinnern voraussichtlich Groß- und Einzelhandels- sowie Dienstleistungsunternehmen und Hersteller von Konsumerzeugnissen.

„200-Prozent"-Methode

Im einzelnen sind folgende wesentliche Änderungen in dem Kompromißpaket enthalten:

● Abschreibungen: Investitionen in bestimmte kurzlebige Aktiva können über drei Jahre abgeschrieben werden, bei Pkw- und Leicht-Lkw sind es fünf Jahre (bisher drei Jahre) und für die meisten Ausrüstungen für die verarbeitende Industrie sieben (bisher fünf) Jahre. Einige langlebige Ausrüstungen können über zehn Jahre abgeschrieben werden. Für die meisten Ausrüstungs-Abschreibungen kann die degressive „200-Prozent"-Methode angewandt werden. Investitionen in den Mietwohnungsbau können künftig nur zum jährlich gleichen Satz über 27,5 Jahre abgeschrieben werden, Geschäftsbauten über 31,5 Jahre (bisher 19 Jahre). Kleine Unternehmen sollen in einem einzigen Jahr bis zu 10 000 Dollar für Ausrüstungsinvestitionen abschreiben dürfen.

● Steuersätze: Die Verringerung der Höchststeuersätze für die Unternehmen, die jedoch erst Mitte 1987 greifen wird, hätte für 1987 einen durchschnittlichen Satz von 40 Prozent zur Folge. Bei der gleichzeitigen Eliminierung vieler steuerlicher Vergünstigungen zum 1. Januar 1987 würde dies eine besonders starke Belastung im kommenden Jahr bedeuten. Kleinunternehmen soll auch in Zukunft ein relativ niedriger Durchschnittssatz eingeräumt werden, während die Besteuerung für Unternehmen mit mehr als 100 000 Dollar Gewinn steigt. Die Steuer auf Kapitalerträge wird auf 34 (28) Prozent erhöht. Abschreibungen für Dividendenzahlungen der Unternehmen an ihre Aktionäre sollen nicht mehr möglich sein, die Abschreibungen für erhaltene Dividenden werden auf 80 (85) Prozent verringert. Für bestimmte Betriebsausgaben sollen die Abschreibungen auf 80 Prozent begrenzt werden.

● Auslandssteuern: Die Abschreibungsmöglichkeiten für Zinsen auf Kredite, die in den USA aufgenommen wurden, aber tatsächlich den ausländischen Aktivitäten zugute kommen, sollen ebenso begrenzt werden wie die Nutzung ausländischer Steuergutschriften zum Schutz der passiv im Ausland erzielten Gewinne sowie für von US-Banken im Ausland herausgelegte Kredite. Auf Drängen von Finanzminister Baker wurden jedoch die Vorschriften für Bankkredite an bestimmte Schuldnerländer gelockert.

● Steuer-Gutschriften für Investitionen: Die Streichung dieser Steuergutschriften rückwirkend zum 1. Januar 1986 wird der größte Posten zur Erhöhung der Steuereinnahmen in den kommenden fünf Jahren sein und etwa 150 Mrd. Dollar bringen. Sie ist auch die Hauptmaßnahme zur Anhebung der Steuern für Unternehmen in kapitalintensiven Branchen wie Stahl, Kfz und Chemie.

● Betriebsverluste: Besonders streng sollen die Vorschriften für die Begrenzung von steuerlichen Vorteilen bei Betriebsverlusten gefaßt werden, wenn neue Besitzer mehr als 50 Prozent eines solchen Unternehmens erwerben.

● Bilanzierungsänderungen: Mehr als 50 Mrd. Dollar sollen bei den Unternehmen in den kommenden fünf Jahren durch Bilanzierungsänderungen an neuen Steuern aufgebracht werden. Genaue Details werden teilweise noch vom gemeinsamen Steuerausschuß des Kongresses erarbeitet.

Keiner soll sich drücken

● Steuerbefreite Anleihen: Das Ausgabevolumen solcher Anleihen soll für die einzelnen Emittenten (Bundesstaaten) limitiert werden, und die Käufer sollen auf viele bisher allgemein steuerbefreite Anlageinstrumente künftig Steuern entrichten. Immobilien- und Versicherungsgesellschaften dürfen ihre Erträge aus steuerbefreiten Anleihen versteuern. Auch sollen die Gebühren für Anwälte und Underwriter bei Geschäften mit solchen Emissionen begrenzt werden.

● Forschung und Entwicklung: Die Steuergutschriften für eine Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei Technologie-Unternehmen sollen um weitere drei Jahre verlängert werden, der Satz jedoch auf 20 (25) Prozent reduziert werden.

● Mindeststeuersatz: Der Gesetzentwurf enthält einen Mindeststeuersatz von 20 Prozent, um zu verhindern, daß große und ertragreiche Unternehmen sich um Steuerzahlungen ganz „drücken" können.

Product Placement – unzulässig?

Filmemacher und Produkthersteller sollten mit diesem Instrument vorsichtig umgehen

JOCHEN DREYER, Hamburg

Wem ist es nicht schon einmal im Kino oder Fernsehen aufgefallen: Da hat doch eben der Kommissar einen Whisky getrunken, und zwar – erkennbar an der Flasche – einen Whisky der Marke X. Sein Assistent hat ihm – nur für einen Augenblick, aber doch lange genug, um vom Zuschauer bemerkt zu werden – aus der geöffneten Packung Y eine Zigarette angeboten.

Dies sind nur zwei Beispiele für Product Placement. Fälle dieser Art gibt es inzwischen reichlich.

Wie funktioniert so etwas? Es treffen sich zwei Interessen. Die Filmemacher haben ein Interesse an zusätzlichen Geldquellen. Die Hersteller haben ein Interesse, daß ihr Produkt möglichst zwanglos und dramaturgisch angemessen dem Zuschauer in einem möglichst attraktiven Umfeld vorgestellt wird. Beide Interessen decken sich, weil dramaturgisch an dieser Stelle des Films sowieso ein Produkt der tatsächlich dargestellten Art verwendet werden muß. Warum soll dann nicht der Hersteller bevorzugt werden, der bereit ist, dafür zu bezahlen?

Ist dann aber Product Placement nichts anderes als Schleichwerbung? Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß sie für den Zuschauer nicht als Werbung des jeweiligen Herstellers erkennbar ist, sondern er sie für die Äußerung eines nach seiner Meinung neutralen Dritten hält. Weil er eine solche Äußerung in aller Regel unkritischer als entsprechende Behauptungen des Herstellers bewertet, er insoweit also getäuscht wird, wird Schleichwerbung zu Recht grundsätzlich als rechtswidrig angesehen. Ist damit Product Placement grundsätzlich genauso als unzulässig anzusehen wie etwa die redaktionelle Werbung?

Mag die Antwort auf diese Frage auf den ersten Blick eindeutig sein, wird bei näherer Auseinandersetzung eine differenzierte Betrachtungsweise Platz greifen müssen. Denn Product Placement in dem vorstehenden Sinn unterscheidet sich von der üblichen Schleichwerbung in einem wesentlichen Punkt: Schleichwerbung erscheint nur wegen des Werbeeffekts, sie ist nicht handlungskonform. Demgegenüber muß das Produkt, das im Rahmen des Product Placements gezeigt wird, aus dramaturgischen Gründen sowieso verwendet werden. Es besteht also ein unmittelbarer Bezug zum Handlungsablauf. Kann es dann aber dem Zuschauer nicht egal sein, aus welchen Gründen das Produkt der Marke X und nicht der Marke Y bevorzugt wurde?

Wenn man außerdem berücksichtigt, daß Markenartikel – und nur um solche geht es in der Regel beim Product Placement – Teil unserer Lebensrealität sind, fällt die Beurteilung, Product Placement in jedem Falle als Schleichwerbung und damit als unzulässig anzusehen, schon erheblich schwerer. Andererseits wird hieraus deutlich, daß es im wohlverstandenen Interesse von Filmemacher und Produkthersteller liegt, mit diesem Instrument – wenn überhaupt – zurückhaltend und sehr vorsichtig umzugehen. Der Bereich der eindeutigen Unzulässigkeit ist schnell erreicht.

Natürlich könnte man, um die Abgrenzung zu erleichtern, daran denken, Filmemacher und Produkthersteller, ähnlich wie beim Sponsorship, zu verpflichten, Product Placement in geeigneter Weise als Werbung zu kennzeichnen, etwa nach Maßgabe der Grundsätze, die von der Rechtsprechung für redaktionelle Werbung entwickelt worden sind. Eine solche generelle Verpflichtung würde aber sicherlich zu weit gehen und in vielen Fällen auf erhebliche praktische und rechtliche Schwierigkeiten stoßen.

Noch unangebrachter wäre es, wegen des Product Placements eine Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) zu fordern. Das deutsche UWG gilt nicht zu Unrecht als eines der schärfsten Wettbewerbsgesetze in der ganzen Welt. In Anwendung dieses Gesetzes war die Rechtsprechung bisher immer in der Lage, neue Möglichkeiten der Produktdarstellung in den Griff zu bekommen. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb es beim Product Placement anders sein sollte.

Aktien wieder aufwärts

Selektive Auslandskäufe gaben den Anstoß

DW. – Ausgehend von Nixdorf, Springer, Henkel und einigen anderen Spezialpapieren, für die Ausländer Interesse zeigten, setzte sich im Verlaufe auf dem Aktienmarkt wieder eine allgemeine Aufwärtsbewegung durch. Beteiligt daran war auch der Berufshandel, der sich am Wochenende weitgehend glattgestellt hatte und nun Raum für neue Engagements besaß. Gegen Börsenschluß kam es auf der erhöhten Basis gelegentlich zu Gewinnrealisationen, so daß nicht alle Papiere zu den höchsten Tageskursen schlossen.

Ein Geschäftsschwerpunkt lag bei den Autoaktien. Lebhafter Handel in VW-Aktien. Bei ihnen wird die bevorstehende Kapitalerhöhung (unter Nichtbeteiligung des Bundes) nicht länger als Belastung angesehen. Rege Umsätze auch in den Bankaktien. Sie profitierten von der Spekulation auf weitere Zinssenkungen, auch wenn sie derzeit nicht in Sicht sind. Als Kaufgrund diente bei den Banken auch die anhaltend gute Ertragslage. Die Bundesbank bescheinigt den Kreditinstituten in ihrem jüngsten Monatsbericht eine weitere innere Festigung. Wenig spektakulär waren die Tagesgewinne bei den Chemieaktien, sie haben aber die am Freitag eingetretenen Einbußen wieder voll ausgeglichen. Puma-Aktien konnten sich nach dem Schwächeanfall am vergangenen Wochenschluß erholen und pendelten um 1100 DM.

Frankfurt: Agiv konnten sich um 6 DM auf 460 DM erholen. Fest tendierten Henninger mit plus 8,20 DM auf 175,20 DM. Henkel zogen um 9 DM und IWKA um 8 DM an. Weiter abwärts gingen Boss um minus 90 DM und Escada um minus 30 DM.

Düsseldorf: Alexander verminderten sich um 2 DM, Leffers um 3 DM und Rhenag um 5 DM. Sinn gaben um 10 DM nach. Hoffmann's Stärke verbesserten sich um 13 DM und Kochs Adler um 14 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan verbesserten sich um 5,90 DM, Phoenix Gummi erholten sich um 2 DM. Holsten Brauerei stiegen um 7 DM und Bavaria Brauerei um 6 DM.

Berlin: Springer zogen um 20 DM, Berliner Bank um 14,50 DM und Schering um 9 DM an. Orenstein stockten um 8,50 DM auf. Berthold und Rheinmetall St. wurden um je 6 DM und Bekula um 5,80 DM heraufgesetzt.

München: Aigner verminderten sich um 3,50 DM, AKS um 8,30 DM und Escada um 80 DM. Agrob St. lagen um 9 DM, Flachglas um 12 DM, Hutschenreuther um 25 DM und Patrizier um 8 DM fester.

Stuttgart: Daimler konnten sich um 21 DM steigern. Salamander legten 3 DM zu. ASS konnten nach Plus-Ankündigung 21 DM auf 220 DM hinzugewinnen. Hoher stockten um 14,50 DM auf. Boss verminderten sich um 95 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 279,62 (275,46)
WELT-Umsatzindex: 3712 (3860)
Advance-decline-Zahl: 128 (61)
38-Tage-Linie: 259,97 (259,81)
200-Tage-Linie: 275,87 (275,69)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		18.8.	15.8.
H	Aach M Betl. 12,5	2220	2200
H	Aach. M. Vers. 7	1760	–B
D	Aach. Rück. 9	2850	2750T
D	Asgag *4	360G	360G
M	Ack-Gögg. 8	167bG	geschl.
H	Adca 3	178	172
D	Adler 12+16	300	299
F	AEG 0	320,6	312,5
D	AEG KABEL 9	410bG	400bB
S	Aesculap 9	428	408
F	AGAB 5	172	173
D	Agrippina *0	3650	3800

		18.8.	15.8.
F	Cobk.Genußsch.	120,7	120,9
D	Conc. Chem. 4,5	234G	234G
B	Conc. Spinne * 0	510G	510G
D	Contigas 8	340G	348
D	Conti Gummi 5	319,7	318,2
D	Dahlb. St. 7,75	278	278
D	dgl. Vz. 14,75	396G	396G
S	Daimler 12+2,5	1253	1231
M	Deckel AG 6	215bG	geschl.
D	Dt. Atl. Tel.10	670G	655G
D	Dt. Babcock St. 3	190	192
D	dgl. Vz. 3,5	183	184
F	Dt. Bank 17	832	820
D	Dt. Centraboden 12	818	812T
D	Dt. Conti Rück 0	3850G	3850G

		18.8.	15.8.
H	Hdl. Lüb. 9	585rG	–G
Hn	Hann. Papier 6	230,5	236
H	Hamstorf 0	38,8	38,5bB
D	Harpener 11+1	324	314
F	Hartm. & B.St. 6	2580T	2550T
F	dgl. Vz. 6	1500T	1480G
M	Hasen-Bräu 9	930	geschl.
S	Heidelb. Zem. 7	620	605G
M	Heilit & W. 5	274G	geschl.
D	Hein, Lehm. *6	290bG	290T
D	Heinr. Ind. *16+2	650bB	650bB
D	Henkel 3	445	435,5
F	Henninger 2	175,2	167
B	Herlitz 7	182	176
B	dgl. Vz. 7,8	167	164
B	Hermes 8	820G	790G

		18.8.	15.8.
F	dgl. Vz. 7,5	330G	330G
D	Mannesmann 6	185	183,8
F	Mannh. Vers. 8	930	920
H	Martz & K. 8	206	210
F	MAN St. 5,8	239	234
F	dgl. Vz. 5,5	196	192
F	MAN-Rol. 20,2	550G	550
F	Massa	439	434
S	M.Müll.Weing. *0	300bG	300G
D	Mauser 0	84bG	83,5
F	Mercedes 10,5	1097	1069
F	Metallges. 6	317	315
S	Met. u. Lack 0	104	104G
S	Müag 6,5	451G	451G
F	Moenus 0	85	53,5
F	Monachia 5	2540G	2560G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Optionshandel

Auslandszertifikate

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



Noch keine Zinssenkungszeichen

Da die Bundesbank auch bei ihrem jüngsten Wertpapierpensionsgeschäft kein Zeichen in Richtung Zinssenkung gesetzt hat, hielten sich auf dem Rentenmarkt die Käufer betont zurück. Die Umsätze waren daher auf allen Marktgebieten relativ gering. Regulierungen wurden auf der bisherigen Renditebasis vorgenommen. Die Hoffnung auf eine Zinssenkung innerhalb der nächsten vier Wochen ist zwar nicht aufgegeben worden, sie drückt sich aber vorerst nur in einer Zurückhaltung der Verkäufer aus.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen zum Wochenschluß die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester notierte Kakao. Zumeist bis um das Limit höher ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.8.	14.8.
Sept.	257,75-257,50	258,50
Dez.	259,75-260,00	260,00
März	257,25	258,50-258,75

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

15.8.	14.8.
30,00	30,00

Devisenterminmarkt

Aufgrund rückläufiger Sfr-Zinssätze erhöhten sich am 18. 8. die Reports gegen D-Mark, insb. bei längeren Fälligkeiten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,36-0,26	0,89-0,79	1,72-1,52
Pfund/Dollar	0,49-0,47	1,29-1,26	2,46-2,41
Pfund/DM	2,10-0,70	4,50-3,10	8,10-6,70
FF/DM	15+1	29-13	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.8.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 18.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18.8.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅛-6¾	4⅝-4⅞	4-4¼
3 Monate	6-6¼	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
6 Monate	6-6⅛	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	970,00	1288,20
5 US-Dollar (Indian)**	605,00	o. Ware
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	188,00	237,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	179,25	227,15
20 belgische Franken	139,75	185,54
10 Rubel Tscherwonez	184,00	237,12
2 südafrikanische Rand	172,00	217,74

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,40, Rendite 5,41.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 18.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,165	6,30
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,80	5,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,50	6,14
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	140,00	8,89
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,59	5,20
DSL-Bank R.265	180,00	2.7.90	82,18	5,20

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

Euro-Yen

New Yorker Finanzmärkte

Sechs Jahre im Griff des „DDR"-Geheimdienstes

Handelsware Mensch

Der Diplom-Physiker Horst Hiller aus Dresden, der am 17. Mai 1977 mit seiner Frau am Grenzkontrollpunkt Marienborn aus dem Fluchtversteck geholt und festgenommen wurde, war ein angesehener Wissenschaftler in der „DDR" gewesen. Als Spezialist für Computertechnik bezog er ein hohes Gehalt. 1971 war er für eine Erfindung im Kollektiv sogar mit dem Nationalpreis 1. Klasse ausgezeichnet worden.

Im Sommer 1983 wurde er als politischer Häftling aus dem Zuchthaus Brandenburg freigekauft, da war seine bürgerliche Existenz längst vernichtet, seine Ehe gescheitert und sein für die berufliche Zukunft erforderliches Fachwissen veraltet. Als der



Bus mit der „Handelsware Mensch" ins Lager Gießen einfuhr – und mit diesem Satz endet sein Buch – empfand er: „Ich war nun ganz allein und bettelarm."

Diesen schmucklosen Bericht darüber, wie hier in sechs Jahren durch die Praktiken des „DDR"-Geheimdienstes ein Leben zerstört wird, liest man selbst dann mit wachsendem Entsetzen, wenn man die Zustände in den „DDR"-Zuchthäusern kennt. Dieses genau kalkulierte „Verfahren", einen hochbegabten, aber parteilosen Wissenschaftler physisch und psychisch zu ruinieren, setzte bereits während der auf 16 Monate ausgedehnten Untersuchungshaft in Magdeburg und Dresden ein.

Einen Abteilungsleiter im Chemieanlagenbau zu verhaften, dessen Arbeit von den Ostberliner Ministerien gefördert wurde, dessen populärwissenschaftliche Vorträge die Dresdner Bevölkerung schätzte und der in westdeutschen Verlagen zwei Standardwerke veröffentlicht hatte – das war selbst den abgebrühten „Vernehmern" des „Ministeriums für Staatssicherheit" äußerst peinlich. Einen solchen Mann konnte man nicht nur wegen versuchter „Republikflucht" belangen, man mußte ihn entweder zur Mitarbeit verpflichten und dann sofort freilassen oder aber ein weit schwereres Delikt, nämlich Spionage, anhängen: „Ganz offensichtlich war ihnen der Fall unangenehm. Sonst hätten sie mir nicht dieses Angebot gemacht ... Ich war Nationalpreisträger, das war dumm. Ein Mann mit hoher staatlicher Auszeichnung wollte wegen andauernder Schikanen die DDR verlassen. Und der Mann war bekannt."

Daß der 1931 geborene Horst Hiller dieses teuflische Spiel, das mit ihm getrieben wurde, nicht oder zu spät durchschaute, kann man ihm kaum vorwerfen. Als er das Angebot zur Mitarbeit als Stasi-Spitzel abgelehnt und seine Frau die Scheidung vorerst verweigert hatte, teilte man ihm am 20. Dezember 1977, mit voller Berechnung vier Tage vor Weihnachten, mit, daß nun auch wegen „Spionage" gegen ihn ermittelt werde. Die von ihm auf Verlangen der „Staatssicherheit" niedergeschriebenen Protokolle über Mißstände in seinem Betrieb wurden nun gegen ihn verwendet.

Dabei war es unerheblich, daß keinerlei Spionageabsicht nachgewiesen werden konnte. Allein sein umfangreiches Fachwissen galt als „Beweis" dafür, was er alles „hätte verraten können". Betriebsdokumente, die in mehreren Kopien vorhanden waren und im Prozeß am 6. September 1978 seine Unschuld hätten erweisen können, blieben unauffindbar.

Statt dessen wurden einstige Kollegen als „Gutachter" gegen Horst Hiller aufgeboten. Daß er von der Kooperation zwischen einer „DDR"-Fabrik bei Cottbus und einem Sowjetbetrieb in Kiew wußte, was als „Staatsgeheimnis" galt, wurde zum Spionagevorwurf erhoben – obwohl Hiller eine Ausgabe des „Neuen Deutschland" beibringen konnte, in der eine umfangreiche Reportage über diese Kooperation mit dem „sowjetischen Brudervolk" erschienen war.

Jeden Vorwurf, außer den der „Republikflucht", konnte er entkräften, dennoch wurde er zu achteinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Als seine Frau sich hatte scheiden lassen und er vom Zuchthaus Brandenburg aus seinen Nationalpreis zurückgab, wurde er in den Westen abgeschoben.

JÖRG BERNHARD BILKE

Horst Hiller: „Sturz in die Freiheit. Von Deutschland nach Deutschland". – Universitas-Verlag, München. 336 S., 29,80 Mark.



Landschaft, so kostbar wie Gebäude: Die Villa Imperiale in Galliera öffnet ihre Pforten für einen Blick auf Schöpfungen des Landschaftsarchitekten und Szenografen Francesco Bagnara FOTO: DIE WELT

„Der Garten und die Bühne": Francesco Bagnaras Werk in der Provinz Padua

Grüne Monumente der Melancholie

Seine Bühnenbilder waren von romantischen Parks inspiriert. Die Parkanlagen, die er für venezianische Villen schuf, sahen aus wie Bühnenbilder: Francesco Bagnara (1786–1866), dem letzten Inhaber des Lehrstuhls für Landschaftsarchitektur an der Universität Venedig und Szenografen des Opernhauses „La Fenice" ist die Ausstellung „Der Garten und die Bühne" in der Villa Imperiale von Galliera (Provinz Padua) gewidmet. Der Park der Villa gehört zu seinen berühmtesten Schöpfungen.

Naturparks im englischen Stil sind rar im Italien der „italienischen Gärten", die zum Vorbild für Versailles wurden. Seitdem mit der Renaissance die antike Villenkultur als Ort der Muße im Schoß der Natur wieder auflebte, umgab man die Landhäuser mit geometrischen Gärten, die die Ordnung der Architektur in grünen Ornamenten fortsetzten.

Auch die etwa 4000 Villen im Veneto, für die Kaufleute Venedigs vom 16. bis 18. Jahrhundert erbaut, besaßen streng stilisierte Gärten, bis sich, nicht zuletzt durch den Einfluß des österreichischen Kaiserhauses, im 19. Jahrhundert die Freude an der (raffiniert angelegten) romantischen Natur durchsetzte. Der Park der Villa Imperiale und eine Reihe für die Zeit der Ausstellung geöffneter Parks und Gärten der umliegenden Villen machen deutlich, daß die „Grünen Monumente" ebenso kostbar und erhaltenswert sind wie die Gebäude. Die kleine Gemeinde Galliera gibt dabei mit großem finanziellen Einsatz ein Beispiel: Sie hat jetzt begonnen, den Park, der nur noch ein Schatten seiner einstigen melancholisch-theatralischen Schönheit ist, wiederherzustellen.

Die Ausstellung nun, von der Architektin Paola Bussadori in einem schönen Katalog beschrieben, zeigt neben den Bühnenbildern Bagnaras in Stichen und Reproduktionen Bilder von Festen und Aufführungen in französischen und italienischen Gärten. Dazu als kostbare Kuriosa ein paar der „gläsernen Gärten", die als Tafelaufsatz begehrt waren, seitdem ihr Prototyp im 17. Jahrhundert in Murano für ein Bankett des Dogen geschaffen wurde.

Vor den Bildern in den Glasvitrinen, im Park und in den Gärten der „Ville Venete" zwischen Maisfeldern und rosa Tabakblüten befällt den Theaterfreund ein unbotsamer Zweifel: Sollte der große Palladio mit seinem ersten geschlossenen Theater im Geist der Antike, dem Teatro Olimpico im nahen Vicenza, ein Paradoxon geschaffen haben? Denn die griechische Tragödie, die hier ihre Wiedergeburt feierte, verlangt die Weite der Natur und des Himmels und wird auch vom schönsten illusionistischen Bühnenbild eingezwängt. Ist das Theater nicht darum wieder in die Gärten gezogen, auch wenn deren geometrische Ordnung nicht mehr den antiken Sinn der Unendlichkeit der Natur besaß? Dafür unterstrichen sie den künstlichen Zauber des Theaters, waren sie doch selbst kunstvoll von Menschen inszenierte Aufführungen der Natur.

Erst 1911 hat man in Italien mit einer Aufführung im römischen Theater von Fiesole den Reiz des Spiels unter freiem Himmel wiederentdeckt. Erst 1933, als Max Reinhardt in den Boboligärten von Florenz den „Sommernachtstraum" inszeniert hat, erfuhren die verzauberten Zuschauer, daß ein Garten (vorausgesetzt, der Wettergott ist gnädig) die schönste aller Bühnen sein kann. (Bis 7. Okt.; Katalog 20 000 Lire)

MONIKA VON ZITZEWITZ

Zur Ankunft von Sascha Anderson im Westen

Ein listiges Glückskind

Nun ist er also auch eingetroffen: Sascha Anderson, Leitfigur der halblegalen alternativen Kulturszene der „DDR", siedelte am Wochenende von Ost- nach West-Berlin über. Der 33jährige, in Dresden geborene Schriftsteller und Multi-Media-Künstler, wohl zweimal aus politischen Gründen kurz inhaftiert, stellte erst im Juni dieses Jahres den Ausreiseantrag. Der wurde prompt genehmigt.

Noch kurz vor seiner Übersiedelung hatte Anderson in der Ostberliner Samariterkirche, unweit der Staatssicherheitszentrale, eine viel beachtete Ausstellung unter dem Titel „Wort und Werk" initiiert. „Wort und Werk" heißt übrigens auch die am Friedrichshain etablierte Buchhandlung der Evangelischen Missionsgesellschaft. Versteht sich Anderson als Missionar, wenn ja, wen will er im grell-satten Westen mit seinen Botschaften erreichen?

In der „DDR" hatte er immerhin erreicht, im Prinzip ungeschoren mehrere Bücher im Westen Deutschlands herausbringen zu dürfen. Der Westberliner Rotbuch-Verlag machte ihn mit „Jeder Satellit hat einen Killersatelliten" (1981), „Totenreklame" (1983) und „Waldmaschine" (1984) als Links-Alternativen à la „DDR" bekannt. Letztmals sorgte er für einiges Aufsehen, als er mit der vorläufig noch in der „DDR" verbliebenen Elke Erb bei Kiepenheuer & Witsch die stellenweise literarisch und politisch befremdliche Anthologie „Berührung ist nur eine Randerscheinung – Neue Literatur aus der DDR" herausgab.

Um Anderson gerecht zu werden, muß man berücksichtigen, daß er der Typ des nur zu gut um seine Talente wissenden „DDR"-Avantgardisten mit Integrations-Organisationsfähigkeiten ist. Er textete für Punk- und Jazzbands, zum Schluß seiner „DDR"-Antikarriere für seine Rockgruppe „Fabrik", von der 1983 die Platte „eNDe" inoffiziell erschien. „Die Funktionäre sind im Widerstand", so soll der Refrain eines Anderson-Liedes gelautet haben. Nun ja. Hermann von Berg und so mancher andere lassen hoffen.

Wie auch immer, Anderson krankte zuletzt daran, daß er seinen seit der 1984er Ausreisewelle nach und nach in den Westen übergesiedelten Freunden, von denen so gut wie keiner den argen Weg der Erkenntnis durch „DDR"-Zuchthäuser absolvieren mußte, durch Wiedereinreiseverbote entfremdet wurde. Jetzt hat er fürs erste mit ihnen vor, ein ähnliches Projekt wie das in der Ostberliner Samariterkirche, nur ein wenig kommerzieller und internationaler, zu realisieren, in der Art seiner sogenannten „Zeithefte", wo Texte und Graphiken eine reizvolle ästhetische Sinn- und Lebensgefühl-Symbiose eingehen.

Es erscheint sicher, daß Anderson im Westen seinen Markt finden wird. Er ist eben nicht nur Künstler, sondern verfügt auch über die von Bertolt Brecht geforderte und reichlich überstrapazierte List, sie unter die Leute zu bringen. Sorgen muß man sich also um Anderson und seine Freunde nicht machen. Der berühmte Blick zurück im Zorn wird ganz sicher ausbleiben und somit jede aufklärerische Tiefenanalyse dessen, was die „DDR" im innersten zusammenhält.

Mit Anderson ist bestenfalls neuerlich ein „DDR"-Individualist herübergekommen, der sich in der realen und geistigen Enge des „DDR"-Ländchens umsah und allzu häufig auf Mauern blickte, hinter denen er, nach offizieller Lesart, auch noch wunschlos glücklich sein sollte. Nun hat er diese Mauer relativ problemlos durchschritten.

PETER-JOACHIM HOLZ

KULTURNOTIZEN

Das Teatr Nowy aus Posen kommt am 30. 9. und 1. 10. zu einem Gastspiel in die Frankfurter Schirn.

Förderer römischer Keramik treffen sich vom 6. bis 11. 9. in Worms zu ihrem XV. Internationalen Kongreß.

„Biskupin, ein polnisches Pompeji", heißt eine Ausstellung, die bis Ende August im Hamburger Helms-Museum und danach im Niederrheinischen Museum der Stadt Duisburg zu sehen ist.

Die 2. Foto-Biennale in Enschede zeigt vom 30. August bis 28. September aktuelle Arbeiten deutscher und holländischer Fotografen.

Dolores Jimenez ist 77jährig in Mexiko-Stadt gestorben. Die spanische Filmschauspielerin hatte in zahlreichen Komödien mitgewirkt.

Federico Garcia Lorca

Mysterium des Todes, Leichtigkeit des Irrealen

Heute vor 50 Jahren starb Federico Garcia Lorca zu Beginn des Bürgerkrieges in Spanien unter den Kugeln eines nationalen Erschießungskommandos einen unnötigen Tod. Er war gerade 38 Jahre alt geworden. An diesem Tag und unter dem Aspekt seiner brutalen Ermordung ein Portrait des größten spanischen Lyrikers nach San Juan de la Cruz zu zeichnen, birgt die Gefahr, seinem Leben und seinem Werk einen politischen Sinn zu geben, der ihm nicht gerecht wird.

„Das Theater muß immer auch ein soziales Theater sein," zitierte Lorca den Zeitgeist. Aber er ist deshalb kein bewußter Anhänger der Volksfront gewesen. Seine Freunde waren ebenso sehr jene Falangisten, denen ein Historiker wie Ian Gibson in seiner Dokumentation „Die Ermordung des Federico Garcia Lorca" heute die Schuld an seinem Tode geben möchte. Aber warum den Schlüssen des keineswegs neutralen irischen Hispanisten folgen, wenn dieser in einer anderen Dokumentation (über die Massenerschießung konservativer und liberaler Bürger durch Volksfront-Kommandos) den Verantwortlichen listigerweise selbst befragt – wohl wissend, daß dieser jede Schuld abstreiten wird.

Federico – ARD, 23.30 Uhr
Rückblende – West III, 20.45 Uhr
Nichts bleibt übrig als die Stille – NORD/HESSEN III, 22.30 Uhr
Chimäre (Oper von H. J. v. Bose) – NORD/HESSEN III, 23.30 Uhr

Das deutsche Publikum kennt Garcia Lorca vor allem aus seinen realistischen Dramen wie „Bluthochzeit", „Yerma" oder „Das Haus der Bernarda Alba". Lange Zeit sah man seine Werke nur im Ausland. Aber nicht, weil Franco seine Aufführung in Spanien verboten hätte, sondern, weil seine Familie dies untersagte. Lorcas eigentliches Wesen aber birgt seine Lyrik, „das Weh der Gitarre". Glücklich – und sicher – in der Attraktion des Widerspruches fand Garcia Lorca den Sinn des Sinnlosen.

Aber nicht der Surrealismus konstruierter Träume seines Freundes Dali, eher noch die Trauer Tennessee Williams', die ihn in New York wie eine Furie ansprang, vor allem aber die skurrile Weisheit der Kinder wiesen ihm den Weg seiner eigenen Poesie. Eugene Ionesco, der schließlich



Federico Garcia Lorca (1898–1936)

aus der gleichen lateinisch-mediterranen Tradition stammt, ging diesen Weg weiter. „Unter dem Wasser ruhen die Worte, Reste verlorener Stimmen," schrieb der Andalusier über die Architektur arabischer Brunnen der Alhambra.

Melodie und Rhythmus seiner Verse scheinen direkt aus den Küchen und Ställen der Kalifen von Al-Andalus zu stammen, in denen vor 1000 Jahren die Lyrik des Romancero geboren wurde, als eine kristallklare Verschmelzung „orientalischer Phantasie und westlich-ekklesiastischer Strenge", wie es Max Aub formulierte.

Lorcas Freundschaft mit dem älteren Komponisten Manuel de Falla, seine eigenen Ambitionen, die ihn beinahe Musik studieren ließen, förderten diese Beherrschung der Sprache. Der junge auf dem Lande aufgewachsene Poet brach sein Berufsstudium, Philosophie und Literatur, als hoffnungslos ab. Nicht weil er nicht lernen mochte – schließlich hat er ein Staatsexamen in Jura abgelegt –, sondern weil ihm anderswo in der Umgebung der Dichter und Denker seiner Zeit (Valle Inklan, José Ortega y Gasset und Miguel de Unamuno) mehr geboten wurde. Der Schüchterne liebte die Geselligkeit der Stammtischrunden und den Todestanz in der Stierkampfarena.

Garcia Lorca haßte das Logische, liebte dagegen das Mysterium – vor allem des Todes – und die Poesie, von der er sagte, daß sie „das Geheimnis der Dinge" sei. Aus dieser Sicht sollte man sich dem Einakter „Chimäre" in der Opernfassung von Hans-Jürgen von Bose nähern, den aufzuführen seine eigenen Gefahren birgt, wenn es die Leichtigkeit des Irrealen verliert.

ROLF GÖRTZ

KRITIK

Roi charmant in der „DDR"

Trotzdem – er ist lebendig geblieben, dieser Friedrich. Und lebendig bleibt nur, wen das Volk nicht aus seinem Gedächtnis streicht!" Mit dieser Bekundung der Popularität des Alten Fritz auch in seinen brandenburgischen Stammlanden verneigte sich das „DDR"-Fernsehen gleich zweimal vor dem großen König: **Der Reiter unter den Linden** (am Donnerstag) und ein **Interview mit einem König** (am Sonntag). Insgesamt also 95 TV-Minuten für den Mann des „Preußisch Blau", der noch vor einem halben Jahrzehnt in seinem rötlichen Teil-Nachfolgestaat mit offiziellem Schweigen in die Gruft unbewältigter Historie verbannt war.

Der „Reiter unter den Linden" – Christian Daniel Rauchs berühmtes Denkmal ist seit 1980 wieder wenige hundert Meter vom Brandenburger Tor postiert – stimmte in einer Collage aus Texten und Musik von Friedrichs Notenblättern und behutsamen politischen Wertungen auf den Todestag ein. Im Streben nach Ruhm in einer so unrühmlichen „DDR" avanciert der König hoch zu Pferd nun zu „unserem" Denkmal. Und die Kameratrupps reisten hinaus in die Provinz, stiegen zum Grab des unglücklichen Friedrich-Freundes Katte hinab, fuhren nach Friedrichsthal – auf den Spuren pfälzischer Einwanderer.

Ein Porträt zwischen Goldschnitt, Volksmärchen, Pomp und Pracht des „maison de plaisir" Sanssouci (heute Wallfahrtsort für zwei Millionen Touristen im Jahr) und liebenswürdigem Rankenwerk der Legenden. Ein „Politiker der Stärke, wie wir heute sagen würden", so stand es im Ostberliner Drehbuch. Kein schwarz-weißes Raster, sondern ein fein pointilliertes Gemälde, passagenweise goldgerahmt – aber politisch vereinnahmend: „Er wurde nunmehr auf den Platz in unserer Geschichte gestellt, der ihm gebührt."

Das „Interview mit dem König" mißriet hingegen ein wenig. Viel Papier, bisweilen allzu trockene Dialoge und eine bei Hauspoet Bert Brecht entliehene Grundidee: Friedrichs Vorleser Dantal (Dietmar Burkhard) befragte seinen Dienstherrn. Martin Trettau gab ihm die Figur – samt Dreispitz, schwarzem Adlerorden und gebückter Otto-Gebühr-Manier.

Da sprang man munter zwischen den Zeiten und Abläufen hin und her, bemühte sich, sogar mit Courths-Mahler-Einsprengseln populär zu sein. Kostprobe: Der Alte sitzt im Lehnstuhl, streichelt seinen Windhund: „Alkmene scheint zu frösteln! Bedecke Er das gute Tier." Das „DDR"-Fernsehen ließ selbst die venezianische Ballerina Barberina in die Ballettschuhe schlüpfen, um den „Roi charmant" zu ergötzen.

Friedrich schnupfte aus der Tabakdose, blinzelte in die märkische Sonne auf der Originalterrasse von Sanssouci, das Hohenzollern-Auge blitzte. „Wo Bleibendes ist, lohnt aber die Erinnerung", lautet die Quintessenz. Haben Majestät das erwartet?

HANS-RÜDIGER KARUTZ

Klitterung im Westen

Der Sonntagabend stand (auch im West-Fernsehen) im Zeichen des dritten Preußenkönigs. ARD und ZDF brachten über Friedrich den Großen drei Sendungen, von denen die letzte, **Die Torheiten des Ruhms** (ZDF), die den Mainzer Komiker Hanns Dieter Hüsch als Friedrich zeigte, unzumutbar war. Hier war die Geschichtsklitterung mit Händen greifbar, die eine direkte Linie von den Schlesischen Kriegen zum Untergang bei Stalingrad zog und Friedrich mit einem Soldaten zeigte, der „vor 40 Jahren in Rußland gefallen ist".

Ungerecht war aber auch der ZDF-Beitrag **Gefahr für den König**, als „preußisches Nachtstück" tituliert, in dem Friedrich selbst nicht auftrat, wiewohl über ihn in dieser Sommernacht des Jahres 1757 heftig räsoniert wurde. Friedrich als der blutrünstige Schlachtenlenker im zweiten Jahr des Siebenjährigen Krieges, als er gerade bei Kolin besiegt wurde. Dramatis personae dieses „Nachtstücks" waren der Kammerdiener und Hofbeamte Michael Fredersdorf, der Philosoph Moses Mendelssohn und Frau Nothnagel, eine von Friedrich heimlich angeheuerte Goldmacherin. Und dann war da noch ein österreichischer Doppelagent. Nur: Dieses merkwürdige Nachtgespräch konnte niemals stattgefunden haben, denn die Schlacht bei Kolin war am 18. Juni 1757, Fredersdorf aber war am 9. April aus dem Dienst des Königs geschieden.

Halten wir uns an die Fakten, die Jürgen Engert in **Rendezvous mit dem Alten Fritz** (ARD) geschickt präsentierte. Er hatte sich die beiden Historiker Werner Knopp und Christian Graf von Krockow vor die Kamera ins Schloß Charlottenburg geholt, wo er sie wechselweise befragte. Nach Potsdam ins Schloß Sanssouci zu fahren, war ihm von den „DDR"-Behörden verwehrt worden. Die historischen Exkurse waren durch Spielszenen illustriert. Das war überzeugend inszeniert; nicht nur der Monarch, auch der „Mensch" Friedrich, wie er sich unters Volk mischte, kam ins Bild.

ALBAN ROTT

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Gesundheit: Pilze
10.00 Tagesschau
Tagesthemen
10.25 Zum Blauen Bock
11.55 Umschau
12.10 Melodie einer Stadt – Salzburg
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
Das Licht des Himmels (1)
15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Film von Helmut Weiland
Heide Pfarr: Seit 1978 lehrt die Professorin Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Universität Hamburg und war dort bis vor kurzem deren Vizepräsidentin. Für Gerhard Schröder kämpfte sie im niedersächsischen Wahlkampf.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Mit Sigi Harreis
21.00 Report
Themen: Die Asylanten kommen. Die Regierungskunst des Kanzlerkandidaten R.. Das Elend der Germanistik. Der Polamidon-Skandal
21.45 Dallas
Nur noch 24 Stunden
22.30 Tagesthemen
23.00 Sport
Schwimm-WM und Fußball-Bundesliga
23.30 Kulturwelt: Federico
Ein Film von Nina Fischer
Zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs wurde vor 50 Jahren der Dichter Federico Garcia Lorca getötet.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

15.00 heute
15.03 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Wo ist Auckland Star?
15.30 Ferienkalender
Rollkunstlauf. Malwettbewerb. Lese-Hitparade
16.15 Hinter Glas leuchten die Farben
Film von Heiner Schmitt
16.30 Patrik Pacard
Entscheidung im Fjord
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
Familien-Quiz
19.00 heute
19.30 Im Land der Weisen und der Schlitzohren
Aus dem Kaukasus
Bericht von Joachim Holtz
20.15 Ist ja irre – Unser Torpedo kommt zurück
Englischer Spielfilm (1960)
Mit Kenneth Connor, Sean Sims, Ed Devereaux
Regie: Gerald Thomas
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.10 Neo Amasia
Eine christliche Siedlung in Israel
Bericht von Susanne Nowakowski
22.40 Tier-Zeichen
Videofilm von Bill Viola
Mit „Tier-Zeichen" stellt Bill Viola, ein Video-Künstler, seine erste Fernseh-Arbeit vor.
0.10 Polizeirevier Hill Street
Die Durststrecke
0.45 heute

III.

WEST
18.30 3 : 0 für die Bärte
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Vor 50 Jahren: Ermordung des spanischen Dichters Federico Garcia Lorca
21.00 Der Forellenhof
22.00 Renaissance der „Prinz Willem"
Reportage über einen Nachbau
22.50 Dresdner Kostbarkeiten
Peter Paul Rubens: „Bathseba am Springbrunnen"
23.05 Gidon Kremer und seine Freunde
Schuberts Streichquartett C-Dur
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Nur ich allein
Sind Einzelkinder egozentrisch? Boris Penth interviewt Mütter
20.00 Tagesschau
20.15 Windwärts über Hessen
Eine Reise im Ballonkorb
21.00 Acht, neun – aus!
Von und mit Jürgen Roland
Reinhold Dietze arbeitete fast 30 Jahre im Zentrum Frankfurts. Jetzt kündigt der Polizeihauptmeister, der einen Job bei einem Werkschutz in Hamburg antreten will. In den letzten Tagen vor der Umsiedlung fährt Dietze Streife mit dem jungen Wachtmeister Lück.
22.30 „Nichts bleibt übrig als die Stille"
Anläßlich des 50. Todestages Federico Garcia Lorcas
23.30 Hans-Jürgen von Bose: „Chimäre"
Nach einem Einakter von Federico Garcia Lorca
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Rockpalast
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Hallo Taxi
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Landfrauen
20.15 Schweigen macht tot
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Der Prinz und die Tänzerin
Englischer Spielfilm (1957)
23.05 Einführung in das Mietrecht
23.35 Nachrichten

BAYERN
19.00 BR unterwegs
19.55 Z. E. N.
20.00 König Ludwig I. von Bayern
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Der eiserne Präfekt
Italienischer Spielfilm (1977)
23.40 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Ein gefährliches Wagnis
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
1. Die Sklavenjäger
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Afrikanischer Sommer
Anschließend: Santana
19.45 Love Boat
Ein Lehrer auf Abwegen
Isaac als Heiratsvermittler
Zwei Diebe und ein Diamant
20.40 Airwolf
HX 1 – Ein Gegner für Airwolf
21.30 APF-blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
Anschließend: APF-blick



19.00 Kreuzberg
Ein Bezirk zu sich
19.45 Fall auf Fall – Recht für jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Partner gesucht (10)
21.05 Rebellion der Verlorenen
Von Wolfgang Menge nach dem Roman von Henry Jaeger
Regie: Fritz Umgelter
22.35 Die Geliebte des französischen Leutnants
Englischer Spielfilm (1980)
Mit Meryl Streep, Jeremy Irons
Regie: Karel Reisz
Der junge Wissenschaftler Charles Smithson verliebt sich im sittenstrengen England in die skandalumwitterte Sarah Woodruff.
0.35 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Spielregeln
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Familie Merian
Aussteigen – aber wie?
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Probleme hören nicht auf
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Jedem seine Hölle
Deutsch-franz. Spielfilm (1977)
Mit Hardy Krüger, Annie Girardot
Regie: André Cayatte
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.25 Die großen Katastrophen
Umwelt-Verbrechen
22.45 Geheimauftrag für John Drake
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Gebell in Goldschnitt

Hs. – Im britischen Unterhaus herrscht oft ein so rüder, ja manchmal sogar *flegelhafter* Ton, *daß die* Abneigung einer Mehrzahl der Abgeordneten, sich vom Fernsehen aufs Maul schauen zu lassen, sehr verständlich ist. Da mußte das Projekt einer kleinen Parlamentariergruppe aller Fraktionen, die goldenen Worte aus dem Unterhaus in einer repräsentativen Auswahl als Jahrbuch unter die Wähler zu bringen, wie ein Stich ins Wespennest wirken.

Der Plan: Am Ende jeder Sitzungsperiode soll ein tausend Seiten *starker* Auszug aus dem „Hansard" herauskommen, den offiziellen Protokollen aller Parlamentsdebatten. Ein erster Teil soll einen kurzen Abriß aller Debattentage bringen, mit wörtlicher Wiedergabe von Zwischenrufen, „um die Atmosphäre und die wesentlichen Argumente der wichtigsten Anfragen, Erklärungen und Debatten wiederzugeben". Ein zweiter Teil soll, ungekürzt, die Protokolle von sieben oder acht Sitzungstagen enthalten, die von ihrer Thematik her „ein ganz besonders starkes öffentliches Interesse beanspruchen können".

Eine feine Sache für den Staatsbürger, sich über die Staatsgeschäfte informieren zu können – sollte man meinen. Insider Ken Morgan, der als „Hansard"-Herausgeber seine Parlaments-Pappenheimer kennt, riet indessen dringend ab. Wer ein solches Jahrbuch zusammenstelle, meinte er, „spielt mit dem Tod".

Tatsächlich rotten sich bereits Hinterbänkler zur geballten Macht einer Ablehnungsfront zusammen. Es wäre „heller Wahnsinn", warnte einer. Ein anderer prophezeite, diese Idee sei „Zündstoff".

Wirklich Zündstoff? Oder vielleicht doch nur heiße Luft, Gebell in Goldschnitt? Freilich, auch wer bloßes Gebell dokumentiert, spielt eventuell mit dem Tod. Denn in der Politik kehrt sich das Sprichwort um: Wer bellt, der beißt gegebenenfalls auch.

Die großen Straßen der Welt (IX): Der Paseo de la Reforma in Mexiko Stadt mit Chapultepec-Park und dem Nationalmuseum

Aztekenkaiser, Pandabären – und Octavio Paz

Mexiko Stadt, Paseo de la Reforma, sechs Uhr morgens. Es ist kühl, von den nahen Bergen zieht ein dünner Nebel über den Asphalt. Der Autoverkehr rinnt in nur dünnem Strom, die Ampeln sind noch ausgeschaltet. Uniformierte Nachtwächter absolvieren ihre letzten Runden. Zeitungsjungen und erste Schuhputzer bringen sich in günstige Ausgangsposition. Straßenreinigungsmaschinen versprühen Frische. Mexikos Metropole, der größte Asphaltdschungel der Welt, atmet noch einmal kräftig durch, bevor sie sich in den tosenden Alltag stürzt, und das ist vielleicht die schönste Stunde auf „der Reforma". Der frühe Besucher fühlt sich wie beim Ablegemanöver eines mächtigen Ozeandampfers.

Mexiko Stadt strapaziert ständig das Nervenkorsett seiner mittlerweile 18 Millionen Einwohner. Der chaotische Verkehr, die verpestete Luft und die penetrante Geräuschkulisse liefern Tag für Tag Gesprächsstoff. Die *Menschen schimpfen und klagen.* Als das Thema vor wenigen Wochen auch die Party-Gäste eines Diplomaten beschäftigte, tröstete ein Diskussionsteilnehmer mit einem Hinweis: „Man darf nicht alles so schwarzsehen. Es gibt ja auch die Reforma." Allgemeine Zustimmung.

Paseo de la Reforma. Das ist noch immer die faszinierendste Straße Lateinamerikas. *Die Avenida 9 de Julio* in Buenos Aires mag wohl breiter sein und Rios Avenida Rio Branco enger. Ein so vielseitiges Gesicht wie die Reforma zeigt jedoch kein anderer *Boulevard des Subkontinentes.*

Die Reforma erinnert an die stolze *Geschichte dieser Nation. Die imposanten* Monumente der Aztekenkaiser, die wichtige Kreuzungen markieren, gehören zu den Wahrzeichen dieser monströsen Metropole. Das Unabhängigkeitsdenkmal mit dem goldenen Engel, „El Angel" genannt, dominiert das repräsentative Innenstadt-Stück der Reforma (vier Fahrbahnen). Hier lokalisieren die Einwohner die Seele der Stadt. Während der Fußball-Weltmeisterschaft wurde am Engel ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden gefeiert – solange Mexikos Mannschaft siegreich war. Als Vandalen die in Bronze gegossenen Nationalhelden demolierten, ließ Bürgermeister Ramon Aguirre die Anlage mit einer Bretterwand schützen.

An der Reforma wird nicht nur gefeiert und demonstriert – gegenüber dem gewaltigen Maria-Isabel-Hotel liegt die umgitterte US-Botschaft, ein Magnet für linke Aktivitäten dieser Art –, sondern auch gearbeitet. In den Glaspalästen befinden sich Banken und Büros. Elegant gekleidete Herren frequentieren in der Mittagspause die Restaurants, vor denen Schuhputzer und bettelnde Indiofrauen sitzen.

An den Kreuzungen lauern Bauchladenhändler, die, wenn die Ampeln auf Rot schalten, ein *reiches* Warensortiment offerieren. Die Straßenkünstler reichen von Pantomimen bis Feuerschluckern. Rund um *die Uhr pendeln die „Peseros", die* Sammeltaxis, wogende amerikanische Straßenkreuzer oder VW-Busse, in denen sich stets die Stimmung des Volkes artikuliert.



Hier schlägt das Herz Mexikos: Der Paseo de la Reforma, an der Kreuzung der „Insurgentes", vom Hilton Hotel aus gesehen FOTO: TELEBUNK

Gegenüber dem Engel arbeitet unsichtbar ein weltberühmter Mann, eine der *intellektuellen Koryphäen* Lateinamerikas: Octavio Paz. Der Dichter und Denker wohnt in einem unscheinbaren Hochhaus, Paseo de la Reforma 369. Das zweistöckige Appartement, das eine gewaltige Bibliothek *und erlesene asiatische Kunst* beherbergt, dient dem ehemaligen Indien-Botschafter Mexikos als Stätte der Arbeit und der Meditation. „*Hier* schlägt das Herz Mexikos", meinte Paz, *als wir ihn einmal fragten,* weshalb er nicht aufs Land ziehe.

Jeder Mexiko-Tourist lernt den Boulevard kennen. Die drei renommiertesten Hotels von Mexico City stehen an der Reforma oder in unmittelbarer Nähe, das Maria Isabel, das Camino Real und das Presidente. Das *Maria Isabel erlebte am letzten Juni*-Wochenende einen besonders hektischen Betrieb: Bundeskanzler Helmut Kohl und die deutsche Fußballnationalmannschaft schliefen in der *Nacht vor dem Finale unter einem* Dach.

*Nicht weit von dem Unabhängig*keitsdenkmal entfernt beginnt der Chapultepec-Park, die Lunge dieser umweltgeschädigten Stadt, mit einer einmaligen Besucherattraktion: Das Anthropologische Museum, vor dem ein massiver Olmeken-Kopf sitzt, dokumentiert die stolze Vergangenheit Mexikos. Kein anderes Land Lateinamerikas kann einen vergleichbaren Kulturtempel aufweisen.

Die grüne Umgebung lädt ein zum Flanieren (die Reforma selbst genießt nicht den Ruf, eine Fußgängerstraße zu sein. Zu viel Trubel, leider auch zu viele Taschendiebe). Nach einem kurzen Spaziergang durch den Zoo, der Panda-Bären bietet, erreicht man das Rufino-Tamayo-Museum. Es trägt den Namen des letzten noch lebenden Repräsentanten einer großen mexikanischen *Malergeneration.* Im Chapultepec-Palast, auf einem Hügel gelegen, hat sich der legendäre Muralist Diego Rivera besonders eindrucksvoll verewigt.

Hinter dem Park wird die Reforma am vornehmsten. Sie führt hinauf in die Lomas-Hügel, wo die besseren Leute in ummauerten Grundstücken leben. Uniformierte Dienstmädchen, die „Muchachas", führen Babys und Hunde aus. Der Lomas-Teil der Reforma ist das bevorzugte Wohngebiet hochrangiger Diplomaten. Hier residiert auch der Bonner Botschafter.

Aber die Erdbebenkatastrophe im September vergangenen Jahres hat keinen Unterschied gemacht zwischen den *Gesellschaftsschichten.* Auch nicht zwischen bekannten und unbekannten Straßen Mexiko Stadts. Der Prachtboulevard der Nation wurde ebenfalls betroffen. Vor allem nahe der *Innenstadt zeigt der Paseo* de la Reforma noch die Spuren des Desasters: Häuserlücken, Trümmerberge, Gebäudeskelette, die bedrohlich schief stehen. Niemand weiß, wieviele Menschen damals an der Reforma ums Leben kamen. Es können Tausende gewesen sein.

Die Stadtväter wollen auf den Trümmergeländen schönere Bauwerke errichten. Bürgermeister Aguirre versprach, dem Boulevard wieder seinen „alten Glanz" zu verschaffen. *Auch in Zukunft sollen sich* die genervten Einwohner der Millionen-Metropole mit dem Hinweis trösten können: Es gibt auch die Reforma.

WERNER THOMAS

JOURNAL

Indianische Kunst im 20. Jahrhundert

KNA, Bremen

Im Bremer Übersee-Museum ist bis 14. September die Ausstellung „Indianische Kunst im 20. Jahrhundert" zu sehen. Die Schau versteht sich nach den Worten des Völkerkundlers Götz Mackensen als bewußte Ergänzung zur Ausstellung „Lebende Tote – Totenkult in Mexiko". „Die indianische Kunst des 20. Jahrhundert" umfaßt 250 Exponate neuzeitlichen Kunstschaffens aus Privatsammlungen und Museen der USA. In den Kunstwerken, vorwiegend Malerei, Graphik und Keramik, setzen sich die Indianervölker unter *anderem mit der beginnenden* „weißen Vorherrschaft" auseinander.

Neues Gold auf dem Dom von Bautzen

dpa, Berlin

Der Petri-Dom, das Wahrzeichen der Stadt Bautzen, wird restauriert. Insbesondere sollen die Dächer der Kirche und der 86 Meter hohe Turm erneuert werden. Außerdem wird die Turmkrone neu vergoldet. Der Petri-Dom, das höchste Bauwerk in der ostsächsischen Kreisstadt, hat eine reiche Geschichte. In den Jahren von 1293 bis 1303 erbaut, wurde er nach der Reformation zur „Simultankirche" erklärt, die er bis heute als einzige in der „DDR" geblieben ist: Für Bürger beider christlichen Konfessionen werden dort Gottesdienste gehalten.

Augustinus-Lexikon: Zwei Bände fertiggestellt

KNA, Gießen

Die ersten beiden Bände eines Augustinus-Lexikons liegen vor. Das 1200 Stichworte umfassende Lexikon, das voraussichtlich erst in 15 Jahren abgeschlossen sein wird, soll ein „vorläufiges Schlußglied zu einer Kette von Versuchen" sein, das Denken des Bischofs und Kirchenlehrers zusammenzufassen und zu vermitteln.

Berlin bekommt Nachlaß von Witold Wirpsza

dpa, Berlin

Die Witwe Witold Wirpszas hat den literarischen Nachlaß des polnischen Autors dem Land Berlin geschenkt. Kultursenator Volker Hassemer kündigte an, er werde den Nachlaß Wirpszas als Dauerleihgabe in die Akademie der Künste geben, damit dort ein Archiv aufgebaut und der Forschung zugänglich gemacht werden könne. Wirpsza wurde 1918 in Odessa in der UdSSR geboren und *wuchs in Polen auf.* Seit 1971 lebte er in Berlin.

Kunstschätze aus Tibet in Paris

AFP, Paris

Eine Ausstellung über Kunst*schätze aus Tibet zeigt das naturge*schichtliche Museum in Paris von April bis Oktober 1987. Sie enthält insbesondere Exponate aus der Vorgeschichte (3000 v. Chr.) und *dem ersten tibetanischen König*reich (7. Jahrhundert). Eine Kapelle wird für die Ausstellung im Museum rekonstruiert, außerdem sind Objekte aus der Geschichte der tibetanischen Medizin und Astronomie zu sehen. Erstmals werden bei dieser Gelegenheit Gegenstände aus verschiedenen *geschichtlichen* Epochen außerhalb von Tibet gezeigt.

Jan Herchenröder †

Das spritzige Feuilleton lag ihm ebenso wie das besinnliche. Er war Journalist wie Schriftsteller, Theater- wie Filmautor. Im Hessischen wurde Jan Herchenröder 1911 geboren. Nach Krieg und Gefangenschaft lebte er in Frankfurt und ver*faßte mit leichter Feder zahlreiche* Film- und Theaterkritiken. 1954 zog es ihn an die See, er schlug seine Zelte im Ostseebad Timmendorfer Strand auf. Jetzt ist Herchenröder im Alter von 75 Jahren gestorben.

DW

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Eigentlich müßte man die deutsche Schreibschrift (fälschlich oft Sütterlinschrift genannt) und dazu das Berlinische beherrschen, um die alten und neuen Berliner Kinderreime richtig zu genießen, die Alfred Richard Meyer (Munkepunke) gesammelt und Heinrich Zille 1925 für einen Privatdruck illustriert hat. Denn da geht es sehr munter und gelegentlich auch recht anzüglich zu. Es ist die Kinderwelt der Hinterhöfe, die sich in diesen Versen spiegelt: schnoddrig, wirklichkeitsbewußt und mit „Jemüt". Wer nicht weiß, was „Senge", die „Kränke" *oder ein „Hosensejer" ist,* oder wie man sich „janz Manolifimmlisch" zu fühlen hat, ist da allerdings „Neese". Nur für die Schriftunkundigen wurde gesorgt, indem die Schreibschrift des Originals zusätzlich in Druckschrift wiedergegeben wird. Also: „*Rin in det Pleesirvajniejen!*"

P.Jo.

Heinrich Zille: „Komm, Karlineken, komm!", Heyne, 7,80 Mark

Musensohn, Zyniker, Kriegsherr: „Friedrich II." im Schloß Charlottenburg

Ein Lebensbild nach eigenem Gusto

Friedrich der Große hat es seinen Untertanen nicht leicht gemacht. Und deren Nachkommen erst recht nicht. Der Zwang zum Feiern, der sich durch die 200. Wiederkehr seines *Todestages* ergibt, macht das bewußt. Das Trauma der Nachkriegszeit ist noch nicht überwunden. Noch immer spukt in den Köpfen jene Genealogie, die von dem Preußenkönig über Bismarck und Wilhelm II. eine Linie zu Hitler zog. Deshalb trauen sich die Festredner kein bedingungsloses Lob des Fridericianischen, *aber auch* keine unerbittliche Verdammung zu. Man begnügt sich mit einem unentschiedenen Sowohl-Als-auch. In Ost und West. Das machen die Ausstel*lungen in Potsdam wie jetzt in der* Orangerie des Charlottenburger Schlosses bewußt.

Es ist symptomatisch, daß die „Tagesschau" anläßlich der Eröffnung in Charlottenburg von „Friedrich II., auch der Große genannt" sprach. Größe, historische allzumal, scheint suspekt. Jeder Anerkennung einer staatsmännischen Leistung muß unbedingt *ein Aber kritischer Anmer*kung folgen. Deshalb vermißt man die Kraft zum Essay, zur souveränen Zusammenschau. Statt dessen geben die Buchhalter den Ton an, detailversessen zwar, jedoch kaum fähig, Wichtiges von Belanglosem zu trennen. Sie häufen Dokumente und Kurioses, stellen Bildzeugnisse neben Abbilder von Legenden. So auch in Berlin, wo das Leben des großen Friedrich mit mehr als 800 Ausstellungsstücken nachgezeichnet wird.

Der Besucher sieht sich einer Fülle von Mosaiksteinen gegenüber, aus denen er sich ganz nach eigenem Gusto ein Bild zusammensetzen kann. Sucht er den toleranten König? Bitte schön, da liegt in einer Vitrine das eigenhändige Marginal von 1740, wonach „die Religionen müssen alle Tolleriret werden", und mit dem berühmten Satz: „den hier mus ein jeder nach Seine Faßon Selich werden." Ist der Musensohn gefragt? Da kann man seine Flöte unter Menzels „Flötenkonzert in Sanssouci" sehen. Der Sparsame? Sofort sind zwei Uniformen in ihrer auffallenden Kargheit zur Hand. Der Menschenverächter? „Die Ehsels würden was Rechtes untersuchen", verkündet des Königs Handschrift über die neumärkischen Kriegs- und Domänenkammern. Der politische Zyniker? Da verspricht er sich in einer *Kabinettsordre* „aufwaßer" für die Preußen, so es stimmt, „die Rusische canaille wehre Thot". (Es stimmte allerdings nicht, die Zarin Elisabeth lebte noch fünf Jahre).

Man begegnet dem Judenfeind und dem Soldatenfreund, dem Roi Philosophe, dem Verwalter, Kolonisator, Schlachtenlenker, dem Sieger und Verlierer. Der Fleiß der Archivare (die Ausstellung wurde vom Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz organisiert) hat nichts ausgelassen. In der Materialfülle ist jedoch oft nicht einmal mehr die Leitli*nie der Biographie auszumachen.* Warum hängt da ein Stich der Franckeschen Stiftungen in Halle? Was hat es mit dem Hauptpostamt in der Londoner Lombard Street auf sich? Wie ist der „Fünfte Weg" des Ministers Graf Kaunitz zu verstehen? Wer nur durch die Ausstellung geht, erfährt es nicht. Er muß zumindest den Katalog zur Hand nehmen, um die Zusammenhänge auszumachen.

Sicherlich ist es faszinierend, den Brief zu sehen, den der Neunjährige an seine *Mutter (in Deutsch) schrieb,* den Schlachtenplänen, die er selbst entwarf, gegenüberzustehen, oder die Skizzen des Königs für Sanssouci zu betrachten. Es hat einen eigentümlichen Reiz, *die Wandlungen seines Ge*sichts anhand der Fülle der Porträts von den frühen Kinderbildnissen bis zur Zeichnung des Königs auf dem Totenbett von Johann Eckstein zu verfolgen, auch wenn in allen diesen Gemälden die Distanziertheit des offiziellen Herrscherporträts nicht durchbrochen wird, das Persönliche also kaum zur Geltung kommt. Selbst die Miniatur, die den jungen König im Dominokostüm mit Maske zeigt, spielt wahrscheinlich auf ein diplomatisches Ereignis am Vorabend des Schlesischen Krieges an. Deshalb fällt in dem Zyklus der Porträts, die Antoine Pesne von dem Rheinsberger Freundeskreis des Kronprinzen *malte, das Bildnis des Freiherrn von* Keyserlingk auf, der da in legerer Jagdkleidung mit geöffneter Jacke steht, ein Glas in der Rechten und die angehobene Flasche in der Linken. *So viel Individualität* bleibt die große Ausnahme.

„Der alte Fritz", um den sich allerhand populäre Geschichten und Legenden ranken, begegnet uns nicht *im zeitgenössischen Bild. Er taucht* erst nach seinem Tode in den Kupferstichen auf, die die damals sehr beliebten Almanache schmückten. Auch Chodowieckis Blätter bilden da keine Ausnahme. Aber auf sie wie auf die Holzstiche nach Menzels Zeichnungen für Kuglers „Geschichte Friedrichs des Großen" kann eine solche Ausstellung natürlich nicht verzichten. Zwar werden sie (allerdings nicht konsequent) durch blaugraue Beschriftungen gegenüber den sonst *weißen als Zeugnisse für das Nachle*ben kenntlich gemacht, doch die Eindringlichkeit dieser populären Nacherfindungen überlagert nur zu oft die zeitgenössischen Dokumente.

*Die Ausstellung bleibt ein Lese*pfad in Sachen Friedrichs des Großen. Das liegt nicht zuletzt an der ungünstigen Architektur der Orangerie, diesen langgestreckten Hallen mit *hohen Fenstern auf beiden Seiten.* Die Ausstellungsgestaltung verstand nicht, dieses Defizit auszugleichen. Man begnügte sich mit Mittelvitrinen und Stellwänden an den Seiten, die dann oft mit fünf und sechs Bildern eng vollgehängt wurden. Der Genius friderici, obwohl dem Genius loci eng verbunden, kann so nicht beschworen werden. Das fiele nicht sonderlich ins Auge, wäre es nicht den Österreichern bei gleichen Ausgangsbedingungen in den Marchfeld-Schlössern *gelungen, den Geist des Prinzen Eu*gen lebendig werden zu lassen. So bleibt ein Gefühl zurück, das den Empfindungen Schillers gleicht, der über den Preußenkönig 1791 in einem *Brief schrieb:* „Ich kann diesen Charakter nicht lieb gewinnen; er begeistert mich nicht genug." (Bis 2. November; Katalog 25 Mark; im Buchhandel 36 Mark.)

PETER DITTMAR



Als Feldherr vor dem Siebenjährigen Krieg: Friedrich der Große auf einem Gemälde von Johann Gottlieb Glume FOTO: KATALOG

Glorioses Bollwerk der Kultur: Eine Bilanz nach den Salzburger Festspielen

Selbst wenn der Maestro Krach hat

Die Summe fällt in Salzburg deutlich höher aus als die addierten Summanden – ein Kompliment an die Festspiele. Denn die dichte Folge von Opern und Schauspielen, Orchester- und Solistenkonzerten, Serenaden und Matineen, Liederabenden und Rezitationen handverlesener Künstler ergibt jeden Sommer wieder eine gloriose Vergewisserung darüber, was wir in Mitteleuropa an kulturellem Erbe zu hegen und zu pflegen haben.

Salzburg: Das ist auch die überzeugendste Selbstbehauptung der so oft angefeindeten bürgerlichen Kultur. Die Salzburger Festspiele als die glanzvollste und eben auch teuerste Darstellung dieses Kulturverständnisses haben in den letzten Jahren die Funktion eines Bollwerks übernommen. Solange Salzburg steht, ist noch nicht alles verloren.

Die Oper wird zu sehr in den Vordergrund gerückt bei der Betrachtung der Salzburger Festspiele. Von *141 Veranstaltungen auf dem Fest*spielkalender sind gerade 32 Opernaufführungen, die wiederum fünf verschiedenen Werken gelten. Selbst wenn dann für Herbert von Karajans *„Carmen" eine nicht ganz adäquate* Einspringerin (Helga Möller-Molinari) her muß, weil sich Agnes Baltsa mit dem Maestro verkracht hat und abgereist ist, bringt das Salzburg *nicht* ins Wanken.

Viel wird von der Bergstadt Bayreuth geredet, wo Inszenierungen Jahr für Jahr weiterentwickelt werden und ihre Bestform durchaus nicht immer schon im Premierenjahr zeigen. Selten bedenkt man, daß Salzburg auf stillere Weise nichts anderes tut. Richard Straussens „Capriccio", im vergangenen Jahr von Johannes Schaaf in Salzburg inszeniert, hat je*denfalls übers Jahr ganz enorm ge*wonnen an Geschlossenheit, an Ensemblegeist, an Flair für das, was Strauss und Clemens Krauss mit diesem „Konversationsstück für Musik" gemeint haben. Mit den Wiener Philharmonikern unter Horst Stein, der stimmlich ganz wundervoll aufblühenden Anna Tomowa-Sintow als Gräfin und einem treffend besetzten Ensemble spielt Schaaf das Werk mit einer pointierten Delikatesse sondergleichen durch. „Capriccio" ist zwei*fellos derzeit das Juwel im Salzburger* Opernangebot.

Noch weiter zurück weist die Aufführung von Mozarts „Hochzeit des Figaro", die Jean-Pierre Ponnelle *schon 1972 für Herbert von Karajan* inszeniert hat und die jetzt nach fünfjährigem Magazinschlaf als Neueinstudierung aufgeweckt wurde. Es ist eigentlich eine neue Inszenierung in *den alten Bildern geworden; selbst* Ponnelle geht inzwischen ganz andere Wege. Er betont nun den revolutionären Unterton der Vorlage des Beaumarchais viel stärker, als man das von der Oper her kennt. Das führt zwar zu einigen plakativen Überdeutlichkeiten, vor denen Ponnelle auch in den Liebesdingen nicht zurückschreckt, aber bei einem Stück, dessen Text dem Publikum mehr und mehr abhanden kommt, ist das vielleicht gar nicht so falsch.

Völlig neu ist die musikalische Einstudierung; am Pult waltet nun James Levine, der hier seinen starken, energischen, kraftvollen Mozart-Stil darlegt. Die Besetzung ist vor allem *bei den Damen vorzüglich: Lucia* Popp singt eine Gräfin mit betörendem Timbre und schöner Phrasierung, Kathleen Battle ist die so spielwitzige wie empfindsam singende Susanna, aber die eigentliche Überraschung dürfte den Salzburgern doch Diana Montague als Cherubino gewesen sein; von deren Triumphen im Belcanto-Fach wußten bisher eben nur die Spezialisten. Aber auch James Morris als Graf und Ferruccio Furlanetto als Figaro sind ausgezeich*net, so daß man dieser verjüngten* Produktion gern einige weitere Salzburger Jahre gönnt.

Eine zusätzliche Probe seines Mozart-Stils gab James Levine in einem Orchesterkonzert der Wiener Philharmoniker, denen er die Jupiter-Sinfo*nie aufs Programm gesetzt hatte.* Da prägte sich Levines Idee eines frühromantischen Mozart, der eine große Streicherbesetzung mit starken Mittelstimmen verträgt, noch deutlicher aus. Faszinierend, daß man in Salzburg noch immer über Mozart diskutieren kann.

REINHARD BEUTH

Neues Plattenalbum der dänischen Gruppe „Papa Bue and his Jazzband"

Große Freude an den ollen Kamellen

„Schweinejazz" nennen ihn despektierlich die einen; „Kneipen-Musik" weniger abfällig die anderen. Die *Rede ist von Oldtime-Jazz, Dixieland* oder New Orleans – wohlgemerkt nicht vom Originalsound der „New Orleans Rhythm Kings" oder der „Original Dixieland Jazz Band", die vor *mehr als einem halben Jahrhun*dert die Zuhörer in einen Begeisterungstaumel versetzte. Die Schmähbezeichnungen zogen vielmehr die Epigonen jenes Musikstils auf sich, die in den *50er Jahren ein fideles* Gegengewicht zum modernen Jazz setzten und die „coole" Welle mit zikkigen Klängen aufheizten. Chris Barber, Mr. Acker Bilk und Kenny Ball hatten ihre treue Fangemeinde, ganz zu schweigen von den vielen Amateurbands, die wie Pilze aus dem Boden schossen und bei Betriebsfesten und Schulfeten Stimmung machten.

Dieser „Revival-Jazz", der im Nachkriegs-Europa üppige Blüten trieb, hatte in Amerika schon in den zwanziger Jahren begonnen. Dort *wußten* die Musiker, was sie den Kollegen aus New Orleans schuldig waren, und die Dixieland-Bands waren im Grunde nichts weniger als Suchende nach den Wurzeln des Jazz. Natürlich: ein bißchen spät waren die Eklektiker der fünfziger Jahre schon dran, aber man sah das eben alles *nicht so verbissen wissenschaftlich.* Es sollte ja auch Spaß machen. Deshalb sucht man die Barbers und Akker Bilks in den seriösen Jazzbüchern vergebens – naserümpfend wird die *bei großen* Teilen des Publikums so beliebte Musik übergangen.

Das hat die Interpreten jedoch nicht im geringsten gestört – unermüdlich spielen sie den „Tiger Rag", „Sweet Georgia Brown" oder den absoluten Klassiker des Genres, „When The Saints Go Marching In", dem Louis Armstrong mit seiner Reibeisenstimme zu allergrößter Popularität verholfen hat. Dieses Spiritual fehlt auch nicht auf dem neuesten *Album von* „Papa Bue And His Viking Jazzband", dem mittlerweile 51. der dänischen Gruppe, die vor 30 Jahren im Kopenhagener Rotlicht-Distrikt Nyhavn ihre langlebige Karriere begann. Von dort aus zogen die musikbesessenen Wikinger durch die Welt und erhielten 1969 ihre endgültige Anerkennung als „echte" New Orleans Jazzband bei einem beifallumtosten Gastspiel in der Stadt am Mississippi.

Nein, diese Musik ist weder intellektuell noch esoterisch, vielleicht nicht einmal raffiniert. Abgesehen *von unterschiedlichen Tempi klingt* alles ein bißchen ähnlich, und selbst Brahms' verjazztes Wiegenlied scheint einem Bourbon-Street-Pianisten aus den Saiten gesprungen zu sein. Trotzdem hat die Musik viel von ihrer unwiderstehlichen Frische bewahren können, zumal die sechs Dänen, angeführt vom Posaunisten Arne Jensen, mit unüberhörbarer Spiel*freude die ollen Kamellen intonieren.* Diesen Jazz sollte man nicht im stillen Kämmerlein zu Hause hören. Den genießt man am besten in einer rauchgeschwängerten Kneipe, ein *Bierglas in der Hand,* das Standbein links, so daß der rechte Fuß rhythmisch mitwippen kann.

Dixieland-Fans sollten sich bereits den *18. Oktober rot im Notizbuch* anstreichen. Da feiert Papa Bue mit seinen Genossen in der Hamburger Musikhalle sein Dreißigjähriges. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. *Deshalb heißt das Album auch* nicht ohne Grund „Hello, Hamburg" (Pinorrekk Records HB-P-7011).

RAINER NOLDEN

Noch eine Menge Lücken beim Thema Bleifrei

HEINZ HORRMANN, Bonn

Mit Appellen an die Umweltverantwortung und verstärkter Aufklärung wollen Automobilklubs, Mineralölindustrie und Kfz-Hersteller Deutschlands Autofahrer dazu bringen, freiwillig nur noch bleifreies Benzin zu tanken, wenn das motortechnisch machbar ist.

Ein Verbot von bleihaltigem Normalbenzin, wie es die Länderregierungen von Hessen, Hamburg und Saarland gefordert haben und wie es auch einige CDU-geführte Länder begrüßen würden, ist nach EG-Recht nicht durchsetzbar. Bundesumweltminister Wallmann hatte die Möglichkeit eines nationalen Alleingangs prüfen lassen, mit dem Ergebnis, daß ein Verbot verbleiten Normalbenzins weder direkt noch mit einer Übergangsfrist möglich sei.

Der Vorsitzende im Verkehrsausschuß des Bundestages, Karl Lemmrich (CSU), sagte, man habe sich überzeugen lassen müssen, „daß das nicht mehr der deutschen Gesetzgebung unterliegt, sondern die Kompetenz dafür in Brüssel ist".

Weil nun das Umsteigen nur freiwillig möglich ist, fordert der ADAC einen größeren finanziellen Anreiz für Bleifrei-Verbraucher. Sprecher Martin Dürbaum: „700 Millionen Mark Mineralölsteuer kassiert der Bundesfinanzminister in diesem Jahr mehr, weil nicht jeder, der bleifrei tanken könnte, das auch tut. Diese Summe ergibt sich aus den sieben Pfennig Steuerunterschied zwischen verbleitem und unverbleitem Benzin. Mit dem Betrag kann problemlos eine Preissenkung von zehn Pfennig und mehr je Liter finanziert werden."

Die Bleifrei-Bilanz an unseren Tankstellen ist in der Tat deprimierend. Obwohl 40 Prozent der Personenwagen ganz ohne Veränderungen am Motor unverbleiten Kraftstoff verwenden könnten und bei weiteren 30 Prozent das mit technischen Eingriffen möglich wäre, liegt der Satz bei zehn Prozent. Unsicherheit, verwirrende Ausführungen einiger Automobilhersteller und die Sorge, einen Motorschaden zu riskieren, halten immer noch die Mehrheit der Fahrzeugbesitzer ab.

Wer darf nun seinem Fahrzeug Kraftstoff ohne die 0,15 Gramm Bleizusatz je Liter zumuten und wer nicht? Grundsätzlich können alle Neuwagenkäufer bleifrei tanken, alle Katalysatormotoren vertragen den umweltfreundlichen Sprit sowieso. Das gilt auch für die VW- und die Audi-Modelle ab Jahrgang 1977. Und bei den anderen Marken? Da heißt es in den Werksempfehlungen oft wenig informativ: „Befragen Sie unbedingt Ihre Werkstatt", manchmal auch: „Zündung um zwei Prozent Richtung ‚spät' verstellen". Für den Laien ist das Fachchinesisch.

In einem technischen Merkblatt klingt es noch komplizierter: „Besitzt ein Fahrzeug Ventilsitze, die nicht für unverbleite Kraftstoffe geeignet sind, kann es besonders bei häufigen Fahrten im Hochgeschwindigkeitsbereich zu Schäden kommen. Das Fahren mit unverbleitem Benzin ist nur dann möglich, wenn jede dritte bis fünfte Tankfüllung verbleit gefahren wird."

Nehmen Sie Opel: Ein Service-Heftchen mit dem Titel „Grünes Licht für jeden Opel" gibt etliche Empfehlungen. Wann allerdings unverbleites Normal- oder Superbenzin benutzt werden kann, wie der Mischbetrieb durchgeführt werden soll und was alles über den Einsatz der Ventilsitzringe zu beachten ist, das bringt jeden Kfz-Meister zum Staunen.

Der Zentralverband des Kfz-Gewerbes will künftig verstärkt die Kunden beraten und ihnen helfen.



Mit ihrer doppelten Ausstrahlung avancierten die Kesslers zum unverwechselbaren Markenartikel im Showgeschäft. Links: Alice und Ellen in dem 1957 gedrehten Film „Mit Rosen fängt die Liebe an..."
FOTOS: KEYSTONE/FRANZ HUG

Seit dreißig Jahren wirbeln sie tanzend und steppend im Gleichschritt über die Revuebühnen der Welt. Die Karriere der langbeinigen Zwillinge, die am 20. August 50 werden, begann 1952 im Düsseldorfer Palladium. Von dort ging es stracks zum „Lido" nach Paris – das war schon der Durchbruch. Die größten Erfolge hatten die Kesslers in Italien, ihrer zweiten Heimat.

Die Kessler-Zwillinge werden hundert Jahre alt

Neapel – 35 Grad im Schatten. Die Hitze ist zur Mittagsstunde kaum zu ertragen. Doch im Hotel ist es angenehm kühl, und Alice und Ellen Kessler haben es sich vor zwei Telefonen bequem gemacht, um mit der WELT über ihr Leben als „doppeltes deutsches Fräuleinwunder" zu plaudern. Die Stunde Pause nach dem Essen eignet sich dazu – um 15 Uhr müssen sie zu weiteren Probeaufnahmen in den Fernsehstudios der italienischen RAI sein. Zwei Shows haben sie diesen Sommer schon abgedreht. Dies ist die dritte, und danach gehen die beiden Schwestern auf Tournee mit eigenem Programm. Venedig, San Remo und an den Lago Maggiore.

Italien ist ihre zweite Heimat geworden. Nicht, weil Ellen Kessler ein Dauerverlöbnis mit dem italienischen Schauspieler Umberto Orsini hatte, das ist längst vorbei, sondern weil es in Deutschland diese Form von Unterhaltungs-Fernsehshows gar nicht mehr gibt. „Die Fernsehshows beinhalten doch nur noch Operetten, Musical, Marsch und Schlagermelodien. Tänzerische Gesangsnummern, wie wir sie bringen, und Entertainment sind doch gar nicht gefragt. Das ist in Italien ganz anders", stellt Ellen lakonisch fest.

Aus der italienischen Fernsehgeschichte sind die deutschen eineiigen Zwillinge nicht wegzudenken. Als sie 1961 aus Paris kommend ihre erste Fernsehserie abdrehten, stand ganz Italien Kopf. Die Kesslers waren die ersten Frauen, die via Mattscheibe Beine zeigten. „Allerdings in ganz dicken und undurchsichtigen Strumpfhosen" und dann auch gleich *noch vier Beine von dieser Sorte. Mama mia*, stöhnten die Süditaliener.

Alice und Ellen Kessler erzählen, was die Telefonleitung hergibt. Daß ihre 50 Lebensjahre addiert die Zahl 100 ergeben, ist unheimlich. Rank und schlank, Konfektionsgröße 38, auf Biokosmetik schwörend, langbeinig singend, steppend und tanzend wirbeln sie im Gleichschritt seit 30 Jahren über die Revuebühnen von Monte Carlo, Las Vegas, London und Paris. Daß sie eines Tages „Deutschlands blaßblonder Showexport" werden würden, hatte sich ihr Vater im sächsischen Nerchau auch nicht träumen lassen. „Als er uns mit sechs Jahren auf eine Leipziger Ballettschule schickte, wollte er, daß wir lernen, uns graziös zu bewegen. Sonst nichts." Ellen sollte eigentlich studieren und Ärztin werden. Für Alice war der Beruf der Modezeichnerin vorbestimmt. Doch es kam ganz anders. Die Zwillinge wurden bereits 1947 ins Kinderballett der Leipziger Oper aufgenommen. Drei Jahre später bestanden sie mit Auszeichnung die Aufnahmeprüfung zur Operntanzschule und siedelten zu Beginn der fünfziger in die Bundesrepublik über.

Ihr erstes Engagement hatten die Tanzbegeisterten 1952 im Düsseldorfer Revuepalast Paladium. Dort griff das Schicksal in Gestalt des Direktors Guerin ein, der von dem Talent und der doppelten Ausstrahlung der Kesslers fasziniert war. Er verpflichtete sie ans weltberühmte Pariser Lido. „Le Champs-Elysées", dieses Schlagerlied pfiffen nicht nur die Spatzen den „Zwillingen von Paris", wie sie liebevoll genannt wurden, nach, auch die Pariser Männerwelt war von ihren Shows begeistert, zumal sie sich sehr schnell im Lido an die Spitze der Tanzgruppe „Blue Bell Girls" gesteppt hatten.

Alice: „Es war ein unbeschreiblich tolles Gefühl, als wir Guerins Angebot erhielten. Fünf Jahre Lido. Es war für uns so, wie die erste Mondlandung für einen Astronauten." Und Ellen: „Wir haben geglaubt, die Sterne zu erreichen, als wir am ersten Abend zum Arc de Triomphe gingen."

Terpsichore, die Muse des Tanzes, liebt die Kessler-Zwillinge bis auf den heutigen Tag auch als gereifte Superstars. Aber haben Alice und Ellen den Griff nach den Sternen nicht durch Aufgabe ihrer eigenen Identität teuer bezahlt? Und verzichtet man als Zwillingsteil nicht notgedrungen auf vieles im Leben, was für Einzelmenschen ganz normal ist? In der Telefonleitung ist für einen Moment nur das ferne Netzrauschen zu hören, dann meint Ellen zögernd: „Wir kennen es nicht anders. Im Beruf ist unser Markenzeichen die Synchronität und die Perfektion, mit der wir auftreten. Sie ist schon sehr belastend. Wir stecken in einer Zwangsjacke. Als Duo ist man mehr gefordert, als wenn man alleine auftreten würde. Als Solist kann man mal einen Fehler machen, ohne daß das Publikum dies sofort merkt. Beim Zwillingsauftritt muß immer jeder Schritt sitzen. Im Privatleben versuchen wir das zu differenzieren." Und Alice fährt fort: „Wir haben viele Gemeinsamkeiten, wie ein altes Ehepaar, daß auch viele gleiche Interessen hat. Aber es gibt auch Unterschiede..." „Ja", bestätigt Ellen, „Alice ist introvertierter, ruhiger, überlegter." „Und Ellen ist spontaner, aggressiver und trifft schneller Entscheidungen als ich", fällt Alice ihrer Schwester ins Wort.

Und daß die beiden im Sternzeichen Löwe geborenen Damen auch noch keinen Bund fürs Leben eingegangen sind, läßt sie – im Gegensatz zur Boulevardpresse – recht cool. Alice: „Daß wir nicht geheiratet haben, liegt nicht nur an unserem Beruf, oder am Zwillingsdasein, es liegt in den Sternen! Eine Astrologin machte uns darauf aufmerksam, daß im Haus der Ehe bei uns beiden nichts vorgesehen sei." ROLF PETERS

Hagel groß wie Tennisbälle

Millionenschäden durch schwere Unwetter in Baden

rtr/AP, Freiburg/Frankfurt

Heftige Gewitter und Hagelschlag haben am Sonntag abend im südbadischen Raum Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Die zum Teil tennisballgroßen Hagelkörner hatten Hausdächer durchschlagen und an zahlreichen Autos Blech- und Glasschäden angerichtet. Auch in Land- und Forstwirtschaft entstand hoher Schaden. Bei einem durch das Unwetter verursachten Verkehrsunfall wurden sechs Menschen verletzt.

Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden das Münstertal im Kreis Breisgau/Hochschwarzwald sowie die Kreise Tuttlingen und Waldshut. Im Kloster St. Rudpert im Münstertal drang Wasser durch das Dach und beschädigte die wertvollen Stuckdecken. Der Schaden wird nach bisherigen Schätzungen mit mehr als einer Million Mark angegeben. Durch Blitzeinschlag wurden mehrere Brände ausgelöst. Allein auf einem Bauernhof im Kreis Tuttlingen entstand durch Brand ein Sachschaden von einer halben Million Mark. Die Feuerwehr hatte zahlreiche vollgelaufene Keller auszupumpen, und umgestürzte Bäume haben an vielen Stellen den Straßenverkehr behindert.

Wolkenbrüche gingen gestern morgen auch im Rhein-Main-Gebiet nieder und behinderten den Berufsverkehr erheblich. Am stärksten regnete es in Offenbach, dem Sitz des Deutschen Wetterdiensts: Dort wurde mit 30 Litern pro Quadratmeter binnen einer Stunde schon das halbe Monatssoll an Niederschlägen erreicht.

In Bayern hielt gestern bei Temperaturen von 25 bis 28 Grad die Gewitterstimmung an. Heute soll sich der Sommer vorübergehend verabschieden: Mit dem Zustrom polarer Kaltluft von Nordwesten erwarten die Meteorologen einen Kälteeinbruch, mit dem die Temperaturen bis auf 15 Grad absinken sollen.

„Feuer-Lobby" hart attackiert

dpa, Monaco

Der frühere Staatssekretär für Naturkatastrophen, Haroun Tazieff, sieht kaum Hoffnung für ein Eindämmen der Waldbrandserien in Frankreich. Er erklärte, daß die Waldbrandvorsorge durch Ausforstung der Wälder von einer „Feuer-Lobby" verhindert werde. Diese erhalte fast eine Milliarde Franc, die für die Brandbekämpfung ausgegeben würde. Seit 1960 sei immer mehr Geld für die Bekämpfung der Feuer ausgegeben worden, dennoch sei die verbrannte Fläche ständig gewachsen. Ein neuer Waldbrand bei Nizza hat bis Montag 300 Hektar Wald vernichtet.

Goldene „Tugend" am alten Platz

hrk, Berlin

Mit 15 Gramm Blattgold bedeckt strahlt sie wieder 60 Meter hoch über ganz Berlin als ein Wahrzeichen der Stadt: Der am Ostberliner Gendarmenmarkt gelegene „Deutsche Dom" erhielt am Wochenende wieder die im Krieg zerstörte Figur der „Tugend" aufgesetzt. Ein Hubschrauber hievte die 1,5 Tonnen schwere Skulptur auf die Kuppel des Domes. Die Figur war von dem Ostberliner Bildhauer Gorch Wenske nach alten Fotos rekonstruiert worden. Die „Tugend" steht auf einer vergoldeten Kugel, um die sich eine Schlange mit dem Apfel als Symbol der Sünde windet.

Lynchjustiz in Kalifornien

AFP, Val Verde

Ein junger Mann ist in der kalifornischen Stadt Val Verde gelyncht worden, nachdem er einen anderen Jugendlichen erschossen hat. Der 17jährige Gerardo Valle hatte einen Streit zwischen zwei jungen Leuten schlichten wollen, als der 20jährige David Mota, aus Ärger über die Einmischung, ein Gewehr aus seinem Auto hervorholte und ihn mitten ins Gesicht schoß. Anschließend verletzte Mota drei weitere Anwesende mit Schüssen. Daraufhin stürzten sich 60 junge Leute auf Mota und schlugen ihn mit Knüppeln zu Tode. Die Polizei nahm bisher niemanden fest.

WETTER: Unbeständig, kühl

Lage: Ein Tief überquert am Dienstag im Tagesverlauf Deutschland von Westen her und führt kühle Nordmeerluft heran.

Vorhersage für Dienstag: Stark bewölkt bis bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Nachmittagstemperaturen zwischen 16 Grad im Norden und 21 Grad im Süden. Tiefsttemperaturen nachts um 10 Grad. Im Süden schwacher, sonst mäßiger Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Am Mittwoch wechselhaft mit Schauern und kühl.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.15 Uhr*, Untergang: 20.35 Uhr; **Mondaufgang:** 21.16 Uhr, Untergang: 6.36 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. Aug., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	20	bw
Bielefeld	18	bw
Braunlage	15	bw
Bremen	19	bw
Dortmund	18	bw
Dresden	15	Gw
Düsseldorf	18	bw
Erfurt	13	Ne
Essen	17	be
Feldberg/S.	13	bw
Flensburg	17	bw
Frankfurt/M.	20	bw
Freiburg	24	bw
Garmisch	18	bw
Greifswald	19	he
Hamburg	18	bw
Hannover	18	bw
Kahler Asten	14	bw
Kassel	14	bd
Kempten	21	he
Kiel	17	bw
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	17	bw
Konstanz	25	bw
Leipzig	16	R
List/Sylt	16	bw
Lübeck	19	bw
Mannheim	21	he
München	25	he
Münster	17	bw
Norderney	16	he
Nürnberg	21	bw
Oberstdorf	21	he
Passau	26	he
Saarbrücken	19	Gw
Stuttgart	23	bw
Trier	20	bw
Zugspitze	7	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	38	wl
Amsterdam	17	bw
Athen	31	he
Barcelona	29	he
Belgrad	32	wl
Bordeaux	24	he
Bozen	31	he
Brüssel	18	bw
Budapest	30	he
Bukarest	30	he
Casablanca	24	he
Dublin	15	bw
Dubrovnik	29	he
Edinburgh	14	bw
Faro	23	bw
Florenz	31	he
Genf	25	he
Helsinki	17	he
Hongkong	–	–
Innsbruck	23	he
Istanbul	28	he
Kairo	31	he
Klagenfurt	29	he
Konstanza	30	he
Kopenhagen	18	he
Korfu	29	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	18	bw
Lissabon	23	bw
Locarno	22	bw
London	17	bd
Los Angeles	–	–
Luxemburg	18	bw
Madrid	23	he
Mailand	28	he
Malaga	31	wl
Mallorca	30	he
Moskau	16	bw
Neapel	31	he
New York	22	R
Nizza	28	he
Oslo	16	bw
Ostende	18	bw
Palermo	30	he
Paris	20	bw
Peking	–	–
Prag	22	he
Rhodos	29	he
Rom	30	wl
Salzburg	23	he
Singapur	–	–
Split	28	he
Stockholm	14	bw
Straßburg	24	he
Tel Aviv	30	wl
Tokio	28	he
Tunis	30	he
Valencia	24	he
Varna	28	he
Venedig	28	he
Warschau	17	R
Wien	26	he
Zürich	24	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Der 8611 Meter hohe K2 gilt wegen der Wetterumschwünge als besonders gefährlich FOTO: DPA

Beim Abstieg vom K2 kam der Tod

DW. Islamabad

Sie hatte als erste Frau den Sieg über den K2, den mit 8611 Metern zweithöchsten Berg der Welt im Karakorum, errungen. Das war am 4. August. Doch dann, drei Tage später beim Abstieg, kam für die 47jährige Engländerin Julie Tullis der Tod (WELT vom 18. 8.). Ein Wetterumschwung mit tagelangen Schneestürmen hatte den weiteren Abstieg unmöglich gemacht. In ihren Zelten im Lager IV starben sie und vier weitere Bergsteiger an Kälte, Hunger und Sauerstoffmangel: der Brite Alan Rouse (35), der Pole Wojciech Wroz sowie die Österreicher Alfred Imitzer (43) und Hannes Wieser (30). Drei Expeditionsteilnehmer, Kurt Diemberger (54) aus Salzburg, Willi Bauer (43) aus Oberösterreich und die Polin Dobroslawa Miodowicz machten sich schließlich an den Abstieg, bei dem die Polin zu Tode stürzte. Völlig erschöpft erreichten Diemberger und Bauer schließlich das Lager II in 6700 Meter Höhe. Hier setzten sie einen Notruf ab und wurden per Hubschrauber in die Stadt Skardu gebracht. Sie hatten sich schwere Erfrierungen an Händen und Füßen zugezogen. Diemberger rechnet damit, daß mehrere Finger und Zehen amputiert werden müssen. Ein dritter Österreicher, der 25 Jahre alte Michael Messner aus Tirol, blieb noch im Basislager und soll den Rücktransport des Gepäcks organisieren. Von Skardu aus informierte Diemberger die österreichische Botschaft in Islamabad telefonisch über den Tod seiner Bergkameraden. Die pakistanischen Behörden haben in diesem Jahr bisher 13 Genehmigungen für den Aufstieg auf den K2 erteilt. Der Berg gilt wegen der häufigen Wetterumschwünge in großer Höhe als besonders gefährlich. Bereits Anfang dieses Jahres hatten dort zwei Amerikaner und ein französisches Paar den Tod gefunden.

Feuerwehrmann legte Brände gleich in Serie

dpa, Saarbrücken

Bei Bränden war er immer als einer der ersten Helfer zur Stelle, pflichtbewußt und im Einsatz erprobt – so schien es zumindest. Jetzt ertappte die Polizei den 23jährigen Feuerwehrmann aus dem Saarland auf frischer Tat, als er einen Heuschuppen in Heusweiler bei Saarbrücken in Brand setzte. Wie die Polizei gestern mitteilte, gilt er als überführt, seit Mai im Saarland sieben Brände gelegt zu haben. Dabei entstand ein Schaden von mindestens 180 000 Mark. So zündete er unter anderem ein ehemaliges Bahnhofsgebäude, eine Lagerhalle und ein Möbelauslieferungslager an.

PanAm fliegt Berlin–Oslo

rtr, Berlin

Die amerikanische Fluggesellschaft PanAm will mit Beginn des Winterflugplanes fünfmal wöchentlich von Berlin über Kopenhagen nach Oslo und zurück fliegen. Das kündigte Vorstandsvorsitzender Edward Acker an. Für den einfachen Flug Berlin–Oslo soll für Oktober und November ein Einführungstarif von 99 Mark gelten. Der Normalpreis wird 372 Mark betragen. Im Dezember soll ein bis zu 50 Prozent verbilligter Familientarif gelten.

Abstimmung über Vignette

AP, Bern

Die Schweizer Wähler müssen erneut über die vor zwei Jahren eingeführte Autobahn-Vignette abstimmen, nachdem eine Initiative zur Abschaffung der Gebühren die notwendige Stimmenzahl von 100 000 erreicht hat. Das Parlament muß sich nun binnen drei Jahren mit der Eingabe befassen und dann zur Volksabstimmung vorlegen. Die Vignette kostet jährlich 30 Schweizer Franken.

Campingplatz verwüstet

dpa, La Charite-sur-Loire

Ein Wirbelsturm hat am späten Sonntag abend den Campingplatz des Städtchens La Charite-sur-Loire bei Nevers in Zentralfrankreich verwüstet. Ein herabfallender Ast erschlug eine Frau, 18 weitere Menschen wurden verletzt, zwei davon schwer. Unter ihnen sind auch Urlauber aus der Bundesrepublik. Manche verloren ihre gesamte Ausrüstung. Der Tornado hatte eine 200 Meter breite Schneise der Zerstörung über die Stadt und den Campingplatz gezogen.

Schönheitssalon brannte

dpa, München

Lebensgefährliche Verbrennungen hat sich eine 31jährige Kosmetikerin in der Nacht zum Montag bei einer Explosion mit anschließendem Großbrand in ihrem Münchner Schönheitssalon zugezogen. Nach ersten Ermittlungen legte die Frau das Feuer mit Benzin, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen. Ein Feuerwehrmann wurde mit einem Hitzeschock in eine Klinik gebracht, drei durch Glassplitter verletzte Passanten wurden ambulant behandelt. Der Schönheitssalon brannte aus.

Heilkräuter ungefährlich

dpa, Frankfurt

Heilkräuter, die zur Zeit über die Apotheken vertrieben werden, sind nicht strahlenbelastet. Sie stammen insgesamt noch aus Ernten vor dem Reaktorunfall in Tschernobyl, erklärte die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) in einer gestern veröffentlichten Mitteilung. Für die neuen Ernten, die im Herbst auf den Markt kommen, seien sowohl von den Herstellern als auch von den Untersuchungsämtern intensive Kontrollen auf radioaktive Spuren angekündigt worden.

ZU GUTER LETZT

Wer in der „DDR" den grünen Jägersrock tragen will, darf politisch keinen Bock schießen: Das „DDR"-Fachblatt „Unsere Jagd" forderte jetzt eine noch „stärkere politische Schulung" der Jäger. Sie müßten „zunehmend stärker die Fähigkeit erwerben, sich mit gegnerischen Ideologien auseinanderzusetzen".